



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Politische Bildung im Zeitalter der Digitalität

Wirklichkeiten und Möglichkeiten der politischen Bildung
in den virtuellen Räumen

verfasst von / submitted by

Florian Tischler, BEd

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien, 2024 / Vienna 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 199 510 511 02

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Lehramt Sek (AB)
UF Geographie u. wirtschaftliche Bildung
UF Geschichte u. politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. i.R. Mag. Dr. Christian Vielhaber

Danksagung

Hiermit bedanke ich mich von Herzen bei jenen Menschen, die auf der Reise bis zur Vollendung dieser Masterarbeit unterstützend waren.

Meinem Betreuer Christian Vielhaber gebührt meine Dankbarkeit. Ihrer fachlichen Führung ist zu verdanken, dass ich über die Zeitspanne von über zwei Jahren an der Thematik geblieben bin. Sie fanden für jede Phase die richtigen Worte, versprühten in einem Dutzend von Gesprächen Elan und Tatendrang, ließen mich an Ihrem Erfahrungsschatz teilhaben und leiteten mich spontan erreichbar aus gedanklichen Sackgassen. Aus jedem unserer Gespräche ging ich mit weniger Fragezeichen weiter ans Werk, die Kontinuität und Tiefe Ihres Feedbacks wurde zum Fundament dieser Arbeit. Es ist ein Privileg, Sie als Mentor während des Studiums und als Betreuer meiner Abschlussarbeit gehabt zu haben.

Ich bedanke mich ebenso bei den zehn Interviewpartner*innen mehrerer Universitäten des deutschsprachigen Raumes für ihre Zeit und die Bereitschaft, an dieser Arbeit mitzuwirken.

Weiters bedanke ich mich bei meiner Freundin Julia Guger. Dein Verständnis um meine Prioritäten und deine unzähligen Hilfestellungen waren Puzzlesteinchen, die zur Finalisierung meines Studiums beigetragen haben. Du hast mich daran erinnert zu entspannen und Pausen einzulegen, wenn mein Fokus zu stark auf die Arbeit gerichtet war. Ich bin dankbar für diese persönliche Entwicklung und das gemeinsam wachsen mit dir.

Ebenso bedanke ich mich bei meinem Studienkollegen und Freund Alfred Rasinger. Der Austausch über unseren beruflichen Alltag, über den Prozess der Masterarbeit und das Menschsein waren und sind gleichsam Psychohygiene und Motivation in meinem Leben und unserer Berufung. Für deine Sichtweisen und unsere Freundschaft bin ich dir dankbar.

Ich danke meinem Schul- und Studienkollegen Arwin Karaian und meinen Freunden Martin Infanger sowie Karin und Alexander Höfler, welche seit einigen Jahren in den vielfältigsten Momenten meines Lebens stets ein offenes Ohr hatten und eine konstante Unterstützung waren.

Ich versichere:

dass ich diese Masterarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.

dass alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Publikationen entnommen sind, als solche kenntlich gemacht sind.

dass ich dieses Masterarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland (einer Beurteilerin/ einem Beurteiler zur Begutachtung) in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit übereinstimmt.

Wien, Jänner 2024

U: _____

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Thema und Fragestellung	1
1.2	Aufbau und Ziel.....	4
2	Theoretischer Rahmen.....	9
2.1	Die digital mediatisierte Gesellschaft.....	11
2.2	Politische Bildung in der digital mediatisierten Gesellschaft.....	15
2.3	Konzepte.....	20
2.3.1	Vermittlungsinteressen in der (Schul-)Geographie	21
2.3.2	Strukturelle Medienbildung.....	22
2.3.3	Digital Citizenship.....	23
2.3.4	Spatial Citizenship.....	25
3	Empirischer Teil	28
3.1	Methodisches Vorgehen	28
3.2	Fragestellungen und Erwartungen.....	29
3.2.1	Interviewleitfaden.....	32
3.2.2	Interviewpartner*innen.....	34
3.3	Interpretation	39
3.3.1	Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen	71
4	Ausblick.....	77
	Literatur.....	79
	Abbildungsverzeichnis	86
	Abstract	87

Zum Gebrauch einiger Begriffe: Das Unterrichtsfach „Geographie und wirtschaftliche Bildung“ (seit 01.10.2022, davor „Geographie und Wirtschaftskunde“) wird im Fließtext mit „GW“ abgekürzt. Der Begriff „Politikdidaktik“ beschreibt die Didaktik der politischen Bildung als Disziplin in Forschung und Wissenschaft. Der Ausdruck „politische Bildung“ steht stellvertretend für die schulisch-politische Bildung und den damit verbundenen Unterricht.

Zum Gendern: Im Rahmen dieser Arbeit wurde darauf Wert gelegt, bei einer nicht genderneutralen Aufführung von Personen oder Personengruppen sowohl die weibliche als auch die männliche Form zu benennen. An einigen Stellen wurde jedoch aufgrund des Textverständnisses und einer besseren Lesbarkeit hiervon abgewichen und die kürzere maskuline Form genutzt; selbstverständlich schließen diese Formulierungen die feminine Form ein.

„Like air and drinking water, being digital will be noticed only by its absence, not its presence“
(Negroponte 1998)

1 Einleitung

Das eingangs erwähnte Zitat illustriert wie kein anderes den gegenwärtigen technisch-gesellschaftlichen Wandlungsprozess, welcher seit über 25 Jahren anhält und in die feinsten Strukturen des menschlichen (Zusammen)-Lebens eingedrungen ist. Unter dem epochalen Metabegriff der Digitalisierung (vgl. Rhode-Jüchtern 2020: 9), welcher sich durch Vernetztheit, Ambivalenz und Unbestimmtheit (Stalder 2016) auszeichnet, wird die Technisierung der Gegenwart beschrieben. Die Sozialisation der heranwachsenden Generation erfolgt grundlegend und unvermeidbar medial und digital. Die ubiquitäre Nutzung von digitalen Medien bedeutet, dass wir zum Zweck der zwischenmenschlichen Kommunikation nicht mehr aus der „realen“ Welt in die „virtuelle“ Welt eintauchen, sondern einen gigantischen Informationsraum als neue Dimension sozialen Handelns nutzen. (vgl. Boes et al. 2015: 59) Reale und virtuelle Welt müssen als Entität begriffen werden. Die Teilhabe an Bildungs-, Arbeits-, und politischen Partizipationsprozessen ist somit Teil der Digitalität, das Internet stellt die Bedingungen der Möglichkeit von Medialität (vgl. Noller 2021: 50) bereit und ist zum Fundament dieses Informations- und Handlungsraums geworden. Caja Thimm (2018: 163) konstatiert, dass aus dieser Perspektive heute Gesellschaft und Kultur als Ganzes sowie in ihren relevanten Teilen nur noch im Zusammenhang mit (digitalen) Medien theoretisiert und verstanden werden können.

1.1 Thema und Fragestellung

Laut dem Habermas'schen Ideal des öffentlichen Diskurses stellen demokratische Systeme zwei zentrale Anforderungen an ihre Bürger*innen: politische Informiertheit und politischen Meinungs austausch. (vgl. Habermas 1981) Die damit verbundene politische Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger*innen ist die Voraussetzung für das Funktionieren und für die Dauerhaftigkeit eben dieser. (vgl. Habermas 1981) Die Lehrpläne der „Allgemeinbildenden Höheren Schulen“ beinhalten daher die Bildungsaufgabe, „Demokratieverständnis im Zusammenhang mit Wahlen in pluralistischen Gesellschaften sowie die Bereitschaft zur politischen Partizipation zu entwickeln“ (BMB 2021: 71). Des Weiteren besteht der Anspruch, Schüler*innen in „einer Zeit des globalen Wandels entscheidungs- und handlungsfähig für die Zukunft vorzubereiten“ (BMB 2021: 158). In der Verordnung zur Digitalen Grundbildung heißt es in dem Unterpunkt „Digitale Kommunikation und Social Media“: „An der Gesellschaft teilhaben – Schüler*innen nutzen die demokratische Kommunikationskultur durch öffentliche Äußerungen unter Verwendung digitaler Technologien“ (BMBWF 2018: 20).

Im Zuge der „digitalen Revolution“ (vgl. Habermas 2013: 68) hat sich die pädagogische und politische Kultur in modernen Gesellschaften bereits jetzt irreversibel verändert; in der Herstellung und Struktur von Öffentlichkeit hat ein unumkehrbarer Umbruch stattgefunden. In der traditionellen massenmedialen Öffentlichkeit bestand für Bürger*innen nur partiell die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen und somit Aufmerksamkeit für ein für sie relevantes Thema zu erlangen. Der Zugang zum weltweiten Netz hingegen ermöglicht eine selbstständige Artikulation und kommt ohne journalistische Gatekeeper aus. Der Netzwerkcharakter des Social Web vereinfacht zudem die Weiterleitung von Themen und die Verbindung von Gleichgesinnten auf der ganzen Welt. (vgl. Thimm 2018: 163) Die Mediatisierung und ihre schnelle Verfügbarkeit von Informationen und Daten kann zu Transparenz beitragen und egalisierend wirken; sie eröffnet zudem zahlreiche Möglichkeiten der Partizipation und des (zivil)gesellschaftlichen Wirksamwerdens. (vgl. Kalina et al. 2018: 8)

Die politische Bildung und Demokratieerziehung des formalen Bildungssystems stehen dementsprechend qualitativ vor neuen Herausforderungen, die es angemessen theoretisch zu rekonstruieren und zu verstehen gilt. Der Fokus des Unterrichts soll auf den Lebenswelten der Jugendlichen liegen und eine deutliche Aktualitäts- und Zukunftsorientierung erkennen lassen (BMBWF 2022: 3). Als Lebenswelt ist jener „soziale Raum zu bezeichnen, der dem Menschen Handlungs- und Verhaltensmöglichkeiten vorgibt, die er aber auch – in Kommunikation mit seinen Mitmenschen – verändern kann“ (BMBWF 2018: 16). Fähigkeiten in den Bereichen der digitalen Medien und der digital politischen Bildung bedingen bzw. ergänzen einander und werden unter dem Überbegriff „Digitale Grundbildung“ summiert (BMBWF 2022: 3). Sie hat das Ziel eines mündigen Bürgers, der zu einem informierten, souveränen und verantwortlichen Umgang mit Medien und Technik, in der von digitalisierten Prozessen durchdrungenen Gesellschaft imstande ist. Im Mittelpunkt steht dabei die Teilhabe an politischen Partizipationsprozessen, das Erkennen von Chancen und Störpotentialen, sowie die damit verbundene „reflektierte Verwendung von Neuen Medien und Technik“ (BMBWF 2018: 14). In Bezug auf digitale Kommunikation und soziale Netzwerke sollen die Schüler*innen „das Internet als öffentlichen Raum begreifen und den damit verbundenen Nutzen und die Risiken erkennen“ (BMBWF 2018: 18).

Daraus ergibt sich die Fragestellung, wie sich Heranwachsende gegenwärtig und in der Zukunft an ihre individuelle politische Kultur heranarbeiten können, welche sich sowohl über soziale Interaktionen im Privaten und schulischen Bereich als auch über digitale Medien speist. Denn

der Zugang zum Internet ist für 99% der Jugendlichen eine Selbstverständlichkeit. 2015 wurde die „Online-Vollversorgung“ Wirklichkeit (Albert et al. 2015: 18).

Obwohl die Zugangshürden zu politischen Öffentlichkeiten in Zeiten von sozialen Medien so gering wie nie zuvor sind, entwickelten sich die digitalen Kommunikationsräume zu einem zwiespältigen Faktor der politischen Kultur. Einerseits bestehen Chancen, die sich aus der Vervielfältigung und den Möglichkeiten der Vernetzung ergeben – vorausgesetzt ist die aktive Dialogfähigkeit der Akteur*innen. Andererseits besteht das Risiko für das Individuum, sich als Teil medialer Monokultur(en) zu begreifen. Die Auswirkungen der intensiven Nutzung politischer Inhalte in den sozialen Medien und der veränderte Kontakt der Bürger*innen mit Nachrichten, werden von den Kommunikationswissenschaften seit über einer Dekade beforscht. „Das Netz ist keine auf Pluralität angelegte Demokratisierungsmaschine. So wird diese grundsätzlich neutrale Technologie, für antidemokratische Zwecke, in jedem Fall für wirtschaftliche und machtpolitische Interessen verwendet“ (Kappes, Krone und Novy 2017: 3). Medial durchgezogene Resonanzräume sind in Bezug auf Deutungshoheiten stark umkämpft (vgl. Kanwischer und Schlottmann 2017: 75), Filter- und Auswahlmechanismen, sowie individualisierte Suchergebnisse haben das Potential, einen kontroversen gesellschaftspolitischen Diskurs zu verhindern. (vgl. Hintermann, Pichler und Raithofer 2021: 22) So bleiben Meinungslager in Filterblasen unter sich und bestätigen sich gegenseitig in ihren Echokammern. (vgl. Pariser 2012) Politisch bildender Unterricht kann die Grundlage miterzeugen, ein Gegenspieler dieser Entwicklungen im Leben Heranwachsender zu sein. Dazu bedarf es allerdings diskursiv angelegter Vermittlungsstrategien, die sich im Unterricht rein stofflichen Reproduktionszielen bewusst widersetzen. Das potentiell daraus entstehende souveräne Medienhandeln wirkt über die Basis für politische Bildung und Demokratiehandeln hinaus und kann als identitätsbeeinflussender Zuordnungs- und Abgrenzungsprozess verstanden werden. (vgl. Hintermann, Pichler und Raithofer 2021: 21)

So lassen sich zwei zentrale Anliegen für die politische Bildung im 21. Jahrhundert formulieren: Welche Fähigkeiten benötigen autonome und medienkundige Bürger*innen, um an politischer Öffentlichkeit reflexiv zu partizipieren? Und wie erlernen wir diese Fähigkeiten? Der Gedanke dahinter ist so schlicht wie demokratisch: Die Bevölkerung soll über ihre Geschicke bestimmen dürfen.

1.2 Aufbau und Ziel

Das Kapitel 2 wird sich im Anschluss an diese Einleitung der theoretischen Betrachtung der Thematik widmen. Für die Bearbeitung der Forschungsfrage(n) wird im theoretischen Abschnitt der Zugang eines gezielten und umfassenden Literaturstudiums gewählt, welches sich aus der Literaturrecherche und einer sinnvollen Kompilation der Inhalte zusammensetzt. Die Unterkapitel beschreiben die digital mediatisierte Gesellschaft, die politische Bildung in der digital mediatisierten Gesellschaft und eine Auswahl an Konzepten, welche für die Fragestellung relevant sind.

Kapitel 3 bildet den empirischen Teil der Arbeit. Auf die Ausformulierung der Fragestellungen des narrativen Leitfadeninterviews und deren Erwartungen folgen die Auswertung der Interviews, sowie die Interpretation der zehn Interviews mit Expert*innen u.a. der Geographiedidaktik, der Politikdidaktik, und der Unterrichtspraxis. Methodisch orientiert sich die Arbeit am narrativen Interview Cornelia Helfferichs (vgl. 2014: 570ff.) und der qualitativen Heuristik nach Gerhard Kleining (1994: 178). Die Methodik der Untersuchung, die inhaltliche Zielsetzungen und die ausgewählten Interviewpartner*innen werden zu Beginn vorgestellt. Am Ende des Kapitels werden die Ergebnisse der Untersuchung mit den daraus resultierenden Konsequenzen und Handlungsempfehlungen zusammengefasst.

Den abschließenden Teil der Arbeit bildet Kapitel 4 mit einem Ausblick.

Was bedeutet demokratisches (Medien)-Handeln und was sind die Anforderungen und Zugänge an den Unterricht der politischen Bildung im 21. Jahrhundert? Die aktuelle Zeitsignatur „Digitalisierung“ liegt im Spannungsfeld zwischen Verheißungen und Plastikwort (Pörksen 2012: 19). So werden einerseits die sozialisatorische Komponente der Medienkommunikation, das partizipative Potenzial des Internets und die vermeintlich selbstbildenden Kräfte der Digital Natives hervorgehoben. Andererseits werden massive kulturelle Transformationen hinter dem Rücken der Bürger*innen („Die Geister, die ich rief ...“) (vgl. Rhode-Jüchtern 2020: 10) und mangelhaftes digitales Bürgerbewusstsein der breiten Bevölkerung befürchtet. Nach Kate Moran wurde die „ursprüngliche optimistische Rede von den Digital Natives, die quasi naturwüchsig die digitalen Medien und damit auch die digitale Kommunikation für sich nutzen, rasch relativiert und als Mythos entlarvt. Nicht eine bestimmte Generation, sondern nur eine bestimmte Praxis führt zu einer kompetenten Nutzung digitaler Medien – die dann, wie alle Praxen, erlernt und angeeignet werden muss“ (Moran 2016). Folge dessen können Schüler*innen auch nicht durch die „bloße Teilnahme an oder der Erstellung von digitalen Medien im Internet zur politischen Partizipation angeregt werden“ (Hauk 2016: 8).

„Digitalisierung realistisch: Digitalisierung wird als das betrachtet, was sie ist, eine Technologie, die man besser oder schlechter einsetzen kann. Die Menschen zur Autonomie verhilft oder sie abhängig macht wie Pawlowsche Hunde“ (Welzer 2019: 268).

„Medienangebote und Informatiksysteme sachgerecht und zielführend zu bedienen“ zu können (Herzig und Martin 2017: 131), sei die Grundlage, um eine kritisch-reflexive Urteilsfähigkeit und Befähigung zu sozial verantwortlichem Handeln herauszubilden. Für die Entwicklung eines mediatisierten Bewusstseins sehen Medienwissenschaftler das Bildungssystem in der Pflicht, das durch eine „dezidierte Förderung von medienorientierten Kompetenzen wie (informationeller) Selbstbestimmung, Quellenkritik, Kommunikationsgeschick und Urteilsfähigkeit für ein Leben unter mediatisierten Bedingungen zu bilden und zu qualifizieren hat“ (Kalina et al. 2018: 8).

Die Regierungsmaßnahmen im Zuge der Pandemie zwangen Schüler*innen und das Lehrpersonal in virtuelle Lehr- und Lernräume und führten zu einem Schub der Nutzung der praktischen Anwendungen, vor allem im Bereich der Kommunikation über Video-Konferenzen. Was bedeutete die „Verlegung“ der Kommunikationsräume vom zentralen Präsenzunterricht ins Netz und die virtuellen Räume in Bezug auf die politische Bildung? Der diesbezügliche Erkenntnisstand ist gering. Es ist daher das Ziel dieser Masterarbeit, eine Untersuchung mittels Leitfadeninterviews mit Expert*innen als Antwort auf einige Fragen im Hinblick auf den (digital) politisch bildenden Unterricht zu führen, um spezifische Erkenntnisse und Empfehlungen für den künftigen Unterricht zu generieren. Die Ergebnisse werden vergleichend interpretiert und diskutiert, ohne dabei einen Anspruch auf Repräsentativität zu stellen.

Im Mittelpunkt der Masterarbeit steht die Forschungsfrage:

*Welche Ansätze sehen Fachexpert*innen für einen digital politisch bildenden (GW)-
Unterricht beispielhaft erfolgsversprechend?*

Um diese zu beantworten, werden folgende Unterfragen aufgegriffen:

1. Sehen die Interviewpartner*innen das Internet als Werkzeug der demokratischen Mitbestimmung und was wären deren Meinung nach die Voraussetzungen für ebendiese?
2. Welche Herausforderungen sehen die Interviewpartner*innen bei der Umsetzung einer zeitgemäßen politischen Bildung?
3. Bleibt die Vermittlung der politischen Bildung im Zeitalter der Digitalität primär auf der Basis stofflicher Dominanz, oder soll für Schüler*innen ein Umfeld geschaffen werden, in welchem multiperspektivisch mit Alltags- und Lebensweltbezügen der Schüler*innen gearbeitet wird?
4. Welche Ansätze und Konzepte sehen die Interviewpartner*innen als erfolgsversprechend für einen digital politisch bildenden (GW)-Unterricht?

Die zentrale Forschungsfrage basiert auf der Annahme, dass die Durchdringung der Lebenswelten der heranwachsenden Generation mit digitalen Inhalten die Fachdidaktiken und unterrichtenden Lehrpersonen vor die Herausforderung stellt, ihre Ansätze in Bezug auf den digital politisch bildenden (GW)-Unterricht anzupassen. Dieser Annahme entsprechend ist die Untersuchung der Vermittlungswege von politischer Bildung und Demokratielernen von Forschungsinteresse. Mit dieser Arbeit werden diesbezüglich erste Evidenzen dargelegt, um mit einem Mosaiksteinchen zum Forschungsmehrwert im Zusammenhang mit einem zukunftsfähigen digital politisch bildenden (GW)-Unterricht beizutragen. Digitalisierung und Mediennutzung dürfen nicht als bunte „Oberfläche“ (Besand 2003) eines darunter liegenden (politisch bildenden) Unterrichts konturiert werden und die kommunikative Praxis der politischen Bildung darf sich nicht auf die Verwendung digitaler Medien und deren Rückzugsräume reduzieren. Der Anspruch ist, im wirklichkeitsnahen System zu agieren und dabei die Durchlässigkeit zwischen den digitalen Räumen und der analogen Welt zu erhalten.

Damit Schüler*innen mit jener Kritik-, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit ausgestattet werden, die sie als Akteur*innen in sozialen, ökonomischen, politischen und medialen Umwelten in verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen brauchen. (vgl. Bergmeister, Pichler und Hintermann 2017: 21)

Der Bericht der Expertenkommission des BMBF zur Medienbildung aus dem Jahr 2010 benennt folgende Punkte und Fähigkeiten für das Leben in der digital geprägten Kultur, nach Michael Kerres zusammengefasst:

- „a. Information und Wissen: Zugang zum Wissen einer Kultur
- b. Kommunikation und Kooperation: Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs
- c. Identitätssuche und Orientierung: Entwicklung von Persönlichkeit
- d. Digitale Wirklichkeiten und produktives Handeln: (selbständige) Aneignung und Nutzung von digitaler Technik mit Bezug zur Lebens- und Arbeitswelt“ (Kerres 2020: 19)

Dass sich unsere gegenwärtig digital geprägte Kultur nicht in einer binären Aufteilung einer analogen und einer digitalen Bildung lehren lässt, veranschaulicht die integrale Sicht der folgenden Grafik. Kerres konnotiert:

„Denken entlang einer Grenze des Analogen vs. Digitalen das Analoge dabei üblicherweise als etwas Echtes und das Digitale als dazu Defizitäres, etwa wenn es heißt, dass eine echte Begegnung nur im wirklichen Leben stattfinden könne, wo die Lebenswelt doch längst von der digitalen Technik durchdrungen ist. Dies soll nicht Unterschiede leugnen, die in den verschiedenen Konstellationen menschlicher Begegnungen möglich sind, dennoch regulieren sich menschliche Beziehungen längst mit Mitteln des Digitalen, etwa wenn Menschen über Social Media und Statusmeldungen ihr Leben teilen“ (Kerres 2020: 15).

Kerres sieht die Fertigkeiten rund um die Digitalisierung nicht als

„zusätzlichen Platz im Gefüge von Curricula, sondern fragt nach den Implikationen für alle vorhandenen Fächer und Stufen. Der Erwerb dieser Kompetenzen ließe sich nicht auf ein solches Fach abschieben, in dem diese Fragen dann isoliert behandelt werden, d.h. ohne, dass sich die Arbeit in den anderen Fächern ändern würde“ (Kerres 2020: 16).

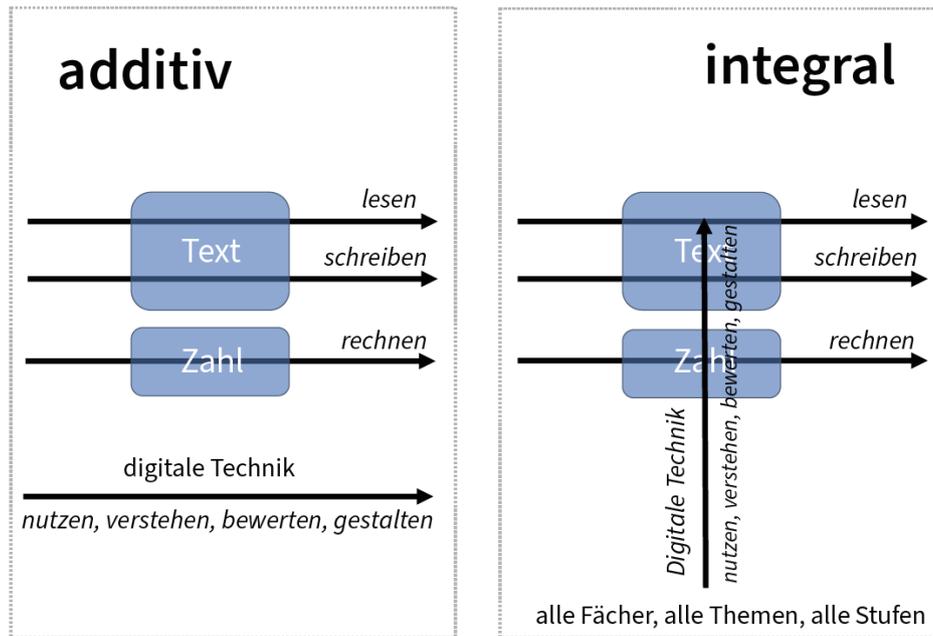


Abb. 1: Additive vs. integrale Sicht auf Kulturtechniken (Kerres 2020: 15)

Was bedeutet dies für eine politische Bildung, die sich hauptsächlich mit digitaler Kommunikation befasst? Thorsten Dirks, der Vorstandsvorsitzende von Telefónica Deutschland hat 2015 auf dem Wirtschaftsgipfel der „Süddeutschen Zeitung“ seinem Unmut über schlechte Digitalisierungsprojekte geäußert: "Wenn sie einen Scheißprozess digitalisieren, dann haben sie einen scheiß digitalen Prozess." Was Dirks mit seiner Ausdrucksweise deutlich gemacht hat: Die Eins zu Eins-Übertragung eines bisher analogen Ablaufs in eine digitale Form habe nicht die erwünschte Wirkung, wenn die Qualität des analogen Ablaufes bereits mangelhaft ist.

Umgelegt auf einen digital politisch bildenden Unterricht bedeutet dies:

„Ein „digitales Gewand“ allein fördert noch keine digitale Kompetenz; Digitalisierung allein fördert noch keinen Lernfortschritt. Aber: Fachlichkeit kann den Umgang mit Digitalität fördern – das wäre fast eine Umkehrung der sonst unterstellten Wirkungsweise, nämlich der Zugang in die Fachlichkeit durch Digitalisierung. Hier gerät dann die Lehrperson wieder in eine zentrale Rolle: Themenfindung, Arbeitsaufträge, Umgang mit „weichen“ Lehr-/Lernzielen.“ (Rhode-Jüchtern 2020: 21).

2 Theoretischer Rahmen

„We teach our children, ‚Don’t talk to strangers!‘ in order to protect them from dangers. But democracy requires vulnerability before one’s fellow citizens. How can we teach children, as they begin to near adulthood, to develop countervailing habits that allow them to talk to strangers?“ (Allen 2004: 49).

Fremde, die miteinander das Gespräch suchen. Wenn die Quintessenz von Demokratie darin besteht, auf das unbekannte Gegenüber zuzugehen und einen gemeinsamen Bezugspunkt zu finden, ist die Kommunikation in Zeiten der sozialen Medien und der Vernetzung förderlich oder hinderlich für die Entwicklung eines demokratischen Miteinanders? Wie erlernt man Gespräche in den internetbasierten Kommunikationskanälen, wenn sie dem Individuum die Chance geben, ihnen zu entfliehen? Sherry Turkle bemerkt, dass aufgrund der Technisierung menschliche Fähigkeiten potentiell abnehmen:

„We begin to think of ourselves as a tribe of one, loyal to our own party. We check our messages during a quiet moment or when the pull of the online world simply feels irresistible. Even children text each other rather than talk face- to-face with friends – or, for that matter, rather than daydream, where they can take time alone with their thoughts. It all adds up to a flight from conversation – at least from conversation that is open-ended and spontaneous, conversations in which we play with ideas, in which we allow ourselves to be fully present and vulnerable“ (Turkle 2015: 4).

Polarisierung, Fragmentierung und Spaltung sind Begriffe, die mittlerweile in aller Munde sind. Die digitale Öffentlichkeit hat sich durch die Algorithmizität, also die maschinell vorsortierte und nutzerangepasste Selektion von Informationen in die Richtung der partikularen und gegeneinander abgeschotteten Öffentlichkeiten entwickelt. Der Traum vom unbegrenzten Raum und der grenzenlosen Kommunikation scheint nach Geert Lovink (2017: 11) ausgeträumt. Seiner Ansicht nach sind User der Gegenwart im Jahr 2023 keine mündigen Produzenten, sondern von Vereinsamung und Verhärtung geprägte Lurche, die in einer zusammengeschrumpften Blase eingeschlossen sind. Roberto Simanowski verbindet das Private mit dem Politischen:

Die „Like-/Dislike-Dichotomie“, welche die sozialen Medien kennzeichnet führt zu einem gelebten Gegeneinander, wenn es um politischen Austausch geht: „Die zunehmende Aggressivität des politischen Meinungs Austausches in sozialen Netzwerken hat ihre Vorgeschichte im Unscheinbaren; der derbe Wir/Sie-Dualismus ohne Platz für Zwischentöne ist eine Folge der Klick-Kultur, in der die Stellungnahme auf das Entweder- oder eines Like- oder Dislike-Buttons und damit up- oder downvoting orientiert ist. Das Verfahren wird in jeder noch so unpolitischen Interaktion eingeübt, wenn man, im Fahrstuhl, auf der Toilette oder auf der Straße, schnell ein paar Likes und

Dislikes vergibt: für Bücher, Filme, Fotos, Kochrezepte, Schminktipp, einen Zeitungsartikel oder ein Dating-Angebot“ (Simanowski 2018: 40 f.).

Diese beiden Zitate von Lovink und Simanowski werfen interessante Perspektiven auf die Auswirkungen sozialer Medien und ihrer politischen Dimension in der Gegenwart. Lovinks Ansicht, dass der heutige Nutzer von sozialen Medien oft als "Lurch" betrachtet wird, der in einer isolierten Blase lebt und soziale Medien als Schutzschild vor den Unwägbarkeiten des wirklichen Lebens verwendet, ist eine treffende Beobachtung. Viele Menschen nutzen soziale Medien, um sich vor unangenehmen oder herausfordernden Begegnungen in der realen Welt zu schützen, dies kann zu einer Vereinsamung und Verhärtung führen, da die Interaktionen online oberflächlich sein können. Simanowskis Bemerkung über die "Like-/Dislike-Dichotomie" in sozialen Medien ist ebenfalls bedeutsam. Die Tendenz, komplexe politische Diskussionen auf einfache Abstimmungen von "Gefällt mir" oder "Gefällt mir nicht" zu reduzieren, kann zu einem polarisierten und aggressiven politischen Umfeld führen. Das Fehlen von Zwischentönen und die Fixierung auf Extreme in der Meinungsäußerung des Debattenraumes erschweren den politischen Dialog und kann die Entstehung von "Wir/Sie"-Denkmustern fördern. Die Zitate deuten darauf hin, dass soziale Medien den Menschen zwar ermöglichen, sich zu vernetzen und Informationen auszutauschen. Jedoch besteht gleichzeitig das Risiko der Isolation und Polarisierung, wenn diese nicht verantwortungsbewusst genutzt werden. Da in der beobachtbaren Lebensrealität der gegenwärtigen Jugend und der heutigen Schüler*innen eine Verfestigung dieser Mechanismen beobachtbar ist, soll die Behandlung ebendieser im Sinne des lebensweltorientierten Unterrichts vorkommen. Wird im Unterricht auf die Entwicklung der Reflexionsfähigkeit der Schüler*innen abgezielt, kann die Interessengebundenheit der Like-/Dislike - Dichotomie sichtbar und erfahrbar gemacht werden.

Auf den folgenden Seiten wird von der eben beschriebenen Ambivalenz digitaler Entwicklungen ausgegangen, die die Möglichkeiten und Kritik von Digitalisierung umfasst. Auf dieser Grundlage wird die Lesart der politische Bildung heute skizziert: Es geht nicht um den kompetenten Umgang mit der digitalen Welt, sondern um Bildungen politischer Subjektivität in digitalen Welten. Anschließend wird die Frage gestellt, durch welche Ansätze der medienpädagogischen und politischen Bildung die Befreiung aus den Echokammern gelingen kann, um einen politisch bildenden Unterricht im Kontext der Digitalität zu kultivieren.

Welche Handlungsmuster und Gewohnheiten lassen sich bestimmen, um ein Aufeinander zugehen auch unter unsicheren und nicht planbaren Bedingungen (vgl. Allen 2004: 221) zu ermöglichen? Von der gepflegten Norm abzuweichen, dass man mit Fremden nicht sprechen darf, kann dabei entscheidend sein, um Übungsfelder herauszubilden. So können Menschen lernen, aufeinander (politisch) einzugehen, um im Rahmen einer diskursiven Öffentlichkeit gemeinsame Potentiale zu nutzen. Wie dies im Fachunterricht umgesetzt werden kann, ist Thema der Fachdidaktik. Denn die Fachdidaktik dient nach Wolfgang Hilligen (1985: 23) als „Spezialwissenschaft für das, was von so allgemeiner Bedeutung für das Leben ist, dass man es lernen muss.“

Das Verständnis rund um ein Zielkonzept der politischen Bildung in der Kultur der Digitalität ist allerdings kein einfaches. Das zeigen die wenigen Überlegungen der deutschsprachigen Politikdidaktik, welche sich im Zuge der Recherche häufig um die Medienkompetenz ranken. Mittlerweile ist dieser Begriff zur Leerformel verkommen, zu oft wurde er definiert, ohne Bezüge zu konkreten Medien und praktischen Überlegungen. Daher bedarf es einer Klärung, wie die spezifischen digitalen Medien genutzt werden können, denn „in der Realität erhalten Medien ihren didaktischen Anspruch im Unterricht erst maßgeblich durch ihren methodischen Einsatz, also durch die Planung der Lehrkraft“ (Hauk 2016: 6).

2.1 Die digital mediatisierte Gesellschaft

„Es entstammt der Wissenschaft und ähnelt ihren Bausteinen. Es ist ein Stereotyp. Es hat einen umfassenden Anwendungsbereich, ist ein ‚Schlüssel für alles‘. Es ist inhaltsarm. Ein Reduktionsbegriff. Konnotation und Funktion herrschen vor. Es erzeugt Bedürfnisse und Uniformität. Es hierarchisiert und kolonisiert die Sprache, etabliert die Elite der Experten und dient ihnen als ‚Ressource‘“ (Pörksen 2012: 38).

Die Rede ist von der einer Begrifflichkeit wie der „Digitalisierung“, einem sogenannten „Plastikwort“ (Pörksen 2012: 19), im Sinne einer verbreiteten Bezeichnung für die umfassende technologische Transformation der Gegenwartsgesellschaft. Da sich durch den Wandel in der Medien- und Kommunikationslandschaft nicht nur unsere individuellen Verhaltens- und Konsummuster ändern, sondern auch unsere sozialen Beziehungen beeinflusst werden, hat dies weitreichende Auswirkungen auf das gesellschaftliche und politische Leben, das darauf aufbaut. In diesem Kontext verwendet die Disziplin der Soziologie den Begriff "mediatisierte" Welten. Die Medien- und Kommunikationssysteme spielen eine essenzielle Rolle dabei, unsere politischen Ansichten zu formen, unsere Standpunkte auszudrücken und politische Angelegenheiten zu debattieren.

Der Begriff "mediatisierte Gesellschaften" nimmt diese Entwicklungen auf, indem er die Bedeutung des Wandels in den Medien für die Kommunikation, das soziale Verhalten, die Identität, den Alltag sowie den Wandel von Kultur und Gesellschaft betont. (vgl. Kalina et al. 2018: 13) Die Bedeutung von Medien, die allgegenwärtige Präsenz digitaler Kommunikation und die fortschreitende Intensivierung globaler Vernetzung haben nicht bloß zu grundlegenden Veränderungen im öffentlichen, berufsbezogenen und privaten Kommunikationsverhalten geführt. Sie bewirken vielmehr, dass die traditionellen Bereiche der Realität einerseits und der Virtualität andererseits zunehmend miteinander verschmelzen und zu übergreifenden soziotechnischen Sphären werden.

Die Auswirkungen dieses Wandels sind beträchtlich: Unbestreitbar bringt die "Mediatisierung", also das wechselseitige Zusammenspiel von medialer und gesellschaftlicher Entwicklung, Unsicherheiten in unseren Alltag. Nach Andreas Kalina betraf dies „zuerst das Fernsehen, heute vor allem das Internet und die Digitalisierung, welche auch politische Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse beeinflussen. Diese Prozesse werden nicht nur beschleunigt, sondern durch vielfältige externe Einflüsse teilweise unvorhersehbar gemacht“ (Kalina et al. 2018: 7).

Das Thema der Filterblasen und Echokammern, die eine Umgebung der Zustimmung für die Nutzer*innen erzeugen, ist längst in den Bereichen Edutainment („The Social Dilemma“) und Populärwissenschaft („Streamland. Wie Netflix, Amazon Prime & Co. unsere Demokratie bedrohen.“) angekommen. Die Besorgnis, dass die Gesellschaft aufgrund maßgeschneiderter Meinungsspektren in individuellen Interessengruppen zerfallen könnte und dadurch nach und nach die gemeinsame und für die Demokratie unerlässliche epistemische Grundlage verloren gehen könnte (vgl. Reckwitz 2017: 262), ist nach Meinung von Kritikern dieser Entwicklung nicht unbegründet. Habermas weist darauf hin, dass die Einheitlichkeit, die Journalisten früher in Bezug auf die Schwerpunkte der Qualitätsmedien hatten und die für die Bildung der öffentlichen Meinung entscheidend war, verschwunden ist. (vgl. Habermas 2006: 423) Neben der Anschuldigung, die Fragmentierung und Vereinzelung zu fördern, werden Unternehmen wie Google oder Facebook für das Sammeln der Userdaten (dem Informatiker Jaron Lanier zufolge "das offizielle Hauptgeschäft der Informationsökonomie") kritisiert. (vgl. Novy 2017: 81). Nach Felix Stalder besteht das Kernelement digitaler Technologie darin, dass „jede Handlung, die wir durch sie und mit ihr ausführen, gleichzeitig auf zwei Ebenen stattfindet: auf der menschenlesbaren Ebene der Kommunikation und auf der maschinenlesbaren Ebene der Daten“ (Stalder 2014).

In der Konstruktion der Wirklichkeit verschwimmen die Grenzen zwischen menschen- und maschinengenerierten Inhalten:

„Die größte Fähigkeit des Algorithmus ist immer noch die des Erkennens von Masse, der großen Zahl. Und so wird die Zahl im Internet zum Fetisch – von der Summe der Freunde auf Facebook bis zu den Tausenden von Schmäh-Mails in einem durchschnittlichen Shitstorm. Die Logik lautet immer: Was viel geklickt wird, muss Relevanz haben, was andere gut finden, muss auch für einen selber gut sein, und wenn alle sich empören, empört man sich mit. Wendet man dieses Gesetz der großen Zahl auf publizistische Inhalte im Internet an, so wird deutlich, dass hier eine neue Struktur von Öffentlichkeit entsteht: Nicht mehr professionelle Gatekeeper entscheiden entlang von jahrelang erlernten Nachrichtenfaktoren über Relevanz oder Irrelevanz einer Nachricht, sondern anonyme User, die mit ihren „likes“, „dislikes“ oder Kommentaren eine Meldung im Netz popularisieren und durch Weiterleitung erst zur allgemein wahrgenommenen Nachricht machen. Die Algorithmen der mit aktuellen Neuigkeiten handelnden Netzportale erkennen diese virtuellen Themenkonjunkturen im Netz und passen ihre Inhalte entsprechend an. Schon jetzt gib es erste Nachrichten-Sites mit ausschließlich computergenerierten Meldungen. Die daraus resultierenden Strukturveränderungen für unsere Öffentlichkeit sind gewaltig“ (Bussemer 2017: 35).

Obwohl Kommunikation und Daten gemeinsam entstehen, bieten sie unterschiedliche soziale Möglichkeiten. Kommunikation der bedeutungsvolle Austausch zwischen Menschen, der auf Verständigung abzielt. Dabei sollte die Form und der Inhalt nicht übermäßig standardisiert sein. Sie sollten das Unvorhergesehene, Abweichende und Einzigartige beinhalten, da bei zu großer Formelhaftigkeit die Aufmerksamkeit schwindet und die Kommunikation abbricht. (vgl. Stalder 2017: 45) Stalder zum Potential von Datenmengen:

„Mit großen, gut organisierten Datenmengen lassen sich Menschen steuern, ohne dass ihnen diese Steuerung bewusst wird. Die Polizei wird nur im Notfall, wenn alles andere versagt hat, losgeschickt. Die Daten bieten die Grundlage dafür, die Umgebung, in der Menschen handeln, vorzustrukturieren, bevor sie handeln. Dadurch wird der Eindruck der individuellen Freiheit erhalten, obwohl die Freiheit nur noch darin besteht, aus Optionen auszuwählen, die ein anderer aus eigennützigen Motiven bereitgestellt hat. Amazon, der große Onlinehändler, wird nie ein Buch empfehlen, das er nicht im Angebot hat. In der Folge entsteht ein neues Machtgefälle zwischen denen, die Zugang zu den Daten und damit den entsprechenden Wissensvorsprung besitzen, und denen, die auf der Ebene der Kommunikation verharren müssen. Unterm Strich kommt heraus, dass zwar die Kommunikationsmöglichkeiten ausgeweitet wurden, Kommunikation als solche aber an Bedeutung verliert. Sie dient zunehmend nur noch als Anreiz, Daten zu produzieren. Facebook interessiert sich nicht für Kommunikation. Wäre Facebook nicht um sein Image besorgt, würde es sich aus dem, worüber und wie sich seine Nutzer unterhalten, ganz heraushalten. Denn egal was ausgetauscht wird, alles generiert verwertbare Daten.

Die Gewichtsverschiebung von der Kommunikation zu den Daten ist keineswegs auf das Internet beschränkt. In unseren zunehmend postdemokratischen Gesellschaften kommuniziert Macht nicht mehr, sie managt, möglichst ohne wahrgenommen zu werden. Und wenn sie spricht, spricht sie am liebsten in Zahlen. Das folgenreichste Projekt der EU im letzten Jahrzehnt ist eine Zahl: 3 % Obergrenze bei der Neuverschuldung“ (Stalder 2017: 48).

Da Politik immer durch Medien vermittelt wird, ist es konsequent, eine Politikdidaktik, die auf Medien fokussiert ist zu konzipieren. Diese Ansicht impliziert, dass diese Form der Politikdidaktik zeitgemäß sein soll und folglich das Thema der Mediatisierung berücksichtigen muss. Dies lässt sich durch Bezugnahme auf die Fachliteratur zur Politikdidaktik in mehreren Dimensionen begründen: Zuallererst basieren diese Begründungen auf Kriterien wie der Relevanz für die Zukunft und dem Aktualitätsbezug im Kontext mittel- und langfristiger gesellschaftlicher Herausforderungen (vgl. Goll 2018: 218ff) für die Allgemeinheit.

Ob und welche Medien von Jugendlichen genutzt werden, wird von mehreren Forschungsinstituten im deutschsprachigen Raum regelmäßig durch die Veröffentlichung empirischer Daten zur Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen dargelegt. Die meisten dieser Studien versuchen methodisch, quantitative und qualitative Daten miteinander zu verknüpfen, um so einen Einblick in die Medienverwendung von Kindern und Jugendlichen zu gewinnen. Der Jugend-Internet-Monitor von der Initiative Saferinternet.at präsentiert aktuelle Daten zur Nutzung sozialer Medien von österreichischen Jugendlichen, beispielhaft sei die folgende Grafik erwähnt.

Den Jugendlichen wurde im Rahmen einer Untersuchung u.a. folgende Frage gestellt:

Welche der folgenden Internetplattformen nutzt du?

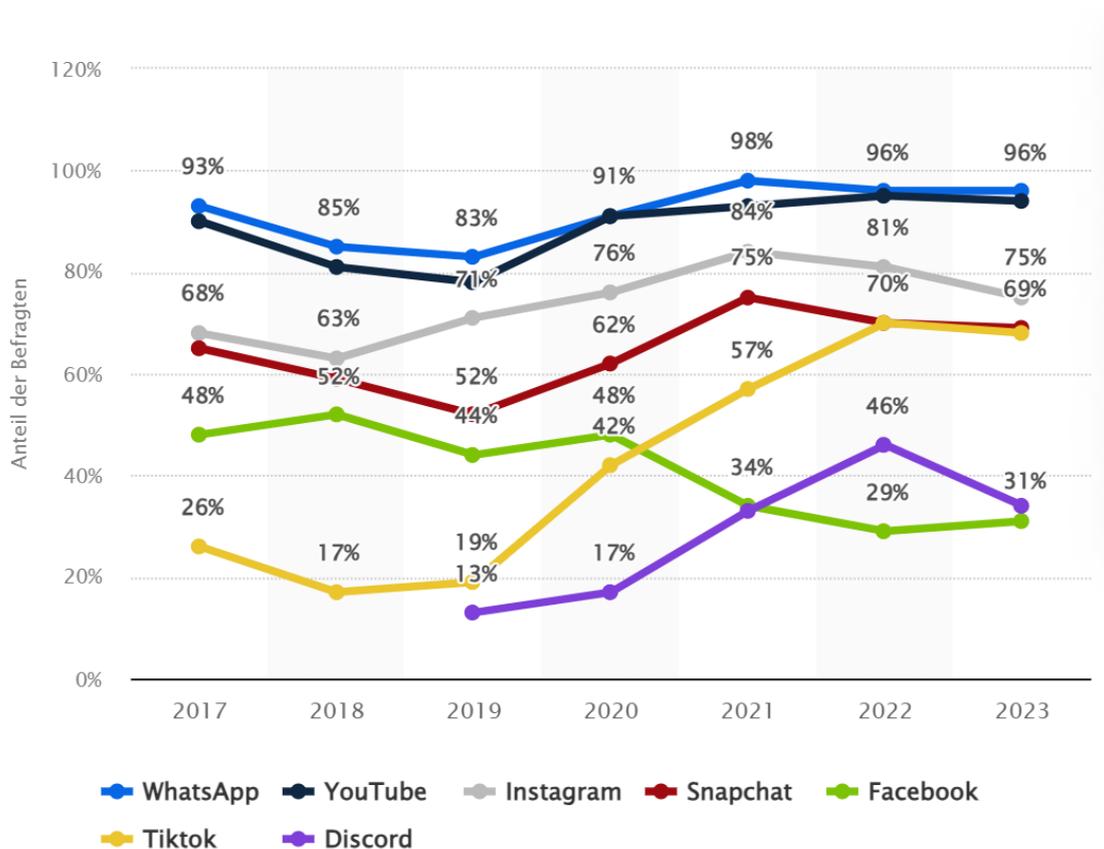


Abb. 2: Nutzung sozialer Medien durch Jugendliche in Österreich bis 2022 (Institut für Jugendkulturforschung 2023)

2.2 Politische Bildung in der digital mediatisierten Gesellschaft

Die nun besprochene Omnipräsenz von digital produzierten Medien verdeutlicht, dass die Fähigkeiten und Fertigkeiten, sich über die von Medien vermittelten Wirklichkeit zurechtzufinden, für die politische Bildung junger Menschen grundlegend ist. Politische Partizipation, die als ein zentrales normatives Leitziel sozialwissenschaftlicher Bildung gilt und teilweise als „Königsziel“, (vgl. Widmaier 2011: 102) wird Heranwachsenden als Teil des Unterrichtsfachs Geschichte und politische Bildung nähergebracht und kann nach Rolf Schmiederer „theoretisch zwei mögliche Funktionen haben: Sie kann einerseits eine in die Zukunft weisende, fortschrittliche, den bestehenden gesellschaftlichen Zustand transzendierende, und andererseits eine affirmative, den Status quo konservierende und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse verteidigende Funktion haben“ (Schmiederer 1971: 22). Um einer ideologischen Gesinnungsformung seitens der Lehrperson vorzubeugen, kann auch heute der Beutelsbacher Konsens mit den beiden Grundsätzen des Überwältigungsverbots und

des Kontroversitätsgebots herangezogen werden. (vgl. Waldis 2020: 60) Der Beutelsbacher Konsens betont im Sinne der Schülerorientierung, dass Schüler*innen „in die Lage versetzt werden müssen, eine politische Situation und die eigenen Interessenlagen zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen“ (Wehling 2016: 24). Was in Gesellschaft und Wissenschaft kontrovers ist und sich in widersprechenden politischen Positionen zeigt, muss auch im Unterricht so dargelegt werden, vor allem dann, wenn die verschiedenen politischen Standpunkte in einem Konfliktverhältnis zueinanderstehen.

Dass man einem medialen Einheitsbrei nur durch Kontrolle und Erhalt der Vielfalt (vgl. Hilligen 1985: 33) begegnen kann, hat Hilligen bereits in den 1980ern bemerkt. Hilligen versteht unter Mediatisierung das Angewiesensein auf mediale statt auf primäre Erfahrung. (vgl. Hilligen 1985: 32) Die medienbezogene Urteilsfähigkeit sieht er als das Höchstmaß der politischen Bildung. Hilligen hat um den allgemeinen Schlüsselbegriff – Bedeutung für das Leben – auch Herausforderungen und Chancen formuliert, wobei ihm hier die Begriffe „Chancen“ (Wünschenswertes) und „Gefahren“ (Bedrohung) dienlich sind (Hilligen 1985: 30f.). Sowohl ein naiver Nutzungsenthusiasmus als auch eine Behütepädagogik verbieten sich daher im Umgang mit (digitalen) Medien von selbst. (vgl. Goll 2018: 220)

Im Weiteren werden zwei für die darauffolgenden Ansätze wesentliche Begriffe in Bezug auf die Thematik vorgestellt: Mündigkeit und Macht. Mündigkeit ist neben dem Anspruch auf politische Partizipation ein zweiter in der Literatur häufig verwendeter Parameter. Sie wird als „Ressource“ (Kenner und Lange 2020: 49) sowie als demokratiefunktional und ausgeprägte Urteilskraft beschrieben (vgl. Weißeno et al. 2010: 27 f.) und mit dem Ziel einer entsprechenden mit der Legitimationsnotwendigkeit der Demokratie begründet. Durch den hohen Abstraktionsgehalt des Begriffs (vgl. Kanwischer und Schlottmann 2017: 71), ergeben sich bezüglich der Verwendung Schwierigkeiten. Werden die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses beachtet und das Fahnenwort Mündigkeit addiert, können junge Menschen auf deren Rolle als mündige Bürger*innen in der Demokratie vorbereitet werden. Auf den Punkt gebracht: Ohne Indoktrination und einseitige Darstellung sind Mündigkeit und Selbstbestimmung möglich (vgl. Engartner 2021: 26), zwangsläufig ist Mündigkeit daher nicht bestätigend oder kritisch. (vgl. Kenner und Lange 2020: 49) Ohne die Verknüpfung mit weiteren Zielen bleibt die Verwendung von Mündigkeit – ähnlich jener der Medienkompetenz – jedoch beliebig und gerät zur inflationär gebrauchten Worthülse. Wissensaneignung, Urteilsbildung und Handlungsfähigkeit sind die Lieferanten der Mündigkeit. (vgl. Hufer und Richter 2013: 328)

Aus den jüngeren Publikationen ist jedoch ersichtlich, dass das Konzept der Mündigkeit und seine Verwendung aus der Mode gerät und eine Abkehr stattfindet. Andreas Eis hat festgehalten:

„Das Bildungsziel politische Mündigkeit steht zwar nach wie vor im Zentrum von Kompetenzmodellen und Kerncurricula gleichwohl sprechen die jüngsten Bildungsreformen ebenso wie zahlreiche Förderprogramme zum Engagement- und Demokratielernen eher für eine normative Umdeutung des Mündigkeitsanspruches. Neue Zielorientierungen sind vielmehr Beschäftigungsfähigkeit, flexibel anpassungsfähige Kompetenzprofile, soziale Selbstregulierung und Eigenverantwortung statt Fragen nach Machtverhältnissen, Fremdbestimmung und Herrschaftskritik“ (Eis 2017: 22).

Die Autorengruppe Fachdidaktik (2016) sieht den Mündigkeitsbegriff gar auf dem bildungspolitischen Friedhof und erkennt die Absicht von Quantifizierung als deren Nachfolger. (vgl. Autorengruppe Fachdidaktik 2016: 18) Eis sieht in einer Kritik dieser Entwicklung eine „soziale Aktivierung statt politischer Selbstermächtigung“ als vorherrschende „(Neu-)Orientierung einer entpolitisierten Politischen Bildung“, die vor allem zu Formen der Pseudopartizipation führe. (vgl. Eis 2017: 23) So lässt sich festhalten, dass auf der Grundlage persönlicher Prinzipien eine ganzheitliche Sicht auf ein selbstbestimmtes Leben als Individuum möglich ist. Da die Kapazitäten fehlen, um in jeder Situation autonom abzuwägen, geht es bei der Entwicklung von Mündigkeit um die Betrachtung als Ganzes. Auf die Bewertung, wann eine Person mündig ist oder autonom lebt, kann es folgend keine Antwort geben. Mündigkeit ist ein gradueller Begriff.

Das Konzept Macht steht für die Überlegungen in dieser Arbeit ebenso im Mittelpunkt. Oberflächlich betrachtet scheint es so, als ob Schüler*innen von Natur aus subjektive Vorstellungen von Macht und Herrschaft haben. Diese Vorstellungen variieren je nach Schulstufe in ihrer Komplexität und Differenzierung, sollten jedoch bereits in der Grundschule ausreichend entwickelt sein, um Fragen zur Macht und ihrer Legitimation zu behandeln. (vgl. Raths und Kalcsics 2011: 66) Schüler*innen weisen jedoch häufig Wissenslücken auf, besitzen falsche Informationen (vgl. Sander 2013: 102) über bestimmte Aspekte von grundlegenden Konzepten und/oder generalisieren. So nehmen bspw. Volksschulkinder einen Direktor/eine Direktorin oft als absolut waltende Person wahr, welche über die gesamte Schule mit uneingeschränkter Macht herrscht. (vgl. Kühberger und Windischbauer 2010: 14) Es ist jedoch nicht das Ziel, "falsches" Wissen durch "richtiges" Wissen zu ersetzen. Das liegt daran, dass es zu den "problematischen Konzepten" keinen klaren Gegenpol in Form einer eindeutig definierten und in den Wissenschaften anerkannten "richtigen" Konzeptverständnisses gibt.

In diesem Zusammenhang weist die Autorengruppe für Fachdidaktik (vgl. 2011: 167) darauf hin, dass der Politikunterricht nicht dazu dienen sollte, den Schüler*innen "richtige" Konzepte zu vermitteln. Nach Manuel S. Hubacher sollte der Fokus des Politikunterrichts auf Reflexion und Diskussion liegen. Für Schüler*innen möge ein Raum geschaffen werden, in dem politische Konzepte und Deutungsmuster im Rahmen eines möglichst offenen Debattenraumes verhandelt werden können. (vgl. Hubacher 2021: 45)

Nach Manuel Castells gibt es vier verschiedene Typen von Macht:

- 1. Typ: Networking-Macht; über die Logik der Inklusion/Exklusion
→ Macht durch Gatekeeping
- 2. Typ: Netzwerk-Macht; über die Logik von Kommunikationsstandards
→ Macht durch Standards
- 3. Typ: Vernetzte Macht; über die Logik von (Macht)-Beziehungen
→ Macht durch programmierte Ziele
- 4. Typ: Vernetzende Macht; über zwei Logiken, erstens neue oder bestehende Netzwerke programmieren, zweitens bestehende Netzwerke verbinden
→ Macht über eine gute Position (vgl. Castells 2009: 47ff.)

Castells ergänzt zum vierten Machttyp:

*„Durch die Funktion als Schnittstelle zwischen relevanten Netzwerken können soziale Akteur*innen die Kommunikations- und Informationsflüsse zwischen den Netzwerken kontrollieren. Aufgrund ihrer Position im Netzwerk können Akteur*innen, welche die Fähigkeit zum Programmieren oder zum Verbinden besitzen, weitreichenden Einfluss gewinnen, was vernetzende Macht zum wichtigsten Machttyp macht. Aus diesem ergeben sich auch die Hauptstrategien der Gegenmächte, um bestehende Herrschaftsverhältnisse herauszufordern: Erstens versuchen sie, Netzwerke neu zu programmieren, indem sie neue Institutionen schaffen und neue Protokolle implementieren. Zweitens zielen sie darauf ab, Vermittelnde daran zu hindern, Netzwerke zu verbinden“ (Castells 2009: 47ff.).*

Die Vermittlung von Macht als etwas Abstraktes ist nicht sinnvoll. Es ist angemessener, dass Schüler*innen von ihren eigenen Vorstellungen ausgehend einen vertieften Einblick in Macht und Mündigkeit und ihre vielfältigen Erscheinungsformen erhalten (vgl. Hubacher 2021: 45) und ihre Handlungsmöglichkeiten erkunden. Ein erstes Ziel besteht darin, ein vielfältiges Wissensnetzwerk aus singulärem Einzelwissen aufzubauen, um Macht mit anderen politischen Konzepten zu verknüpfen. Dies bietet eine interpretative Orientierungshilfe, um das Politische eigenständig und systematisch zu erfassen und zu verstehen.

Das zusätzliche Ziel gemäß Hubacher besteht darin, dass Jugendliche durch Reflexion ihren Handlungsspielraum erkunden, um einen eigenständigen Zugang mit erlebter Macht zu ermöglichen. Macht, als kontextabhängiges Konzept, lässt sich nicht allgemein definieren und ist in Beziehungen verankert. Ein "Netzwerkblick" dient, einfache Erklärungen zu widerlegen, da es weder allmächtige noch machtlose Akteure gibt. Obwohl Einflussmöglichkeiten ungleich verteilt sind, können sie sich durch neue Vernetzungen dynamisch verändern, wodurch die soziale Dimension betont wird. (vgl. Hubacher 2021: 45)

Für die weitere Entwicklung dieses Ansatzes stellt sich die Frage, wie Situationen gestaltet sein müssen, um mit Jugendlichen über ihre Kommunikationspraxis in den sozialen Medien unter dem Gesichtspunkt von Macht und Öffentlichkeit zu reflektieren. Soziale Medien haben eine Bedeutung als ein jugendkultureller Raum, den Jugendliche für sich beanspruchen, auch wenn zahlreiche Anwendungen öffentlich oder teilweise öffentlich sind. Um dieses Thema weiter zu vertiefen, ist ein pädagogischer Ansatz erforderlich, der auf Vertrauen basiert und sich auf die Bedürfnisse der Jugendlichen einstellt.

Welche Formen der politischen Teilhabe im Netz sind bei Jugendlichen sichtbar? Ulrike Wagner und Christa Gebel heben vor dem grundlegenden Hintergrund des Sich Orientierens drei Dimensionen der Partizipation hervor. Die damit beschriebenen medialen Aktivitäten sind insgesamt auf gesellschaftliche Teilhabe bezogen und zielen mit unterschiedlichem Grad aktiver Partizipation darauf ab, sich einzubringen und sich einzumischen. (vgl. Wagner und Gebel 2014: 179 ff.)

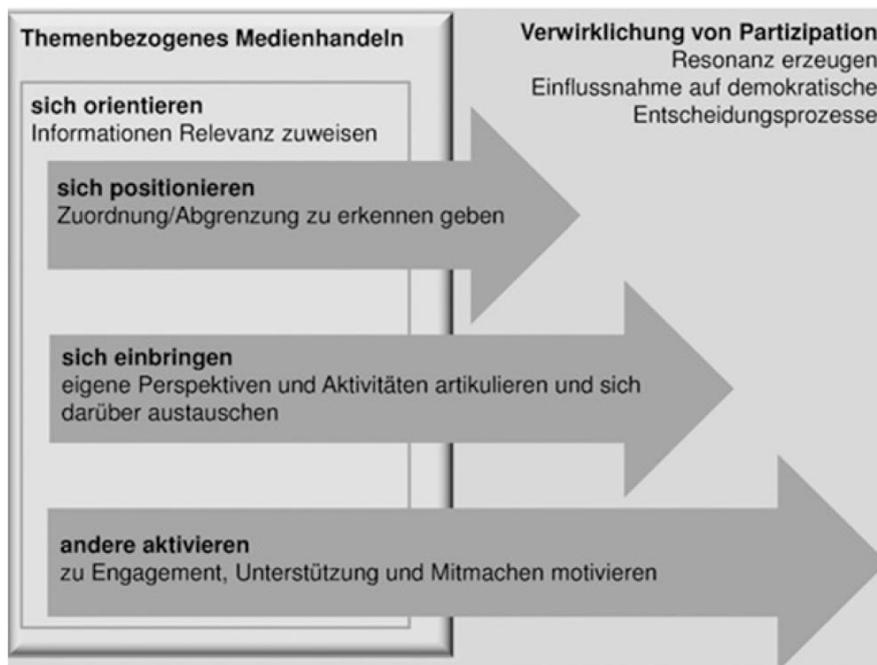


Abb. 3: Dimensionen partizipativen Medienhandelns (Wagner und Gebel 2014: 180)

Die Grafik zeigt verschiedene Abstufungen der Partizipation. In der niedrigsten Stufe positionieren sich Jugendliche etwa durch Likes oder einen Kommentar. Der Austausch zu einer Thematik entspricht der Stufe sich einzubringen, hierbei wird auch die eigene Sichtweise zu einem Thema artikuliert und argumentiert. Die Aktivierung anderer ist in der Folge die höchste Stufe des partizipativen Medienhandelns, etwa wenn andere Jugendliche zu bewegt werden, an Aktionen teilzunehmen und sich diese wiederum engagieren.

2.3 Konzepte

Im Folgenden wird eine Auswahl von Konzepten beschrieben, welche für den Entwurf des Leitfadenterviews, für die Beantwortung der Forschungsfragen und im Kontext eines politisch bildenden (GW)-Unterrichts Relevanz haben. Die Geographie-Fachdidaktik diskutiert den Anstieg und die Verwendung digitaler Medien in Bezug auf ihre Raumverhältnisse:

„Diese räumliche Dimension des Digitalen knüpft dabei einerseits an etablierte geographische Problemstellungen an, wirft zugleich jedoch neue Fragen auf, zu deren Bearbeitung unserer Auffassung nach weniger eine technikorientierte denn eine sozial- und kulturwissenschaftlich fundierte Perspektive notwendig ist“ (Felgenhauer und Gäbler 2019: 6).

Daher werden im Folgenden mit den Vermittlungsinteressen und Spatial Citizenship zwei Konzepte aus der (Schul)-Geographie und mit der Strukturalen Medienbildung und Digital Citizenship zwei Konzepte aus der Bildungs- und Internetforschung beschrieben, um dem interdisziplinären Anspruch der Forschungsüberlegungen gerecht zu werden.

2.3.1 Vermittlungsinteressen in der (Schul-)Geographie

Im Mittelpunkt des Konzepts der Vermittlungsinteressen der (Schul-)Geographie steht nicht weniger als einer der lebensbegleitenden Prozesse jedes Menschen: sich über die eigenen persönlichen Interessen klar zu werden. Wie kann diese Philosophie in den Bildungsprozess einfließen? Christian Vielhaber kritisierte 1999 in einem Artikel die Praxis, dass schulische Lehrinhalte häufig ausschließlich von Lehrer*innen vermittelt und ohne tiefergehende Reflexion als unveränderliche Normen weitergegeben werden. Diesen Ansatz betrachtet er im Hinblick auf den politischen Bildungsauftrag als unzureichend. (vgl. Vielhaber: 1999) In einer Zeit, in der traditionelle Werte vermehrt in Frage gestellt werden, erachtet es Vielhaber als umso wichtiger, Schüler*innen in die Lage zu versetzen, die gesellschaftlichen Auswirkungen der Werteveränderungen zu verstehen und fundierte Positionen zu Schlüsselfragen der zukünftigen Entwicklung zu beziehen. Vielhaber hebt die Bedeutung der Frage hervor, welchen Interessen eine bestimmte Interpretation „Welt“, „Erkenntnis“ und „Vermittlungsinhalten“ im Kontext der Auseinandersetzung mit spezifischen Problemstellungen dient. Dies wird als zentral für einen Bildungsweg angesehen, der darauf abzielt, reflexive Fähigkeiten zu entwickeln. Denn das Spannungsfeld zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit prägt nicht nur die Wege der Erkenntnis in wissenschaftlicher Hinsicht, sondern auch die Vermittlungswege im schulischen und didaktischen Bereich. Er betont, dass die Frage, wem die angestrebte Erkenntnis eigentlich dient und welches Interesse die Forschungsüberlegungen leitet, von grundlegender Bedeutung ist. Die Vermittlungsinteressen der (Schul-)Geographie bauen auf einem Konzept von Jürgen Habermas auf, welcher in technisches, praktisches und emanzipatorisches Erkenntnisinteresse unterscheidet:

- das „Technische Erkenntnisinteresse“ entspricht dem Typus des „Instrumentellen Handelns“
- das „Praktische Erkenntnisinteresse“ dem des „Kommunikativen Handelns“
- das „Emanzipatorische Erkenntnisinteresse“, der praktisch und politisch folgenreichen Selbstreflexion

Jeder dieser Interessensbereiche weist auf spezifische Handlungskontexte hin, in denen Erkenntnisnormen und -gegenstände entstehen. Vielhaber formuliert aufbauend auf Habermas Überlegungen drei Typen und erweitert um einen vierten Typ. Im Folgenden werden die vier verschiedenen Lehransätze beschrieben. (vgl. Vielhaber: 1999)

Typ 1: Ein Lehransatz, der sich durch eine lineare Wissensvermittlung auszeichnet, bei der Inhalte ohne tieferen Kontext prüfend abgefragt werden. Die Annäherung an Themen erfolgt

hauptsächlich über Begriffsklärungen, ohne dass Schüler*innen die Auswahl und Zusammenhänge der Inhalte nachvollziehen können.

Typ 2: Dieser Ansatz basiert auf einer zweckrationalen Wissensvermittlung und folgt einer "Wenn-Dann-Rationalität". Vielhaber kritisiert an diesem Ansatz, dass er dogmatisch sein kann und potenziell keinen Raum für unterschiedliche Perspektiven bietet.

Typ 3: Der praktische Lehransatz betont die Wertebegründung und die soziale Rahmenbedingung des Lernens. Hierbei werden den Schüler*innen Werte von außen vorgegeben, was zu bestimmten gesellschaftlichen Rahmen führt, in dem Schüler*innen und Lehrer*innen interagieren und sich bewegen. Die Ethik in diesem Ansatz orientiert sich an christlich-abendländischen und pluralistisch-demokratischen Werten.

Typ 4: Dieser Ansatz geht über die vorherigen hinaus und soll die Schüler*innen ermutigen, alternative Perspektiven und Widersprüche zu erkunden. Dabei steht die Förderung von Mündigkeit und Selbstbestimmung im Vordergrund. Lehrer*innen finden sich in einer Rolle, in der gezeigt wird, wie begrenzte Perspektiven erweitert werden können.

Vielhaber konstatiert, dass es bereits eine Leistung ist, wenn junge Menschen in der Lage sind zu erkennen, dass die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse für viele nicht ausreichend sind. Wird die Bedeutung einer ausgewogenen Bildung, die Wissen, Interesse, Reflexion und soziale Verantwortung in fachdidaktische Überlegungen mit einbezieht erkannt, stehen die Chancen höher, Schüler*innen zu mündigen, reflektierten und solidarischen Bürger*innen zu bilden. Lehrpersonen sind daher in der Verantwortung, den Unterricht auf ansprechende und interaktive Weise so zu gestalten, dass das Interesse der Lernenden am Fach aufgebaut und aufrechterhalten wird. (vgl. Vielhaber 1999)

2.3.2 Strukturelle Medienbildung

Der Ansatz der strukturalen Medienbildung unterscheidet sich von vielen anderen Ansätzen dadurch, dass er nicht die konkreten Medien und ihre Rolle als Vermittler in den Mittelpunkt stellt. Stattdessen geht er davon aus, dass die Medien hauptsächlich die Strukturen von Weltanschauungen beeinflussen. (vgl. Jörissen und Marotzki 2009: 109) Das heißt, dass wir uns nicht nur mit Medien befassen, sondern in gewisser Weise in sie eintauchen. Unter Medienbildung verstehen wir in diesem Kontext die strukturelle Veränderung von Mustern des Welt- und Selbstverständnisses, die durch Medien initiiert und beeinflusst werden. (vgl. Jörissen und Marotzki 2009: 109) Angesichts der wachsenden Unsicherheit und zunehmenden Komplexität in unserer lebensweltlichen Orientierung im digitalen Zeitalter wird eine

reflektierte Haltung immer wichtiger. Dazu gehören die Neugestaltung von Weltanschauungen, ein flexibler Umgang mit Wissensbeständen, Offenheit für Neues, vorläufige Erfahrungen und das Verständnis für Grenzen. Bildung kann in diesem Zusammenhang nicht auf das bloße Erlernen von Fakten und Fertigkeiten reduziert werden. Der Bildungsbegriff, der diesem Ansatz zugrunde liegt, beschreibt Bildung vielmehr als einen strukturellen Transformationsprozess der individuellen Weltanschauung. Dieser Ansatz legt besonderen Wert auf die kritische Analyse und autonome Reflexion von Aspekten des menschlichen Lebens in Bezug auf Wissen, Handeln, Transzendenz und Biografie. (vgl. Jörissen und Marotzki 2009: 30 f.)

Die vier Dimensionen, welche der lebensweltlichen Orientierung dienlich sein können, werden von Benjamin Jörissen und Winfried Marotzki wie folgt beschrieben:

„1. Die Reflexion auf Bedingungen und Grenzen des Wissens: z.B. wie verschiedene Medien arrangiert sind

2. Die Reflexion des Handlungsbezugs als Frage nach Grundsätzen des eigenen Handelns, die sich in konkreten sozialen Kontexten ergeben: z.B. Handlungsoptionen, die sich aus Informationen aus sozialen Medien ergeben

3. Die Reflexion von Grenzen als Grundstruktur von Bildung: z.B. die Grenzen zwischen dem Eigenen und dem Fremden oder die Grenzen zwischen Körper und Technik, die im digitalen Zeitalter zunehmend an Konturen verlieren

4. Die Reflexion von Biographisierungsprozessen: z.B. die Frage nach der eigenen Identität und ihren biographischen Bedingungen oder nach subjektiven Relevanzen und Werten in digitalen Lebenswelten“ (Jörissen und Marotzki 2009: 30 f.)

2.3.3 Digital Citizenship

Die Idee des Digital Citizenship betont den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien im Kontext eines Bürgerbewusstseins. Namentlich orientiert sich es sich an der Bürgerschaft, welche laut Mark Poster (2002: 98) nicht mehr für eine weltweite Demokratisierung geeignet sei:

„Today the natural no longer exists as an autonomous realm of self-determination. The conditions of globalization (...) include the linking of human and machine. New democratizing principles must take into account the cultural construction of the human-machine.“ (Poster 2002: 99)

Pierre Lévy schreibt schon 1997 von "kollektiven Intelligenzen im Cyberspace“, welche die traditionellen Vorstellungen von "Öffentlichkeit" ersetzen wird und betont so die veränderte Beziehung zwischen Mensch und Technologie. (vgl. Lévy 1997) In seiner inhaltlichen

Umsetzung bezieht sich Digital Citizenship auf die Verantwortlichkeiten, Rechte und Pflichten von Personen in der digitalen Welt. Es umfasst eine Reihe von Fähigkeiten, die notwendig sind, um verantwortungsbewusst und sicher in der heutigen technologisch geprägten Gesellschaft zu agieren. Denn: Digital Natives sind nicht automatisch kompetent. Eine Auswahl an Schlüsselaspekten von Digital Citizenship sind:

- Digital Literacy - Die Fähigkeit, Informationen online zu finden, zu bewerten und zu verwenden. Das schließt die Fähigkeit ein, zwischen zuverlässigen und unzuverlässigen Quellen zu unterscheiden
- Digital Security - Das Bewusstsein um die persönliche Sicherheit in der digitalen Welt. Dies beinhaltet den Schutz persönlicher Informationen, die Verwendung sicherer Passwörter und das Vermeiden von Online-Risiken wie Cybermobbing und Betrug
- Digital Etiquette - Das Verständnis um Regeln der „digitalen“ Etikette. Dazu gehört beispielsweise das respektvolle Kommunizieren auf Online-Plattformen und die angemessene Nutzung von sozialen Medien
- Digital Rights and Responsibilities - Digitale Bürger*innen haben bestimmte Rechte online, wie zum Beispiel das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht auf Privatsphäre. Es ist wichtig, dass sie sich dieser Rechte bewusst sind und wissen, wie sie diese schützen können (vgl. Ribble 2011: 15 ff.)

Digital Citizenship bewegt sich daher an der Schnittmenge von Politischer Bildung, Medienbildung und Digitaler Grundbildung. Einige Autoren dieses Konzepts scheinen die richtigen Verhaltensweisen zu kennen, während sie den Nutzer*innen, sowohl Jugendlichen als auch Erwachsenen, nicht zutrauen, Technologien eigenverantwortlich zu nutzen. Es wird betont, dass Digital Citizenship nicht nur ein Werkzeug für Lehrkräfte ist, sondern ein Weg, um Schüler*innen und Technologienutzer*innen gleichermaßen auf eine von Technologien geprägte Gesellschaft vorzubereiten.

Dabei bezieht sich Digital Citizenship auf Normen für die richtige und verantwortungsbewusste Nutzung von Technologien. Terry O'Brien (2010: 50) argumentiert: „Digital Citizenship ist ein Weg, um Schüler*innen beizubringen, was es bedeutet, ein guter digitaler Bürger zu sein und was man tun muss, um einer zu werden.“ Dies könnte jedoch dazu führen, dass das Konzept des selbstverantwortlichen digitalen Bürgers selbst einen erzieherischen oder bewahrpädagogischen Ansatz annimmt, „da es vor Gefahren warnt, das Verhalten von Kindern und Jugendlichen überwacht und in vielen Fällen immer noch unklar ist, welche zukünftigen Regeln und Normen in der (digitalisierten) Gesellschaft gelten“ (McCosker et al. 2016). Digital

Citizenship beschränkt sich nicht einfach auf das Erlernen vermeintlich sicherer Regeln, Rechte und Pflichten, die den Bewohnern des Internets auferlegt sind. Stattdessen ist von entscheidender Bedeutung, nach dem Prinzip Lernen durch Handeln Verantwortung einzuüben. (vgl. McCosker et al. 2016) Da politische Institutionen und Unternehmen unterschiedliche Interessen verfolgen wird gefordert, dass die medienpädagogischen Räume offen und selbstorganisiert sein sollten. Sowohl Lehrpersonen als auch Erziehende sind in diesem Prozess Mitlernende und keine Akteure, die über geheimes Wissen verfügen, dass nur autoritär weitergegeben wird.

2.3.4 Spatial Citizenship

Spatial Citizenship ist eine multidisziplinäre Idee, die verschiedene Fachgebiete miteinander verknüpft. Das Konzept, welches auch als „Raumbürgerschaft“ bezeichnet wird, bezieht sich auf die Fähigkeit einer Person, räumliche Informationen, Technologien und Erkenntnisse zu verstehen, zu nutzen und aktiv an der Gestaltung und Entscheidungsfindung im Raum teilzunehmen. Es verbindet eine der Domänen der Geographie, den „Raum“ (vgl. Wardenga 2002: 8), mit der politischen Bildung und Bürgerbeteiligung. (vgl. Jekel, Gryl und Oberrauch 2015: 8) Das Konzept betont folgende Aspekte:

- **Raumwahrnehmung:** Hierbei geht es um die Fähigkeit, räumliche Informationen zu interpretieren und zu verstehen, sei es geografische Daten oder technologische Aspekte wie GPS und räumliche Visualisierungen
- **Raumorientierung:** Das Konzept umfasst auch die Fähigkeit, sich im Raum zu orientieren, den eigenen Standort zu kennen und räumliche Beziehungen zu verstehen.
- **Raumgestaltung und Teilhabe:** Spatial Citizenship betont die aktive Beteiligung der Bürger an raumbezogenen Entscheidungsprozessen, sei es auf lokaler oder globaler Ebene. Menschen werden ermutigt, ihre räumlichen Kenntnisse und Fähigkeiten einzusetzen, um Lösungen für räumliche Herausforderungen zu entwickeln

- Technologische Kompetenz: Aufgrund des Einflusses von Technologie auf unsere Raumwahrnehmung ist es wichtig, Technologiekompetenz im Kontext räumlicher Informationen zu entwickeln, einschließlich der Nutzung von digitalen Karten, GPS und Geodaten
- Bildung und Bewusstsein: Spatial Citizenship erfordert Bildung und Bewusstsein über räumliche Themen, Geographie, Umwelt und soziale Aspekte, die mit der Raumgestaltung verbunden sind

Gleichzeitig basiert Spatial Citizenship auf der Annahme, dass die alltägliche Nutzung von Technologien und Geoinformationen gesellschaftliche Veränderungen hervorbringt (vgl. Spatial Citizenship 2023) die in der schulischen Bildung unter der Berücksichtigung des Spannungsfeldes aus Mündigkeit und bestehenden Regeln besprochen werden sollte. (vgl. Jekel, Gryl und Oberrauch 2015: 10) Diese Veränderungen betreffen die individuelle und kollektive Raumeignung und beeinflussen kollektive Entscheidungsprozesse, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene. EU-Projekte wie „Education for Spatial Citizenship“ und „SPACIT“ sind bestrebt, die Integration von Spatial Citizenship in die schulische Bildung zu fördern. Dies geschieht durch die Entwicklung von Lehrmaterialien und Workshops, die Lehrer*innen und Schüler*innen die Bedeutung räumlichen Denkens, von Geoinformation und der Nutzung des (Geo)-Webs als Instrument kommunikativer und partizipativer Einflussnahme näherbringen. (vgl. Spatial Citizenship 2023) Diese Initiativen sollen es den Bürger*innen ermöglichen, als mündige Menschen an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, sei es in Bezug auf städtische Planung, Umweltschutz oder andere raumbezogene Angelegenheiten.

“The construction of Europe is not just a form of collaboration between States. It is a rapprochement of peoples who wish to go forward together, adapting their activity to the changing conditions in the world while preserving those values which are their common heritage” (Tindemans 1976: 22).

Das Ziel von „SPACIT“ ist es, Lehrpersonen und Schüler*innen mit den erforderlichen Kompetenzen auszustatten, um Spatial Citizenship in die Praxis umzusetzen und den kritischen und reflektierten Umgang mit räumlichen Daten und Informationen zu fördern. (vgl. Spatial Citizenship 2023) Zusätzlich zur schulischen Bildung soll ein Projekt wie „SPACIT“ dazu beitragen, Synergien über die schulische Bildung hinaus zu schaffen und die Bürgerbeteiligung in der (Geo)-Informationsgesellschaft zu fördern.

Dies wird durch die Integration von (Geo)-Informationstechnologien in die politische Bildung erreicht, wodurch die Bürger in die Lage versetzt werden, aktiv an Entscheidungsprozessen teilzunehmen und kritisch mit räumlichen Informationen umzugehen. Dies trägt zur Entwicklung von räumlichen Kommunikationsfähigkeiten und zur Stärkung der Partizipation in der (Geo)-Informationsgesellschaft bei. Der emanzipatorische Charakter des Konzepts orientiert sich an Vielhabers Vermittlungsinteressen. (1999)

3 Empirischer Teil

Im Folgenden werden die Methodik der Erhebung der Primärdaten sowie deren Auswertung und Analyse beschrieben. Im Rahmen der Datenerhebung wurden zehn individuelle Experteninterviews durchgeführt. Die Auswahl der Expert*innen erfolgte aufgrund ihrer Forschungsschwerpunkte und ihrer Bereitschaft, an dieser Masterarbeit mitzuwirken. Die Interviews wurden aufgezeichnet, transkribiert und dienen als Grundlage für die interpretative Analyse.

3.1 Methodisches Vorgehen

Bei der Entwicklung des Experten-Einzelinterviews wurde auf offene Forschungsfragen und die Interaktion zwischen Interviewer und Expert*innen als Teil des Forschungsprozesses geachtet, um die Einsichten und Meinungen der Expert*innen (vgl. Niebert und Gropengießer 2014: 125) in verschiedenen Disziplinen der zu beforschenden Thematik festhalten zu können. Die Interpretation von Experteninterviews ist eine qualitative Forschungsmethode, die darauf abzielt, Bedeutungen, Muster (vgl. Kuckartz und Rädiker 2022) und Zusammenhänge in den interviewten Äußerungen zu identifizieren und verstehen zu können. Dieser Ansatz ermöglicht es, tiefgehende Einblicke in die Perspektiven und Meinungen der befragten Personen zu gewinnen und damit zur Beantwortung der Forschungsfrage beizutragen.

Die interpretative Analyse der Experteninterviews erfolgte in mehreren Schritten. Zunächst wurden die transkribierten Interviewtexte sorgfältig gelesen und wiederholt durchgegangen, um einen Eindruck von den vielfältigen Standpunkten und Meinungen der Experten zu erhalten. (vgl. Kuckartz 2010: 38) Anschließend wurden Schlüsselzitate und -aussagen identifiziert, die relevante Themen und Muster widerspiegeln. Die Interpretation unterlag einem heuristischen und prozesshaften Charakter (vgl. Kleining 1994: 188f), bei dem die Aussagen der Expert*innen analysiert wurden, um deren dominante Ansätze, die Gemeinsamkeiten sowie die Unterschiede in Bezug auf die Forschungsfrage(n) herauszulesen und inhaltliche Repräsentativität herzustellen.

Während der Analyse wurden wiederkehrende Themen, Begriffe und Kategorien aus den Interviewdaten abgeleitet. Diese Kategorien sind sowohl inhaltlicher als auch konzeptioneller Natur und dienen dazu, die Vielschichtigkeit der Expertenmeinungen zu strukturieren und zu organisieren. Um die Reflexivität und Validität der interpretativen Analyse zu gewährleisten, erfolgte ein kontinuierlicher Austausch mit dem Betreuer.

Dieser trägt dazu bei, Vorannahmen und Interpretationen kritisch zu reflektieren, um eine fundierte Interpretation der Interviewdaten sicherzustellen.

3.2 Fragestellungen und Erwartungen

Im Folgenden werden die Entwicklung des Interviewleitfadens und beispielhaft die damit einhergehenden Erwartungen erläutert. Das Ziel war es, über die Befragung von Vertreter*innen verschiedener Disziplinen zu den gleichen Thematiken anwendungsorientierte Erkenntnisse für den praktischen (GW)-Unterricht zu generieren. Die Fachdidaktik Geographie und wirtschaftliche Bildung wird im Weiteren mit „GW-Fachdidaktik“ abgekürzt. Die Überlegungen zu den einzelnen Fragestellungen orientieren sich an den im vorigen Kapitel besprochenen vier Konzepten. Der Fokus liegt auf den Vermittlungsinteressen (vgl. Vielhaber 1999) und werden um den bewahrpädagogischen Ansatz aus der Medienpädagogik erweitert. (vgl. Hoffmann 2008: 42ff)

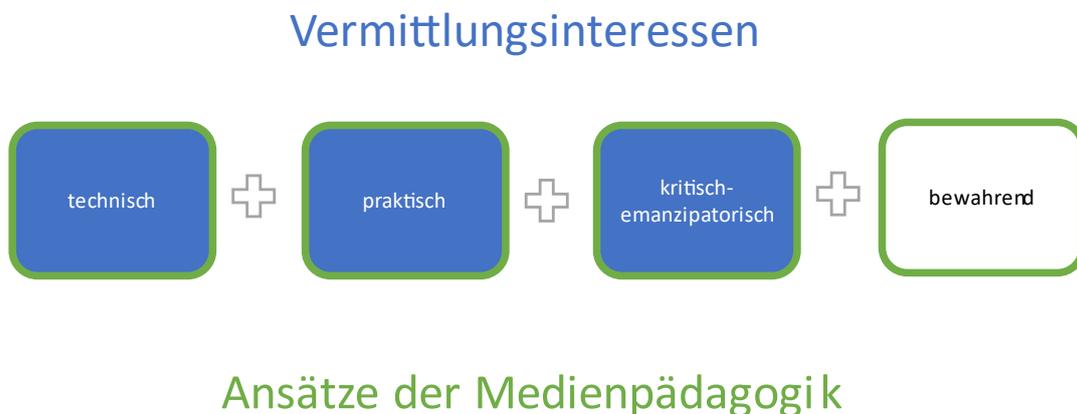


Abb. 4: Vermittlungsinteressen und die Überschneidung mit der Medienpädagogik
(Eigene Darstellung)

Die Fragestellungen orientieren sich an einem subjektorientierten und herrschaftskritischen Verständnis politischer Bildung in denen durch die Lehrpersonen gelehrt wird, die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit zu erkennen, zu beurteilen und zu beeinflussen.

Nach der Erstellung einer ersten Version des Leitfadens begann ab Februar 2023 die Suche nach Interviewpartner*innen. Als sich durch Zu- oder Absagen herauskristallisierte, dass die Interviewpartner*innen aus verschiedenen Disziplinen kommen werden – nicht nur aus der GW-Fachdidaktik – wurden die Fragen immer wieder an die potenziellen Partner*innen angepasst. Die Herausforderung dabei war, innerhalb eines 20-40 minütigen Interviews mit zehn Partner*innen die aus der Forschungsfrage abgeleiteten Unterfragen zu beantworten und die Fragen so zu konstruieren, dass sie für alle Befragten möglichst ohne Nachfragen beantwortbar sind. Nach der Zusage von Expert*innen aus den Feldern (Geographie)-didaktik, Unterricht Sek I & II und Politikdidaktik kam mit Sophie Lecheler aus der Kommunikationswissenschaft eine weitere Disziplin dazu, die interdisziplinären Ansatz der Forschungsüberlegungen ergänzte.

Beispielsweise wurde nach ihrer Zusage die Frage nach den spezifisch auf den GW-Unterricht angewendeten Konzepten wieder aus dem Leitfaden herausgenommen, da die vorige Frage nach den Konzepten für den digital politisch bildenden Unterricht für alle Befragten passend ist. Nachdem die meisten anderen Interviewpartner*innen von sich aus auf allgemeine Konzepte und spezifisch für den GW-Unterricht geeigneten Konzepten innerhalb einer Antwort eingingen, wurde nach Abschluss der Interviewphase im Rahmen einer Nachfrage per E-Mail auf den spezifischen GW-Bezug eingegangen.

Die folgende Grafik visualisiert die Unterschiede und Gemeinsamkeiten des befragten Personenkreises. Die Auswahl setzt den Schwerpunkt auf die GW-Fachdidaktik, die Unterrichtenden sind hier mitgemeint. Erweitert wird der Personenkreis um die Disziplinen Politikdidaktik und der Kommunikationswissenschaft.



Abb. 5: Disziplinen und Forschungsschwerpunkte in der Auswahl der Interviewpartner*innen. Die inneren Kreise stellen die Gewichtung im Vergleich der wissenschaftlichen Disziplinen dar. In den äußeren Kreisen werden die Interviewpartner*innen und ihre Forschungsschwerpunkte benannt (Eigene Darstellung)

Die Erwartungen in Bezug an die Antworten zu den Interviewfragen waren sowohl durch homogene Antworten als auch unterschiedliche Ansätze geprägt. Beispielsweise wurden bei der ersten Frage (zur demokratischen Mitbestimmung heutzutage) verschiedene Antworten erwartet, sowohl Ja- oder Nein-Antworten samt Begründungen sind schwer beweisbar. Die Frage ist Einstieg und Hinweis auf die Forschungsfrage gleichermaßen.

Bei der Frage zum Wissen um die Funktionsweise von digitalen Medien war hingegen die Erwartung, dass alle Befragten angeben würden, dass das Verständnis um ebendiese im Kindesalter beginnen solle. Die den Interviews vorangegangene Kommunikation mit den Interviewpartner*innen lief per E-Mail ab, die Durchführung erfolgte im Juni 2023 sowohl persönlich unter vier Augen als über das Videokonferenztool „Jitsi Meet“. Die Interviewfragen waren den Expert*innen vorab nicht bekannt. Aufgenommen wurden die Interviews mit einem digitalen Diktiergerät und/oder mit der Aufnahmefunktion von „Jitsi Meet“. Nach einem kurzen Vorgespräch – um das Forschungsthema noch einmal anzusprechen – wurden den Interviewpartner*Innen die im folgenden aufgelisteten Fragen gestellt.

3.2.1 Interviewleitfaden

Nachstehend die finale Version des Interviewleitfadens.

Themenblock 1

Kultur der Digitalität, politische Prozesse heute, Problemstellung

- Im 1. Themenblock wird es um die Kultur der Digitalität, die politischen Prozesse heute und die Problemstellung, welche wir in diesem Interview behandeln, gehen. Beginnen wir mit einer allgemeinen Fragestellung: Kann das **Internet** überhaupt im Sinne der **demokratischen Mitbestimmung** genutzt werden?
- Will jemand heute andere Menschen erreichen, passiert dies immer häufiger über digitale Kanäle. Hätten wir dieses Interview vor 40 Jahren geführt, würden wir uns über die Funktionsweise von analogen Massenmedien unterhalten. Nun spielen sich politische Informiertheit und politischer Meinungs Austausch - außerhalb der eigenen vier Wände und des analogen Stammtisches - zunehmend digital ab. Glauben Sie, dass neben der Fähigkeit das digitale Angebot zu nutzen, auch das Wissen um die Funktion von Massenmedien und das **Wissen um die Funktionsweise von Algorithmen und Filterblasen** für junge Menschen bedeutsam ist und wäre das ein erster Schritt, um sich den Bereichen Wissenschaft und Technologie angemessen anzunähern?

Zum Wissen um die Funktion von Massenmedien kommt das Wissen um die Funktionsweise von Algorithmen und Filterblasen dazu. Mit welchem **Alter** sollte ein Mensch beginnen, sich mit der **Funktionsweise von digitalen Medien** zu befassen?

- Wie beurteilen Sie den Einsatz von **Microtargeting** im Rahmen von Meinungsbildungsprozessen im Internet und haben Sie Empfehlungen, um Schüler*Innen diesbezüglich **widerstandsfähig** zu machen?

Themenblock 2

Zeitgemäße politische Bildung

- Wir kommen nun zu Fragen zum zeitgemäßen politisch bildenden Unterricht. Mit welchen **Problemen und Herausforderungen** sehen sich Lehrpersonen in Bezug auf die **politische Bildung im Internetzeitalter** im Vergleich zur Politischen Bildung früher konfrontiert?
- Wie kann eine auf **Begründung und Reflexion** als Zielvorgabe gerichtete Politische Bildung im **Zeitalter der Digitalität** erreicht werden?
- Soll eine Lehrperson einer **Entwicklung entgegenwirken**, um zu verhindern, dass Schüler*innen Teil einer **Monokultur** zu werden und wie wäre das im Unterricht umsetzbar? Was wären dafür die Voraussetzungen?

Themenblock 3

Konzepte im digital politisch bildenden Unterricht

- Wir kommen nun zu Fragen zu den von Ihnen favorisierten **Konzepten im digital politisch bildenden Unterricht**. Welche Ansätze und Konzepte fördern die politische Bildung und das Demokratielernen im digitalen Zeitalter?
- Welche Ansätze und **Konzepte** sehen Sie spezifisch im **digital politisch bildenden GW-Unterricht** als geeignet?

(Abschlussfrage)

- Was **raten** Sie jungen Menschen, die sich heutzutage für Politik interessieren und sich proaktiv zusätzlich zum Politikunterricht bilden wollen?

3.2.2 Interviewpartner*innen

Bei der Auswahl der Expert*innen wurde auf einen heterogenen Personenkreis geachtet, um dem interdisziplinären Ansatz zur Forschungsthematik gerecht zu werden. Die Ringvorlesung #medienmachtraum aus dem Wintersemester 2019, die zukunftsfähige Medienbildung im GW-Unterricht zum Leitmotiv hatte, war hierzu sowohl bei der Entwicklung der Forschungsfrage und des Interviewleitfadens, als auch bei der Suche nach geeigneten Interviewpartner*Innen ein wertvoller Impuls. (vgl. Bergmeister, Hintermann und Pichler 2019)

Im Folgenden sind die Interviewpartner*innen in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet:

HS-Prof. Mag. Dr. Felix Bergmeister – PH Burgenland & Universität Wien, Österreich

Funktion:

- (Universität Wien) Aktiver externer Lektor der Fachdidaktik Geographie und wirtschaftliche Bildung

<https://www.ph-burgenland.at/pph-burgenland/ueber-uns/mitarbeiter-innen/>

<https://geographie.univie.ac.at/arbeitsgruppen/fachdidaktik-geographie-und-wirtschaftliche-bildung/team/lektorinnen/>

Prof. Dr. Christian Dorsch – Universität Osnabrück, Deutschland

Funktion:

- Juniorprofessor für Geographiedidaktik

Forschungsschwerpunkte:

- Mündigkeitsorientierte geographische Bildung
- E-Portfolioarbeit in der geographischen Bildung
- Transformative Bildung in der Digitalität
- Reflexiver Umgang mit digitalen Geomedien

https://www.geographie.uni-osnabrueck.de/personen/mitglieder_des_instituts/profs/dorsch_christian_prof_dr.html

Karin Golser-Ebner, MEd – HTL Kuchl, Österreich

Funktion:

- BHS-Lehrerin

<https://www.holztechnikum.at/internat-der-htl-und-fachschule/kontakte-und-ansprechpartner-im-internat/#internatteam>

Prof. Dr. Inga Gryl – Universität Duisburg-Essen, Deutschland

Funktionen:

- Vorsitzende Institut für Sachunterricht, Stellv. Direktorin Geographie
- Professorin, Didaktik des Sachunterrichts

Forschungsschwerpunkte:

- Geographische Bildung und Digitalisierung
- Digitalisierung und digitalisierungsbezogene Kompetenzen in der Lehramtsbildung
- Mensch-Umwelt-Zusammenhänge und Nachhaltigkeit im Unterricht (insbesondere vor dem Hintergrund immanenter Kritik)
- Mündigkeitsorientierte fachdidaktische Bildung

<https://www.uni-due.de/geographie/sachunterricht/gryl.php>

Dr. Thomas Jekel – Universität Wien, Österreich

- Aktiver externer Lektor der Fachdidaktik Geographie und wirtschaftliche Bildung

<https://geographie.univie.ac.at/institut/mitarbeiterinnen/einzelansicht/user/jekelt9/inum/1235/backpid/110178/>

Univ.-Prof. Dr. Sophie Lecheler – Universität Wien, Österreich

Funktionen:

- Professur für Kommunikationswissenschaft, Fokus: Politische Kommunikation

Forschungsschwerpunkte:

- Digitale Demokratie und Medien
- Politischer Journalismus
- Emotionen in der politischen Kommunikation
- Politisches Framing und Framing-Effekte

<https://publizistik.univie.ac.at/institut/mitarbeiterinnen-mitarbeiter/studienprogrammleitung/lecheler-sophie/>

Mag. Herbert Pichler – Schulzentrum Ungargasse & Universität Wien, Österreich

Funktionen:

- BHS-Lehrer
- (Universität Wien) Mitverwendung als Bundeslehrer im Hochschuldienst am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien, Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Fachdidaktik Geographie und Wirtschaftliche Bildung

Forschungsschwerpunkte:

- Theorie und Praxis der Fachdidaktik GW
- Politische Bildung in GW
- Kritische Kompetenzorientierung in GW
- Lernen zwischen Individualisierung und Kooperation

<https://geography.univie.ac.at/arbeitsgruppen/fachdidaktik-geographie-und-wirtschaftliche-bildung/vorstellen/herbert-pichler/lebenslauf/>

Susanne Reitmair-Juárez, MA – Universität Innsbruck, Österreich

Funktionen:

- Doktorandin im Bereich Politische Bildung
- Mitglied im Vorstand der Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB)

Forschungsschwerpunkte:

- Politische Bildung
- Konzepte von Citizenship und Partizipation (on- und offline)
- Verschwörungstheorien und Desinformation auf Social Media
- Individualisierter Nachrichtenkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener online

<https://www.uibk.ac.at/de/politikwissenschaft/institut/team/>

Johanna Urban, BA MA – Universität Wien, Österreich

Zentrum für Lehrer*innenbildung, Didaktik der Politischen Bildung

<https://lehrerinnenbildung.univie.ac.at/arbeitsbereiche/didaktik-der-politischen-bildung/team/urban-johanna/>

Dr. Robert Vogler – Paris Lodron Universität Salzburg, Österreich

Funktion:

- Senior Scientist am Department of Geography and Geology, FB Soziologie und Sozialgeographie - Abteilung Sozialwissenschaftliche Geographie

Forschungsschwerpunkte:

- GI, geomeia and (geo)communication in education environments
- spatially enabled learning and teaching
- meanings of space in (geography) education
- digital geography education

<https://www.plus.ac.at/umwelt-und-biodiversitaet/forschung/fachgebiete-der-geologie-und-physische-geographie/physische-geographie-2/mitarbeiterinnen/vogler-robot/>

3.1. Auswertung der Ergebnisse

Nach der Transkription und dem gründlichen Verständnis der Interviewdaten wurden die Ergebnisse in den Kontext der Forschungsfrage gesetzt. Anschließend stand die Identifikation von Schlüsselzitate im Fokus. Hierzu wurden jene Primärzitate hervorgehoben und markiert, die besonders bedeutsam, aussagekräftig oder repräsentativ für die Thematik dieser Masterarbeit sind. Dabei wurde auf wiederkehrende Muster und Sinngemeinschaften geachtet. Danach wurden Verbindungen und Zusammenhänge hergestellt und überlegt, wie die Aussagen miteinander in Beziehung stehen könnten und welche gemeinsamen Aspekte sie beleuchten, um dominante Ansätze und die stärksten Gemeinsamkeiten zu interpretieren sowie die Unterschiede herauszuarbeiten.

Die Bündelung der Bedeutungszuschreibungen sieht wie folgt aus:

Themenblock 1

- Nutzung des Internets im Sinne der demokratischen Mitbestimmung
- Verständnis um die Funktionsweise von digitalen Medien
- Widerstandsfähigkeit gegen Microtargeting

Themenblock 2

- Herausforderungen der politischen Bildung im Zeitalter der Digitalität
- Zielvorgabe Begründung und Reflexion
- Versuch der Entdeckung und der Beeinflussung von Monokulturen

Themenblock 3

- Förderliche Ansätze und Konzepte für die politische Bildung im Zeitalter der Digitalität
- Förderliche Ansätze und Konzepte für den politisch bildenden GW-Unterricht im Zeitalter der Digitalität
- Rat an politikinteressierte junge Menschen

3.3 Interpretation

In diesem Kapitel steht der Erkenntnisgewinn dieser Masterarbeit im Mittelpunkt. Die Interpretation, die Hinterfragung und Reflexion tragen dazu bei, die gewonnenen Zitate zu erforschen.

Themenblock 1

Kultur der Digitalität, Politische Prozesse heute, Problemstellung

Frage 1: *Beginnen wir mit einer allgemeinen Fragestellung: Kann das **Internet** überhaupt im Sinne der **demokratischen Mitbestimmung** genutzt werden?*

Die durchwegs positive Sicht auf das Internet als Werkzeug und Plattform zur Demokratisierung sticht bei der Interpretation der 1. Frage als eine der Gemeinsamkeiten hervor. Die Mehrheit der Expert*innen zeigt eine positive Haltung gegenüber der Nutzung des Internets für die demokratische Mitbestimmung. Sie betonen das Potenzial des Internets, Menschen zu mobilisieren, Informationen zu verbreiten und Diskussionen zu fördern. Mit diesem Potential gehen die Fähigkeiten einher, die (junge) Menschen erwerben müssen, sieben der zehn Befragten stimmen darin überein, dass es wichtig ist, dass Bürger*innen die Kompetenz entwickeln, um Informationen im Internet kritisch bewerten zu können. Die Fähigkeit, Quellen zu überprüfen und Fehlinformationen zu erkennen, wird als Schlüssel für die effektive Nutzung des Internets für die Demokratie angesehen. Sechs der Befragten betonen die Ambivalenz des Internets für die demokratische Mitbestimmung. Sie weisen auf potenzielle Risiken hin, wie Filterblasen, Manipulation und Machtasymmetrien. Diese Expert*innen sehen sowohl positive als auch negative Auswirkungen der Internetnutzung auf demokratische Prozesse.

Einer der wesentlichen Unterschiede sind Einschätzung der Effektivität des Internets: Vier der Befragten sind optimistischer und betonen das transformative Potenzial des Internets für die Demokratie, während andere vorsichtiger sind und die tatsächliche Wirkung auf die demokratische Mitbestimmung in Frage stellen. Drei der Befragten betonen die Rolle der sozialen Medien, sie sehen in den sozialen Medien eine Möglichkeit zur Artikulation von Interessen und zur Beteiligung an politischen Diskussionen. Vier der Befragten sind skeptisch gegenüber sozialen Medien und sehen sie als Variable der Verstärkung von Unterschieden und Ungleichheiten, wobei Herbert Pichler eine eindeutig kritische Position hat. Beim Thema Regulierung und Verantwortung gibt es ebenso unterschiedliche Sichtweisen: zwei der Befragten sprechen sich für eine stärkere Regulierung innerhalb des Internets aus und betonen

die Verantwortung von Technologieunternehmen, um die Transparenz, Fairness und demokratische Integrität online sicherzustellen. Die anderen legen mehr Gewicht auf die individuelle Verantwortung und Bildung. In Hinblick auf Machtstrukturen heben drei der Befragten die Bedeutung der Machtstrukturen und der Einflussnahme von Technologieunternehmen hervor, während vier der Befragten mehr den Fokus auf individuelle Beteiligung und Aktivismus legen.

Folgende Standpunkte werden hervorgehoben:

Susanne Reitmair-Juárez: Natürlich. Warum soll es nicht? Das Internet an sich ist ja nichts Böses oder nichts Supertolles. In der Literatur gibt es so drei Stränge, wenn es um Internet oder Digitalisierung und Demokratie und Teilhabe geht. Die einen sind die Pessimisten, die sagen Um Gottes Willen, jetzt haben wir dann Sodom und Gomorrha und den Untergang des Abendlandes, weil durch die Algorithmen haben wir keine Privatsphäre. Und dann gibt es die Optimisten, die sagen, das ist Blödsinn. Da bricht also das demokratische Paradies aus, denn jetzt kann jeder alles sagen und die freie Meinungsäußerung und die Vielfalt und die Informationsfreiheit. Dann gibt es so ein Mittelding, die nennen sich selber Realisten und die meinen das Internet an sich und Social Media, das sind ja nur Techniken und die sind ja an sich neutral, da kommt es ja nur drauf an, wie man die verwendet. Da ist es schwer, zum Beispiel jetzt mich meine Position da zuzuordnen, weil natürlich Digitalisierung und Internet erhebliche Vorteile bringt für die Demokratie. Einfach was es heißt, was es bedeutet, Leute mobilisieren zu können, informieren zu können, direkt erreichen zu können. Einerseits sich selber informieren zu können, sich ausdrücken zu können, andererseits einfach die Info zu kriegen. Oder wenn ich jetzt Kandidatin bin, einfach meine Leute direkt anzusprechen über. Also ohne jetzt die klassischen Gatekeeper wie Journalisten oder so. Andererseits gibt es natürlich erhebliche Nachteile. You name it. Also abgesehen jetzt von der Algorithmisierung, wo dann doch nicht alles so frei ist, weil vorgefiltert wird und es so intransparent ist mit den verschiedenen Manipulationsmöglichkeiten die es da gibt. Ich sage jetzt nur Stichwort Cambridge Analytica, aber ich tue mir auch sehr schwer mit diesem Realismus, mit dieser Zwischenposition, die da sagt Na, das ist doch nur eine neutrale Technologie und man muss halt schauen, was man damit macht, weil die Technologie an sich meiner Meinung nach nicht neutral ist, sondern die wird ja von Menschen gemacht und Menschen sind auch nicht neutral und dementsprechend sind da viele Machtstrukturen, viele Perspektiven, Sichtweisen, Asymmetrien einfach eingeschrieben in dem, wie Technologie erschaffen wird, wie sie für die Regeln gemacht sind, wie sie genutzt wird, wie sie gelehrt wird, wie sie verwendet wird. Und dementsprechend ist es schwierig zu sagen Ja, aber Social Media ist trotzdem eigentlich neutral und es kommt nur darauf an, dass mal alle halt viel politische Bildung haben und dass wir alle lernen, wie das geht. Ich habe da schon eine bislang kritischen Blick drauf, einfach weil man diese, diese ganzen Strukturen, die so eingeschrieben sind, den Technologien halt einfach nicht außer Acht lassen darf. Man darf diese Verantwortung sozusagen nicht nur auf die einzelnen User und in dem Fall sind sie dann Kinder und Jugendliche abschieben. Da ist es wichtig das größere Ganze im Blick haben. Also welche Regeln, was

darf diese Technologie können, was muss reguliert sein, wie gut nachvollziehbar muss da Software programmiert sein. Das muss schon bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar sein. Geschäftsgeheimnis hin oder her, einfach weil es ja Gesellschaften und politische Systeme so prägt und beeinflusst. Also wie gesagt, kurze Antwort Ja, natürlich kann man Internet nutzen. Es sollte nicht rein pessimistisch oder rein euphorisch erfolgen. Und man muss immer einfordern, einfach auch, dass auch diese neuen Technologien einfach regulativ begleitet werden und es immer wieder evaluiert wird. Welche positiven und negativen Entwicklungen gibt es und wie muss man darauf reagieren?

Interviewer: *Sie haben Transparenz und Regulation angesprochen. Reguliert von wem?*

Susanne Reitmair-Juárez: *Von der Politik.*

Christian Dorsch steht dem Potential des Internets zur demokratischen Mitbestimmung positiv gegenüber.

Christian Dorsch: *Definitiv ja. Es gibt ja schon sehr viele Möglichkeiten, Menschen über das Internet partizipieren zu lassen. Also sei es jetzt ganz klassisch über Internet und Internetbefragungen. Wenn ich jetzt an die Geographie denke, an digitale Geomedien, die eben auch genutzt werden, um an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zu partizipieren. Also, wenn es beispielsweise darum geht, eine Bürgerinitiative zum Erfolg zu führen, dann bietet das Internet natürlich sehr viele Möglichkeiten, um beispielsweise Gleichgesinnte zu finden und zu gewinnen. Also, wenn ich mir eine Website bastle und die publik mache über bestimmte soziale Medien, und ich diese Zeit eben nutze, um meine eigenen Interessen durchzusetzen, dann hat das natürlich eine sehr große Wirkmacht, die ich vor dem Internet ja niemals so bekommen hätte. Und so lässt sich natürlich dann auch gesellschaftliche Teilhabe produzieren. Genauso hat ja auch beispielsweise der Bundestag die Möglichkeit, dass man dort Petitionen online einreicht. Es gibt sehr, sehr viele Möglichkeiten, um Partizipation zu ermöglichen, würde ich sagen.*

Interviewer: *Das klingt nach einer neutralen Technik. Also Sie halten Sie die Technik für neutral?*

Christian Dorsch: *Das ist eine gute Frage. Natürlich nicht. Also Technik ist immer quasi ein Kind des jeweiligen Informatikers oder Softwareentwicklers. Und natürlich haben die auch Intentionen hinter der Technik. Also wenn ich mir soziale Medien anschau, haben natürlich die Unternehmen, die dahinter stecken, ein Interesse daran, möglichst viele Klickzahlen zu generieren, Werbung zu schalten etc. Und so sind natürlich auch die Mechanismen, die die Plattform zur Verfügung stellen, auch so generiert, dass sie eben diese Ziele erreichen. Also hängt es natürlich immer sehr stark von dem Produkt oder von dem Softwareentwickler ab. Und selbst Sachen wie die des Bundestags - also ist für Deutschland gesprochen - diese Bundestagsinitiativen, da ist natürlich auch ein Softwareunternehmen dahinter, was natürlich bestimmte Ideen hat, wie so eine Partizipation aussehen kann oder wie so eine Petition über den über die Bundestagsplattform passieren kann. Also da steckt immer, immer der Softwareentwickler dahinter. Und auch bei den Algorithmen natürlich, die*

jetzt über soziale Medien wirken, die mir dabei helfen, um mein Interesse zu verbreiten oder meine ich jetzt mal meine Website, die, auf der ich eine Petition stehen habe. Auch da muss ich ja gucken, wie funktionieren die Algorithmen der Plattformen, davon abhängig, wer sie programmiert hat. Also da muss man natürlich definitiv aufpassen und natürlich ausreichend reflektiert sein und das auch im Hinterkopf behalten, dass wenn ich solche Sachen übers Internet verfolge, dass ich natürlich immer auch in einer gewissen Weise gelenkt werde durch die Technik.

Herbert Pichler hat die kritischste aller verglichenen Sichtweisen und unterscheidet die Mikro- und Makroebene der Mitbestimmung.

***Herbert Pichler:** Ich kann mich erinnern, es gab diese Aussage von Negroponte, einem Guru des Internets und der Digitalität. Er hatte vorausgesagt, das wird das Instrument der Demokratisierung sein. Und ich finde diese Ansicht einigermaßen naiv, weil, wie sich heute zeigt, bei genauerer Beobachtung ist es ein Instrument von vielen, das dazu beiträgt, dass die Unterschiede größer werden oder vielleicht sogar deutlicher werden. Was nicht heißt, nämlich auf einer globalen Ebene, würde ich sagen, trifft es zu. Im Detail und auf einer persönlichen Ebene oder auf einer vielleicht lokalen Ebene kann man selbstverständlich das Internet zur Artikulation und zur Durchsetzung der eigenen Interessen nutzen, auch von Interessensgruppen, die nicht unbedingt die wahnsinnige Durchsetzungsmacht haben. Hier können soziale Medien beispielsweise einen Beitrag leisten, aber in Summe, würde ich sagen, verstärken sich die Unterschiede und die Unterschiede treten deutlich hervor. Digital divide ist glaube ich, ein gutes Stichwort dazu.*

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die größten Gemeinsamkeiten unter den Expert*innen in ihrer positiven Einschätzung des Potenzials des Internets für die Demokratie und der Betonung der Bedeutung von Medienkompetenz liegen. Die größten Unterschiede zeigen sich in ihrer Sicht auf die Effektivität des Internets, ihre Einstellung zu sozialen Medien, Ansichten über Regulierung und Verantwortung sowie ihre Betrachtung der Machtstrukturen im digitalen Raum. Dies verdeutlicht die Vielfalt der Standpunkte und Perspektiven, die in Bezug auf die Nutzung des Internets für die demokratische Mitbestimmung existieren.

Frage 2: (...) Glauben sie, dass neben der Fähigkeit das digitale Angebot zu nutzen, auch das Wissen um die Funktion von Massenmedien und das **Wissen um die Funktionsweise von Algorithmen und Filterblasen** für junge Menschen bedeutsam ist und wäre das ein erster Schritt, um sich den Bereichen Wissenschaft und Technologie angemessen anzunähern?

Zum Wissen um die Funktion von Massenmedien kommt das Wissen um die Funktionsweise von Algorithmen und Filterblasen dazu. Mit welchem **Alter** sollte ein Mensch beginnen, sich mit der **Funktionsweise von digitalen Medien** zu befassen?

Die größte Gemeinsamkeit der Antworten der 2. Frage ist die frühe Sensibilisierung. Alle Personen stimmen darin überein, dass es wichtig ist, Kinder und Jugendliche frühzeitig für die Funktionsweise von digitalen Medien und Algorithmen zu sensibilisieren. Sie argumentieren diesen Anspruch, dass digitale Medien bereits in den ersten Lebensjahren eine passive, ab dem Kindergartenalter eine aktive Rolle im Leben der meisten Menschen spielt. Alle zehn Befragten sind der Meinung, dass die grundlegende Bildung in Bezug auf digitale Medien bereits in der Volksschule beginnen sollte, schlagen vier der Befragten vor, dass eine Sensibilisierung bereits im Kindergartenalter sinnvoll ist. Diese Argumentation zeigt, dass die Notwendigkeit einer frühen Bildung in verschiedenen Altersgruppen gesehen wird. Dies umfasst ein Verständnis für Filterblasen, die Unterscheidung zwischen seriösen und unseriösen Quellen, die kritische Auseinandersetzung mit Informationen und die Fähigkeit, digitale Medien und deren Auswirkungen zu durchschauen. Die aktive Auseinandersetzung ist das Um und Auf, es reiche nicht aus, bloß technische Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien zu erlernen. Sie betonen, dass eine aktive Auseinandersetzung mit der Funktionsweise und den Auswirkungen dieser Medien notwendig ist, um die Chancen und Risiken besser zu verstehen.

Unterschiede sind bei Folgenden Ansätzen aus den Antworten herauszulesen: acht der Befragten legen den Schwerpunkt auf das Erlernen der technischen Aspekte, wie die Bedienung von Plattformen, während fünf der Befragten den Fokus auf das Verstehen der zugrunde liegenden Konzepte und Mechanismen legen. Sieben der Befragten betonen die Notwendigkeit, verschiedene Medienformate zu verstehen, sowohl traditionelle als auch digitale. Sie weisen darauf hin, dass die Funktionsweise von sozialen Medien und Algorithmen in modernen Kommunikationsstrukturen eine besondere Betrachtung erfordert. Fünf der Befragten sprechen gezielt die Gefahr der Filterblasen an, während sich vier der Befragten auf die individuellen Informationsquellen und die Personalisierung von Inhalten konzentrieren. Im Bereich der Verantwortlichkeiten werden Eltern und Bildungseinrichtungen unterschiedlich hervorgehoben. Während vier der Befragten betonen, dass Eltern eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Medienkompetenz spielen sollten, argumentieren alle zehn der Befragten, dass Bildungseinrichtungen eine strukturierte Bildung in diesem Bereich bieten sollten.

Folgende Standpunkte werden hervorgehoben. Felix Bergmeister argumentiert, dass es nicht ausreicht, junge Menschen einfach vom Digitalen fernzuhalten. Stattdessen sollten sie in die digitale Welt eingeführt werden, aber gleichzeitig dazu befähigt werden, sie kritisch zu nutzen.

Interviewer: Das wäre also nach der Logik würde man sagen, der Mensch bekommt die Digitalität mit, da gibt es digitale Medien, er bekommt es selbst

in die Hand und ab dieser Zeit befasst er sich auch reflektiv mit der Funktionsweise?

Felix Bergmeister: *Das würde ich als ideal erachten, denn man kann das Kind nicht ausschließen, weil es rundherum passiert, da es alle anderen auch haben. Also es ist ihre Lebens- und Erfahrungswelt. Aber gleichzeitig, sobald es daran teilhat, muss es auch lernen, das kompetent zu nutzen. Ein Beispiel ist die Rüberrutsche am Spielplatz. Alle Kinder verwenden sie. Sie wissen, wo man sich so anhängt und dann hinunterrutscht. Und sie müssen natürlich, sobald sie sie verwenden, die wichtigsten Sicherheitsvorkehrungen und Regeln lernen. Was darf ich, was darf ich nicht? Ist jemand in der Bahn? Muss ich warten, bis ich kann? Bis es frei ist? Bis es sicher ist, muss ich mich festhalten. All das. Und so ähnlich ist es mit digitalen Medien. Sobald sie wirklich in die Lebenswelt kommen und das Kind, das oder der Jugendliche, in dem Fall das Kind, das aktiv nutzt, ist es auch wichtig, dass es die Kompetenz hat, in irgendeiner Form damit kritisch reflexiv umzugehen.*

Inga Gryl schlägt vor, dass bereits im Volksschulalter über den strategischen Umgang mit digitalen Medien und die Erweiterung der Kommunikation über eine enge Community hinaus mit den Kindern gesprochen werden sollte.

Inga Gryl: *Da es unvermeidbar ist, ab dem Alter Null damit zusammenzutreffen, da das Umfeld damit agiert, sollte ich einfach in dem Alter adäquat beginnen. Das heißt, ich setze nicht unbedingt Babys vor Tablets, aber sie nehmen wahr, dass ihr Umfeld sehr viel Aufmerksamkeit auf Digitales verwendet. Das heißt, ich muss in irgendeiner Form nachfragen, verstehen lernen, das Ding adäquat einführen und es kontextualisieren. Um mich dann zu fragen, warum mache ich was eigentlich damit? In jeder Altersklasse ist dies unterschiedlich. Spätestens im Grundschulalter muss ich zum Beispiel jetzt nicht über technische Funktionen reden, die sind eher randständig. Das Wichtigste ist glaube ich, dass man sich fragt, mit wem kommuniziere ich? Wer hat einen Anteil an der Kommunikation? Wer beobachtet die Kommunikation? Wer nimmt diese Kommunikation wahr? Und später aber auch, finde ich, ist in der Grundschule die Frage Wie kommuniziere ich so, dass andere mich auch hören?*

Sophie Lecheler sieht keine Notwendigkeit technische Details zu verstehen, sondern die Funktionsweise und den Einfluss möglichst frühzeitig begreifbar zu machen.

Sophie Lecheler: *Und wir erklären natürlich ja auch noch nicht schon früh, wie genau der Motor eines Autos funktioniert. Aber wir wissen als kleine Kinder schon, was ein Auto ist und welche Rolle ein Auto spielt. Genauso ist es mit digitalen Technologien. Und ich sehe das auch immer mehr in Kinderbüchern, dass auch Computer erklärt werden und zum Beispiel das Prinzip des Programmierens.*

Susanne Reitmair-Juárez hebt den Sozialisationsfaktor und die Rolle der Eltern als Vorbild hervor. Die Art und Weise, wie Eltern Medien nutzen, beeinflusst die Sichtweise und Gewohnheiten der Jugendlichen. Die Sichtbarkeit von Mediennutzung und die

Mediennutzungsgewohnheiten der Eltern spielen eine Rolle in der Sozialisierung der Jugendlichen im Medienkontext.

Susanne Reitmair-Juárez: Und ich denke, was bei solchen Sachen, bei so Informationen zur Nachrichtennutzungsgeschichten ist ja ganz wichtig, auch die Sozialisation, Sozialisation zu Hause ist die Vorbildwirkung der Eltern sozusagen. Je jünger jetzt die Kinder, die Jugendlichen sind, desto mehr nutzen ja auch die Eltern hauptsächlich am Smartphone Nachrichten. Meine Eltern haben sich am Abend die Oberösterreich Heute und die ZiB angeschaut und ich habe mithören müssen. Wenn jetzt heutige Eltern die ZiB auf Instagram anschauen, dann sieht das Kind von außen ja nur Ah meine Mama schaut auf das Handy. Also es weiß ja nicht, was sie da anschaut. Könnte ja auch Katzenvideos schauen oder chatten. Und das ist ein wichtiger Unterschied. Einfach die Sichtbarkeit von Mediennutzung. Dieser ganze andere jetzt so im Sozialisationsprozess von Nachrichten zu, das ist glaube ich, auch Faktor, der künftig noch spannender wird.

Johanna Urban verweist auf den Mangel an Unterrichtsmaterial und deutet auf mögliche Lücken in diesem Bereich hin.

Johanna Urban: Also mir kommt vor aus meiner Beobachtung heraus, dass es doch wenig Material nur gibt, weil wenn man jetzt an Fake News zum Beispiel denkt, da gibt es ja extrem viel Unterrichtsmaterial und Ideen, aber wenn es wirklich um so die Auseinandersetzung mit Algorithmen und den Daten geht, um die Veranschaulichung davon, was das bedeutet. Daraufhin jetzt mit Blick auf die Praxis, gibt es meiner meinem Eindruck nach nur relativ wenig irgendwie.

Robert Vogler plädiert dafür, dass sich Kinder schon in der Volksschule mit digitalen Kommunikationslogiken auseinandersetzen sollten. Ein grundlegendes Verständnis dafür, wie Kommunikation in öffentlichen Einstellungen funktioniert, könnte früh vermittelt werden, um eine Bildungslücke zu vermeiden.

Robert Vogler: Ja, aber um die Frage jetzt mal gezielt zu beantworten: Ich würde in der Volksschule tatsächlich schon anfangen.

Insgesamt zeigen die Aussagen der zehn Befragten, dass es Konsens darüber gibt, dass eine frühe Bildung über die Funktionsweise von digitalen Medien und Algorithmen wichtig ist, um Menschen zu befähigen, informierte Entscheidungen zu treffen und kritisch mit den heutigen Kommunikationsstrukturen umzugehen. Die verschiedenen Ansichten spiegeln unterschiedliche Schwerpunkte wider und zeigen die Komplexität des Themas. Die Herangehensweise und der Zeitpunkt, ab dem diese Bildung beginnen sollte, können je nach Perspektive der Befragten variieren.

Frage 3: *Wie beurteilen sie den Einsatz von **Microtargeting** im Rahmen von Meinungsbildungsprozessen im Internet und haben Sie Empfehlungen, um Schüler*Innen diesbezüglich **widerstandsfähig** zu machen?*

Der Begriff des „Microtargetings“ wurde durch eine Nachfrage erläutert, denn alle Interviewpartner*innen erkundigten sich nach seiner Bedeutung. Die Nachfrage wurde mit „Personalisierten Inhalten“ erklärt. Im Folgenden seien einige Antworten hervorgehoben. Christian Dorsch hebt die Rolle der Schule bei der Sensibilisierung von Schülern hervor. Schüler*innen sollten verstehen, warum ihnen bestimmte Inhalte angezeigt werden, und sie können dies durch Experimente und Fallstudien, beispielsweise im Geographie- oder Medienunterricht, erleben.

Christian Dorsch: *Ich würde es jetzt nicht verteufeln. So funktioniert eben die Internetwirtschaft, dass man eben versucht möglichst genau zu personalisieren. Beim Microtargeting geht es ja darum, auch Werbekunden zu finden und potenzielle Kundinnen zu gewinnen. Man muss aber auch - das ist die Aufgabe der Schule - die Schülerinnen dafür sensibilisieren, warum ihnen etwas angezeigt wird, oder ihnen etwas nicht angezeigt wird. Also warum jemandem etwas angezeigt wird, kann ich nur dann herausfinden, wenn ich es tatsächlich auch mal in einer bestimmten Umgebung oder in einer neutralen Umgebung austesten, indem ich beispielsweise mir einen neuen Account anlege auf einer Plattform und dort eben mal schaue, was passiert, wenn ich jetzt die oder die Videos anklicke. Was wird mir als nächstes vorgeschlagen, womit könnte das zusammenhängen? Also das sind Sachen, die man im Unterricht auf jeden Fall machen kann. Also meiner Meinung nach geht das auch in der Geographie gut so oder in der Medienkunde. Das sind Sachen, die man auf jeden Fall ausprobieren sollte mit Schülerinnen und Schülern.*

Karin Golser-Ebner betont, wie Microtargeting dazu beitragen kann, dass Menschen in Filterblasen gefangen sind. Sie schlägt vor, dass Schüler*innen die Gefahr von Filterblasenbildung verstehen und sich bewusst sein sollten, durch welche Mechanismen ihr Newsfeed gestaltet wird.

Karin Golser-Ebner: *Eine Empfehlung, ich habe persönlich eine Karte mit Schülerinnen und Schülern im Rahmen von meiner Masterarbeit analysiert. Da ist es um rechtsextreme Diskurse gegangen und da war ich ganz stark damit beschäftigt, Kommentare von Online-Artikel anzuschauen. Das beste Beispiel war eine Blase, in der mich vorher nicht bewegt habe und ganz plötzlich habe ich halt immer auf Facebook, Instagram etc. diese Werbung bekommen. Und ich habe mir das dann auch mit den Schülerinnen und Schülern angeschaut. War kein Muss, aber wer wollte, konnte das auch ein wenig offenlegen. Und natürlich gibt es da ganz viel Potenzial, dass man Vergleiche macht. Das muss ja nicht immer nur links- oder rechtspolitisch sein, wenn man verschiedene Hobbies hat, mit meinen verschiedenen Bereichen gefüttert werden, mit den Informationen. Und ich glaube, das ist*

ganz wichtig, dass man den Schülerinnen und Schülern das auch bewusst macht, nämlich eine Gefahr dahinter. Wenn ich nur schwarz und weiß anklicke, dann bin ich in meiner eigenen Blase und wir kriegen dementsprechend da die Informationen zugespielt.

Herbert Pichler schlägt ebenso einen Live-Nachbau eines Social Media Accounts gemeinsam mit Schüler*innen vor.

Herbert Pichler: *Wie immer ist die Voraussetzung, dass ich darüber Bescheid weiß, dass ich auf die Idee komme, dass es so was gibt. Dass es Wirtschaftszweige damit gibt und ich in einer Weise tangiert werde, die früher in der Form nicht möglich gewesen war, in einer personalisierten Art und Weise, weil ich ja durch mein Nutzungsverhalten und durch meine durch meine Antwort Verhalten in sozialen Medien beispielsweise irrsinnig viel über mich und meine politischen und gesellschaftlichen Präferenzen verrate. Permanent. Da muss man die Kinder und Jugendlichen sensibilisieren. Also muss ich mir Fallbeispiele anschauen. Wenn man alt genug ist, kann man sich die Brexit-Abstimmung als Fallbeispiel mit Cambridge Analytica ansehen. Wo ja zielgruppenspezifisch die Leute über soziale Medien bearbeitet worden sind mit bestimmten Informationen usw., da kann man sich gut aufgearbeitete Dokumentationen anschauen. Da fällt mir der Kollege Dorsch ein, der ein Experiment gemacht hat mit Studierenden und das kann man mit Schüler*innen auch machen, nämlich indem man gemeinsam ein Fake-Facebookprofil kreiert und dann bestimmte Präferenzen angibt und beobachtet, was das für Auswirkungen hat. Welche Informationen bekomme ich, welche Werbung bekomme ich, so kann man irrsinnig leicht erfahrbar machen, wie dieses Microtargeting funktioniert, wie Algorithmen funktionieren und welche Konsequenzen das hat. Und man könnte zwei oder drei verschiedene Profile machen und die jeweils mit bestimmten Eigenschaften füttern. Und einfach beobachten, wie die drei völlig unterschiedliche Nachrichten bekommen, unterschiedliche Werbungen usw. Ich glaube, das kann schon ein sehr einprägsames Erlebnis sein und einprägsame Erfahrung. Und das ist 100x besser, als wenn ich es erkläre. Also so ein Experiment, ein reales Experiment im Social Media Bereich mit Schülerinnen und Schülern wäre da meine Empfehlung.*

Inga Gryl betrachtet Microtargeting als eine Herausforderung für die Emanzipation und betont die Schwierigkeit, sich dagegen zu wehren, da es eine unsichtbare Beeinflussung darstellt. Sie betont die Notwendigkeit, aus der Verfolgbarkeit auszubrechen und die eigene Glaubwürdigkeit zu wahren. Thomas Jekel erwähnt die Bedeutung von Bildung und Resilienz gegenüber Microtargeting und Sophie Lecheler die Notwendigkeit der Regulierung von Microtargeting in politischen Kampagnen. Zur Methode der Gamification sagt sie, dass Untersuchungen gezeigt haben, dass Schüler*innen durch interaktive Anleitungen und digitale Spiele nicht unbedingt besser verstehen, wie Microtargeting funktioniert, und welche Informationen sie beeinflussen. Das Vermitteln komplexer Sachverhalte in geeigneter Sprache ließe sich nicht vermeiden. Herbert Pichler schlägt vor, dass Schüler*innen durch Experimente und Beobachtungen lernen können, wie Microtargeting funktioniert. Robert Vogler schlägt vor,

dass Schüler*inne durch Erleben und anschließendes Reflektieren gemeinsam mit den Lehrpersonen verstehen können, wie Microtargeting funktioniert. Das Nebeneinanderstellen und Vergleichen verschiedener Feeds können dazu beitragen. Weiters verweist er auf das Verständnis um den historischen Kontext. Microtargeting sei nicht neu, sondern eine Weiterentwicklung von Marketingstrategien aus der Vergangenheit ist. Insgesamt zeigen die Antworten zu Frage 3, dass es wichtig ist, Schüler*innen die Funktionsweise hinter Microtargeting nahezubringen, zu lehren wie es ihren Informationsfluss beeinflusst und wie sie sich dagegen wappnen können. Dies kann durch Sensibilisierung, Experimente, Beobachtungen und die Vermittlung von grundlegendem Wissen über dieses Thema erreicht werden. Darüber hinaus wird die Bedeutung von Regulierung und Transparenz betont, um die Auswirkungen von Microtargeting auf politische Prozesse zu kontrollieren. Sophie Lecheler konstatiert, dass personalisierte Inhalte im Bereich der politischen Kommunikation derzeit noch nicht so weit fortgeschritten wären wie in der Konsumwerbung.

*Sophie Lecheler: Na, das ist die große Frage. Ich untersuche viel Microtargeting bei den Wahlkampagnen und ich meine generell so, das ist auf jeden Fall ein Prozess, den wir weiter verstehen müssen, den wir begleiten müssen, den wir auch, der auch reguliert werden muss, gesetzlich reguliert werden muss, genau wie andere Wahlwerbung oder politische Information auch reguliert ist. Man kann ja auch nicht Wahlsendungen einfach im Fernsehen senden. Da gibt es auch Regulierung, wer was bezahlt und woher es kommt. Genauso muss es auch passieren bei Microtargeting. Aber man kann auch sagen, dass Microtargeting in einem politischen Sinne also ich spreche jetzt noch nicht über Waschmaschinen kaufen und solche Sachen, das ist im Moment noch gar nicht so fortgeschritten, wie man denkt. Also der generelle Diskurs ist ja im Sinne von Ja, wir werden alle jetzt manipuliert durch Microtargeting, keiner weiß mehr, woher das kommt. Also wenn wir Interviews machen mit politischen Parteien und politischen Akteuren, dann sehen wir, dass es eigentlich vor allem in Österreich und Deutschland noch sehr rudimentär eingesetzt wird. Also es ist jetzt noch nicht so, dass wir der Sache völlig hilflos ausgesetzt sind. Auch Parteien haben limitiertes Geld und limitiertes Wissen darüber, wie genau Microtargeting funktioniert. Wir haben auch Studien durchgeführt, wo wir geschaut haben, kann man die Kompetenz von Menschen, von jungen Wähler*innen erhöhen, wenn es um Microtargeting geht? Wir haben das probiert, mit Games zum Beispiel, das hat nicht so gut funktioniert. Das ist eine große Hypothese, man könne Leuten an Spielen beibringen und vor allem jungen Menschen, sagen wir mal, Komplexitäten wie Fake News zu verstehen geben oder sonst was. Das funktioniert in Allgemeinen gar nicht so gut, wie man denkt. Denn Gamification oder Games, die machen Sachen auch weniger seriös. Oft ist den Menschen dann die Komplexität nicht mehr bewusst. Was effektiver war sind so interaktive User-Guides, die dann auch zum Beispiel im Unterricht genutzt werden können oder in Schulungen, wo dann mit Beispielen anschaulich erklärt werden kann. Das war in unseren Forschungen effektiver als die Games zum Beispiel. Aber diese Resilienz, diese Kompetenz, die muss*

auf jeden Fall aufgebaut werden, indem man den Algorithmus dahinter versteht. Nicht die genaue mathematische Formel, die dahintersteht, dass eben nicht jeder dasselbe sieht, nicht jeder dieselbe Realität hat. Ich denke, da muss man, kann man auch einfach ganz konzeptionell rangehen. Das muss gar nicht so im Sinne von Programmieren sein, dass man einfach das versteht.

Es gibt einige Gemeinsamkeiten in den Antworten der Personen, aber auch Unterschiede in ihren Ansichten und Empfehlungen.

- **Bewusstsein und Sensibilisierung:** Alle Experten betonen die Bedeutung des Bewusstseins der Menschen für Microtargeting und die Notwendigkeit, Schüler*innen dafür zu sensibilisieren
- **Experimente und Fallstudien:** Einige Expert*innen schlagen vor, Experimente, Fallstudien oder Beobachtungen als wirksame Methoden vor, um den Schüler*innen zu verdeutlichen, wie Microtargeting funktioniert und wie es ihre Realitäten beeinflusst
- **Transparenz:** Die Notwendigkeit von Transparenz und Offenlegung in Bezug auf die Verwendung von Microtargeting wird von mehreren Interviewpartner*innen hervorgehoben, insbesondere im politischen Kontext

Folgende Unterschiede ließen sich bei der Interpretation der Antworten herauslesen.

- **Einstellungen gegenüber Microtargeting:** Einige Expert*innen sind neutraler gegenüber Microtargeting und betonen seine Rolle in der Internetwirtschaft, während andere es kritischer sehen und Herausforderungen für die Emanzipation und die Demokratie erkennen
- **Methoden zur Sensibilisierung:** Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, wie Schüler*innen für Microtargeting sensibilisiert werden sollten. Mehrere Befragte schlagen Experimente und Fallstudien vor, während andere die Bedeutung von interaktiven Anleitungen und Beispielen betonen
- **Politische Regulierung:** Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, wie Microtargeting in politischen Kampagnen reguliert werden sollte. Einige Interviewpartner*innen betonen die Notwendigkeit der Regulierung, während andere die Effektivität solcher Maßnahmen in Frage stellen

Insgesamt zeigen die Antworten eine heterogene Bandbreite von Meinungen und Ansichten über Microtargeting als Unterrichtsthema und die besten Ansätze zur Förderung der Widerstandsfähigkeit von Schüler*innen gegenüber dieser Technik. Auf der anderen Seite werden Herausforderungen deutlich, wie zum Beispiel der rasanten technischen Entwicklung im Unterrichtsalltag begegnen zu können.

Themenblock 2

Zeitgemäße Politische Bildung

Frage 4: *Wir kommen nun zu Fragen zum zeitgemäßen politisch bildenden Unterricht. Mit welchen **Problemen und Herausforderungen** sehen sich Lehrpersonen in Bezug auf die **Politische Bildung im Internetzeitalter** im Vergleich zur Politischen Bildung früher konfrontiert?*

Die Informationsflut und Filterung ebendieser sind zwei der Herausforderungen, vor der Lehrpersonen heute stehen. Schüler*innen haben Zugang zu einer Fülle von unterschiedlichen Informationen zum gleichen Thema, was die Auswahl und Bewertung verlässlicher Quellen erschweren würde.

Inga Gryl: Wann war denn früher? Vor 40 Jahren? Da war ich noch nicht geboren. Okay. Früher. Was ist früher? Also die Schule reagiert nicht adäquat. Sicherlich reagieren einzelne Schulen, einzelne Klassen, einzelne Lehrkräfte adäquat auf das, was ansteht. Antizipation in die Zukunft wird noch schwieriger, denn die Veränderungen sind ständig und stetig. Und im Bereich KI entwickeln sich die Dinge gerade so schnell, dass es sehr schwer ist. Up to date sind die Schulen bei weitem nicht. Und selbst wenn ich ein paar Jahre zurückgehe, wir sind schon nicht auf dem Stand von vor ein paar Jahren. Gerade im Punkt KI muss ich mich natürlich fragen, wo wird sich unser Kommunizieren, Schreiben, Denken, Sortieren, ändern? Und wie kann ich da die größtmögliche Mündigkeit und natürlich einen Vorsprung erreichen, oder vermitteln. Deswegen spricht man auch von mündigkeitsorientierter Bildung. Das sind viele Detailfragen, die man da aufmachen könnte. Also erstens ich finde ich, dass die Schule akzeptieren muss, dass sich die Welt gewandelt hat und dass sich auch Denk- und Kommunikationsprozesse gewandelt haben. Das heißt, lineare Textproduktion funktioniert nicht mehr so, singuläre Autorenschaft funktioniert meistens auch nicht mehr. Wo es also angeblich Glaubwürdigkeit durch die Zurückführung auf einen Autor oder eine Autorin gegeben hat. Also dieses klassische Bild von Wissensproduktion, davon müssen wir wegkommen. Wir müssen auch davon wegkommen, dass wir dieses Format der Face to Face-Kommunikation haben. Wir müssen davon wegkommen, dass es angeblich singuläre Identitäten gibt. Wobei wir haben ja immer schon in verschiedenen Rollen gelebt, das Web ist eine Erweiterung dessen. Die Privatsphäre jedes einzelnen, die natürlich eine persönliche Frage ist, wirft die Probleme von Mangel dieser Privatsphäre auf. Das war aber immer schon so. Wenn ich bei einer Versammlung von XYZ war, habe ich meine Privatsphäre zum Teil fallen lassen, indem ich mich zur öffentlichen Person mache. Das ist halt das Interessante von Teilöffentlichkeiten im Web. Partizipation und gute Bildung sollen natürlich weiterhin attraktiv sein, beispielsweise die Iran-Kampagne, die dann zur politischen Debatte führte.

Thomas Jekel: Nehmen wir mal die ganz, ganz klassische Frage vom Internetzeitalter ein bisschen weg und gehen vielleicht noch ein paar ganz wenige Jahre zurück, nämlich vor das Privatfernsehen. Dann gab es zu dieser Zeit die ZiB 1 zumindest durchgeschaltet und sonst gab's nix um 19:30. Das hatte natürlich den Vorteil, dass die Schüler*innen zumindest potenziell mit ähnlichen Vorwissensbeständen in der Schule aufgeschlagen sind. Und das ist natürlich mittlerweile sehr viel geringer geworden. Das heißt, es gibt halt mehr oder weniger Informationsblasen, in denen sich unterschiedliche politische Haltungen auch abbilden, die noch dazu in vielen Fällen mit anderen angrenzenden Kommunikationsblasen nicht mehr austauschfähig sind. Das beginnt bei Interessen, Sprachen, dahinterliegenden Grundideen. Was ist eigentlich politisches Tun, ohne dass das überhaupt als politisches Tun bezeichnet wird usw. Und das macht, glaube ich, eine vielfältigere Landschaft aus, an Schülerinnen oder an Schülerinnen und Schülern, die in die Klasse kommen. Und eine der Sachen wahrscheinlich nicht die einzige, aber eine der Sachen, die mir da wesentlich erscheint ist folgende: Wie kann man Schülerinnen und Schüler unter diesem Bild Verbindungen aus diesen unterschiedlichen Perspektiven heraus wieder untereinander kommunikationsfähig machen? Wenn wir uns das typische Forum auch einer halbwegs brauchbaren Tageszeitung wie dem Standard anschauen: was dort an hetzerischen, an hasserfüllten usw. Formulierungen in den Forumsbeiträgen drinnen ist, dann hat man das Gefühl, das das Zuhören oder der Versuch, das Gegenüber zu verstehen, nicht zu den wesentlichen Qualifikationen gehört. Und ich glaube, dass das eine der ganz großen Herausforderungen ist, die für die politische Bildung wesentlich sind. Nämlich wie halten wir uns und unsere Schülerinnen und Schüler kommunikationsfähig?

Sophie Lecheler: Ich denke, es ist ein Problem von Skills. Also es geht ja um völlig neue Skills, die die Unterrichtenden ja auch kennen müssen und die sie vielleicht auch nicht haben. Es zeigt sich in weiten Bereichen von Demokratien, also auch bei Journalistinnen zum Beispiel, die ja auch nicht genau wissen, wie die Algorithmen funktionieren. Genauso wissen es nicht die Lehrerinnen und das zu vermitteln, da wird es ganz viel brauchen. Man kann es nicht einfach sagen, aber wir schieben es halt auf Informatiklehrer, der da soll mal erklären, wie die Computer funktionieren. So funktioniert das nicht. Das sind politische Prozesse, das ist ganz klar in der Ausbildung zu überlegen, woher kommen die Informationen und da muss die Ausbildung von Lehrern angepasst werden. Es geht zum Beispiel auch um das Verständnis von Zahlen und das Verständnis von Big Data und das Verständnis von Teilmanipulationen und die Frage von Desinformationen, wie diese richtig gestellt werden können. Lauter solche Sachen, neue Kompetenzen.

Die Expert*innen sind sich einig, dass Algorithmen in sozialen Medien und Suchmaschinen den Schülerinnen und Schülern Informationen präsentieren, ohne dass Lehrkräfte darauf Einfluss nehmen können. Dies kann dazu führen, dass Schüler*innen mit problematischen Inhalten konfrontiert werden, die schwer zu kontrollieren sind. Die Verbreitung von Desinformation und die Beeinflussung der Meinungsbildung durch Subtilitäten im Internet

werden als ernsthafte Herausforderungen beschrieben. Es wird darauf hingewiesen, dass Schüler*innen oft nicht erkennen, wie Informationen und Botschaften sie beeinflussen können. Die rasche Veränderung der Kommunikationsstrukturen und die Komplexität von Online-Debatten werden als Herausforderungen genannt. Die Befragten argumentieren einhellig, wie schwierig es ist, Schüler*innen auf verschiedene Perspektiven und Kommunikationsformen vorzubereiten. Bei dieser Frage bringen die Interviewpartner*innen ihre eigenen Erfahrungen und Perspektiven ein. Von einigen Befragten wird erwähnt, dass ihr Alter und der damit verbundene Zugang zum Internet ihre Sichtweise auf die Herausforderungen prägt. Damit werden Herausforderungen angesprochen, denen Lehrkräfte gegenüberstehen, wenn sie mit der veränderten Kommunikationslandschaft Schritt halten müssen. Dies betrifft auch ihre eigene Glaubwürdigkeit und Fähigkeit, Schüler*innen bei der Entwicklung von Medienkompetenz zu unterstützen. Insgesamt zeigen die Antworten der Expert*innen, dass politische Bildung im Internetzeitalter mit einer Vielzahl von komplexen Problemen und Herausforderungen konfrontiert ist, die sowohl die Schüler*innen als auch die Lehrkräfte betreffen. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert eine Anpassung der Bildungsinhalte und -methoden, sowie die Förderung von Medienkompetenz und kritischem Denken. Christian Dorsch und Herbert Pichler weisen darauf hin, dass Algorithmen die Information und Meinungsbildung beeinflussen und dass Lehrkräfte wenig Kontrolle über die Informationen haben, die Schüler*innen angezeigt werden, während Thomas Jekel und Robert Vogler die Emotionalisierung von Inhalten und die Verkürzung von Debatten in sozialen Medien als Herausforderung sehen.

Robert Vogler: Also ein Punkt, der mir definitiv einfällt, ist die Diffusität von Meinungsbildung, die überproportional zugenommen hat. Also, dass Meinungsbildung inzwischen doch sehr differenziert ist, was individuell ist und was nicht mehr so wunderschön in Lagern funktioniert wie jetzt auch im digitalen Zeitalter. Da den Überblick zu wahren, überhaupt unterschiedliche Positionen als solche wahrzunehmen. Also nicht wahrnehmen im Sinne von verstehen, sondern allererst merken, dass es die gibt. Also da den Überblick zu behalten, ist eine unglaublich große Herausforderung, von der ich glaube, dass sie niemand von uns schafft. Also auch nicht die reflektierte Lehrperson. Das ist ein zentrales, ein großes Problem, wo ich noch keine Lösung habe, außer sich dessen bewusstwerden, oder zumindest wissen, dass man nicht alles weiß bzw. sehen kann. Die zweite unglaublich hohe Herausforderung ist die Reaktion auf sich verändernde Kommunikationsstrukturen, was sowohl die Tiefe als auch die Schärfe von vermeintlichen Debatten angeht. Ja, weil wenn man sich Onlinedebatten mal anschaut und das ist jetzt über das, was öffentliche Debatten, die geführt werden, ist im Alltag der quantitativ größte Raum. Wenn man sich die anschaut, die sind einerseits extrem verkürzt, verbissen, also dass man irgendwie das Gefühl hat, da treffen jetzt zwei Lager aufeinander und eine Debatte als solche ist gar nicht mehr möglich. In dem

Moment, wo man die andere Person als jemand des nicht eigenen Lagers identifiziert, sofort auf Konfrontation geht und auf der anderen Seite eben auch verkürzt. Und ja, das spielt sicherlich eine Rolle, dass das Twitter früher mal auf eine gewisse Zeichenanzahl beschränkt war und die Kommunikation ohnehin kürzer ist und sich die meisten Debatten tatsächlich in Kommentarfunktionen widerspiegeln und nicht auf irgendwelchen Blogs, wo Leute 2000 Zeichen schreiben und Debatten führen. Aber einerseits die, die wie gesagt, die Verschärfung und die Verkürzung von Debatten, die uns bis in die Debattenkultur auch kaputt macht und Diskussionskultur auch kaputt macht, weil man sofort auf so eine Haltung geht. Der dritte Punkt, der da direkt mit reinspielt würde ich sagen, ist die zunehmend emotionale Aufladung von Inhalten. Und das ist auch so ein genuines Social Media Phänomen, denn Social Media funktioniert über Emotionen. Umso erfolgreicher ein Posting ist, umso kontroverser diskutiert wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass es irgendeine Emotion getriggert hat. Also wenn man sich jetzt irgendwie die Top Instagram-Influencer anschaut, dann sind es für gewöhnlich Leute mit Posts, die positive Emotionen generieren, weil die Leute hingucken und das schön finden. Funktioniert aber genauso im Umkehrschluss: Wenn mich was empört, wenn mir was Angst macht, kann es erfolgreich sein. So funktioniert zum Beispiel ja auch die rechtspopulistische Filterblase im Web, weil die immer Emotionen erzeugt, also ich sag das jetzt bewusst polemisch, einer FPÖ-Denke, geht es ja nicht darum zu sagen überleg dir mal, ob Migration vielleicht nicht schlecht sein könnte, sondern was da gemacht wird ist ja: Lieber Wähler, hab bitte Angst vor Migranten. Oder wenn du Angst hast, wählst du mich und wir ziehen die Mauern hoch. Jetzt mal polemisch gesagt und das funktioniert online natürlich umso besser, weil umso kürzer Informationsgehalte sind, desto schneller können sie eine Emotion triggern. Jetzt in Form von einem Meme zum Beispiel. Und umso gefährlicher wird es, weil man dann den Blick für das Argument nicht mehr hat, indem man sich emotionalisieren lässt. Also das sind die drei Dinge, die mir da spontan einfallen, die eine unglaubliche Herausforderung sind. Für eine politische Bildung, weil politische Bildung ist ja letztendlich nichts anderes als fähig machen zu einer Debatte in der öffentlichen Teilhabe.

Das Verständnis um die Funktionsweise von Algorithmen und Big Data gehöre zu den Fähigkeiten um in der Gegenwart zurechtzukommen, betonen Sophie Lecheler und Susanne Reitmair-Juárez. Mit den neuen Anforderungen gehen Schwierigkeiten in der Lehrerprofessionalisierung einher; sich als Lehrperson an die sich permanent verändernde Technologielandschaft anzupassen kann zu Veränderungsmüdigkeit und Glaubwürdigkeitsproblemen gegenüber den Schüler*innen führen. In der Interpretation der Antworten zeigt sich, dass die Informationsflut, die Rolle von Algorithmen und die Veränderungen in der Kommunikation und Informationsbeschaffung wichtige Aspekte sind, die in der politischen Bildung berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus werden die Notwendigkeit neuer Kompetenzen für Lehrkräfte und Schüler*innen sowie die Herausforderungen in der Lehrerprofessionalisierung betont.

Frage 5: Wie kann eine auf **Begründung und Reflexion als Zielvorgabe gerichtete Politische Bildung im Zeitalter der Digitalität erreicht werden?**

Alle Befragten betonen die Bedeutung der Reflexion in der politischen Bildung. Schüler*innen sollen lernen, ihre eigenen Ansichten zu hinterfragen und Argumentationen zu entwickeln.

Susanne Reitmair-Juárez: In der politischen Bildung oder generell im Bildungsprozessen, dass man mal einen Schritt zurücktreten kann. Und sich vielleicht einfach mal einen Moment rausnimmt, um eine Situation dann in Ruhe anzuschauen. Was ist da jetzt passiert? Wie ist jetzt die Verortung in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Politik? Was heißt das für mich persönlich? Was heißt das für die anderen? Also diese Positionierung von Themen in der Gesellschaft, unterschiedliche Perspektiven, sich anzuschauen. Ich glaube, das kann man nach wie vor gut machen. Und jetzt ist es vielleicht sogar wirklich noch wichtiger, weil einfach viel mehr Inhalte jeden Tag auf einen einprasseln. Da glaube ich, ist das vielleicht sogar noch wertvoller, einfach mal bewusst zu sagen, jetzt schauen wir uns eine Sache an und dann setzen wir uns jetzt von mir aus zwei Stunden lang auseinander, um es wirklich durchzudenken. Und ja, in der Zwischenzeit ist ganz viel anderes passiert. Aber so dieses, dieses Prozedere an sich auch mal gemacht zu haben und gelernt zu haben, sozusagen dieses Stillhalten, zurückzutreten, von allen sowieso umzudrehen, von allen Seiten sich anzuschauen, das ist schon nach wie vor ein ganz wichtiger Vorgang. Und ja, also da glaube ich nicht, dass das eine so grundlegende Veränderung da ist, die es durch die Digitalisierung gibt.

Karin Golser-Ebner: Ich finde, es kann wunderbar erreicht werden. Ich denke gerade ganz klar an Aufgabenstellungen, wo sie sich zum Beispiel selbst entlang von Quellen verschiedene, ja verschiedene Analysen durchführen. Und das macht keinen Unterschied, ob das jetzt im analogen Zeitalter oder in der Gegenwart stattfindet. Da ist einfach die Lehrperson gefordert, für beide Bereiche gute Fragestellungen zu entwickeln. Und dann funktioniert Reflexion oder die Dekonstruktion der Inhalte auf alle Fälle.

Die Mehrheit der Befragten betont die Bedeutung der Verwendung von zuverlässigen Quellen und Fakten im Rahmen der Politischen Bildung. Dies ist wichtig, um Fehlinformationen und Fake News entgegenzuwirken.

Thomas Jekel: Begründung und Reflexion als eine der wesentlichen Kompetenzfelder in der politischen Bildung. Ich glaube, die kann auf einer ganzen Menge von Ebenen erreicht, oder mit gefördert werden. Was tun wir denn derzeit, wenn wir eine klassische Leistungsbeurteilung machen? Die billigste Variante ist diese richtig oder falsch Geschichte. Wenn wir unterschiedliche Blaseneinwohner voreinander haben, ist glaube ich eine der Sachen, die man in eine Leistungsbeurteilung einbringen muss, ist die Argumentation, die ein Schüler einbringt konsistent? Und in einem zweiten Punkt ist er oder sie auch in der Lage, eine konsistente Argumentation aus einer anderen Perspektive zu verstehen? Aber ich glaube, die Frage ist

tatsächlich, was ist eine in sich konsistente Argumentation? Worauf bezieht sie sich? Verwendet sie dazu mehr oder weniger anerkannte wissenschaftliche Theorien oder beispielsweise auch mehr oder weniger anerkannte Rechtsmaterien, Konvention der Menschenrechte, Verfassung und ähnliche Dinge? Oder ist es eher so eine Bauchargumentation? I hab gehört, da ist ein böser Ausländer, aber die Ausländer, die ich kenne, die sind eh alle ganz lieb, aber die anderen alle. Das ist keine konsistente Argumentation, sondern es ist nur, das kenn ich nicht, da fürchte ich mich davor. Das ist eine ist eine andere Sache. Das heißt, ich glaube, dass zu einer Begründung immer auch eine Bezugnahme auf eine Grundlage zur Begründung, zu Kriterien dazugehört. Und das ist schon etwas, was man fördern kann, nämlich nicht die die Frage nach dem Das ist so, sondern warum glaube ich, dass das so ist, was in einer Argumentation angelegt sein muss. Eine Sache, die auch noch mir ganz wesentlich erscheint: Ich habe das früher ganz in der Frühzeit von diesen von diesen Diskussionsforen in Lehrveranstaltungen einmal probiert. Es geht natürlich, wenn man Onlineforen hat, in gewissem Sinne um Meinungsführerschaft. Ja, aber ich habe auch Punkte dafür vergeben, wenn jemand begründet seine Meinung geändert hat. Das ist glaube ich schon auch ein Punkt, dass man dem Argument einer anderen Person zuhört und sagt Na ja, ich bin jetzt in einem Aushandlungsprozess. Ich habe mir das angehört, was du gesagt hast. Und weil ich mir das angehört habe, bin ich jetzt zu einer Überzeugung oder einer Neigung zu deiner Position gekommen, obwohl das ursprünglich gar nicht meine war. Deswegen glaube ich auch, dass es in einer politischen Bildung sehr wesentlich ist, wenn dies Teil des Aushandlungsprozesses ist. Dass eben beide Seiten nicht mit möglichst großer Kraft aufeinander zu rennen.

Die Interviewpartner*innen sind sich darüber einig, dass Schüler*innen lernen sollten, verschiedene Perspektiven auf politische Themen zu verstehen und empfehlen projektbasierte Ansätze, bei denen möglichst selbstständig recherchiert und politische Themen bearbeitet werden.

Johanna Urban: *Indem man die Jugendlichen selbst recherchieren lässt, im Rahmen von Projektarbeit. Am spannendsten ist es, wenn die Jugendlichen selbst konkret Themen bearbeiten. Und das haben wir zum Beispiel bei Digital Assistance eben gesehen, die was Obsessives angeschaut haben. Aber damals gab es einen Podcast, ist jetzt schon drei Jahre her, aber da haben wir einen Podcast mit den Jugendlichen gemacht und Videos und die Jugendlichen eine ziemliche Freiheit gehabt, was die Themenauswahl betrifft. Wir haben hier natürlich aber Anhaltspunkte gegeben, sagen wir mal, was Quellen betrifft. Aber die haben ziemlich viel selbst recherchiert und das hat die Motivation gestärkt und diese ich sage mal Subjektorientierung ist für mich der Kern einer politischen Bildung. Diskussionsfähigkeit und diese Dinge entstehen eher in einer Auseinandersetzung. Aber gleichzeitig ist die Projektorientierung ein Problem, dass es in vielen Schultypen gibt. Es wird schwer möglich, Projekte über einen längeren Zeitraum umzusetzen und Stunden entsprechend zu blocken.*

Folgende Unterschiede sind bei der Beantwortung der Frage 5 feststellbar: Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, ob politische Bildung in analoger Form oder in digitaler

Form erfolgen sollte. Einige Interviewpartner*innen betonen die Wichtigkeit von analogen Debatten und Diskussionen, während andere den Fokus auf die Integration digitaler Medien legen. Sophie Lecheler hebt bspw. als einzige die Bedeutung der Balance zwischen Privatem und Öffentlichem hervor und betont, dass nicht jedes x-beliebige Thema politisiert werden sollte.

Frage 6: *Soll eine Lehrperson einer **Entwicklung entgegenwirken**, um zu verhindern, dass Schüler*Innen Teil einer **Monokultur** zu werden und wie wäre das im Unterricht umsetzbar? Was wären dafür die Voraussetzungen.*

Folgende Gemeinsamkeiten waren bei der Interpretation der Antworten feststellbar.

- Vielfalt und Offenheit: Die Interviewpartner*innen betonen die Bedeutung von Vielfalt und Offenheit im Unterricht. Sie sind der Meinung, dass es wichtig ist, den Schüler*innen verschiedene Perspektiven und Meinungen zu zeigen, anstatt diese zu verbieten oder zu bekämpfen. Diese Haltung widerspricht dem bewährpädagogischen Ansatz

***Felix Bergmeister:** Na ja, bei meinem 5-jährigen, wo es gewisse Möglichkeiten gibt, natürlich. Wenn ich sage, er darf sich eine Kinder-App anschauen, dann ist das Handy soweit gesperrt oder das iPad, dass er wirklich nur diese Kinder-App sehen darf. Er darf jetzt beispielsweise nicht YouTube aufmachen. Das macht Sinn. Nur wir müssen uns vorstellen, heutzutage in einer Sekundarstufe 1 gehen wir davon aus, dass die Kinder auf jeden Fall bereits entweder Laptops oder Tablets haben, mit allen Möglichkeiten, die ich ja teilweise auch will, wenn es um Internetrecherchen geht, beispielsweise. Und spätestens dann muss ich auch beginnen, diese kritische Reflexionsfähigkeit mitzugeben. Also, um Ihre Frage zu beantworten: Ich glaube nicht, dass es im Bildungskontext realistisch möglich ist, Kindern diesen Teil der Lebenswelt zu verbieten.*

***Inga Gryl:** Wir sind ja alle in Filterblasen, in verschiedenen Diensten und die bieten uns weitere Informationen an. Wenn ich zum Beispiel meinen Musikgeschmack kuratieren lasse, durch eine Playlist oder durch irgendwas, dann bin ich Teil einer Filterblase, die eine Wohlfühlumgebung schafft. Das heißt, ich bewege mich in einer Blase, bei der mir weiterhin Musik angeboten wird, die mir potenziell gefallen könnte. Wenn ich in einer bestimmten Sprache google, bin ich in einer Filterblase. Ich sollte also als Lehrkraft schon immer wieder Überraschendes zeigen, zum Beispiel einen Feed der Klasse erstellen und in weiterer Folge die Widersprüchlichkeiten zeigen. Mir tut es ja als Akademikerin auch gut, wenn ich mitbekomme, was in anderen Filterblasen kommuniziert wird, und sei es, um anschließend begründend zu sagen, da kann ich nicht mitgehen. Denn es ist wichtig zu wissen, was*

*diejenigen tun, denen ich nicht folgen möchte. Denn nur so weiß ich, wie ich sie überzeugen kann. Das heißt, wenn ich zum Beispiel die Argumente von Klimawandelleugner*innen kenne und dann eine geringfügige Chance bekomme zu verstehen, warum die so ticken und was könnte man denn anbringen damit die eventuell davon abkommen. Wenn ich als Lehrkraft feststelle, dass in meiner Klasse Klimawandelleugner*innen sitzen, dann kann ich gucken, was ich anbringen kann. Damit Sie dort die Kontroverse sehen. Wobei das ist jetzt keine Kontroverse, sondern es ist einfach ein Widerspruch, wo der eine auf Fakten basiert und der andere nicht. Das heißt ich möchte ihnen Vielfalt anzeigen, aber auch wie Sie Ihre Filterblase verlassen können. Technisch auch. Das heißt zum Beispiel das Spektrum der Verschleierung meiner Identität. Temporär kann man das verändern und die eigene Suchbewegung einschränken. Das Thema Cookies und so weiter, wenn sie dann damit spielen können, dann schaff ich ihnen Möglichkeiten, dass sie sich anders informieren können.*

- **Bewusstsein schaffen:** Einige der Interviewpartner*innen erwähnen, dass es wichtig ist, den Schüler*innen bewusst zu machen, wie Filterblasen und Echokammern funktionieren. Dies kann durch Aktivitäten wie das Tagebuchführen über das eigene Medienverhalten erreicht werden

***Sophie Lecheler:** Also erst mal denke ich, dass wir schon immer Teil waren Echokammern und Filterbubbles. In meinem Fach wird sehr kritisch gesprochen über Filterbubbles, da wird so getan als ob das geschieht, weil alle auf Social Media Kanälen sind. Das ist ja eine Illusion zu denken, dass unsere Eltern sich gemischt haben unter verschiedenen Nationalitäten. Da gab es auch eine Monokultur, da hat man im Dorf gewohnt, da waren alle gleich. Und wenn mal jemand mit ner anderen Hautfarbe durchgefahren ist, hat man mal Autos gestoppt. Also diese Monokultur, die gab es früher auch schon und die war vielleicht sogar noch festgefahrener. Weil sie viel klarer war. Eine Generation vor uns war klar, was die Leute gewählt haben. Da war klar wo sie aufgewachsen und was sie geworden sind. Wenn der Papa Schlosser war, war der Sohn auch Schlosser. Und es war halt so, ebenso in der Stadt. Also viele Strukturen sind auch aufgebrochen worden. Und deswegen denke ich, ist ein Bewusstsein darüber mal der Anfangspunkt für LehrerInnen. Nicht nur so eine Art Lippenbekenntnis zur Diversität, sondern dass man auch versteht, dass ich Sachen verändert habe in den letzten 40/50/60 Jahren. Das ist denke ich der erste Teil. Der zweite Teil ist, zu zeigen, dass es Menschen mit verschiedenen Ansichten gibt und das zu zeigen. Also ich würde mal erwarten, dass man zum Beispiel im Religionsunterricht neben römisch-katholisch auch über andere Religionen spricht. Und genauso ist es in der politischen Bildung, dass man sagt okay, es gibt halt Demokratien und es gibt aber auch Länder, die sind keine Demokratie, zum Beispiel auf einem Makrolevel. Kleine Anmerkung: es wird ja immer so gepriesen, dass es wichtig ist, dass Menschen in Kontakt kommen mit unterschiedlichen Ideen. Ein Teil der Literatur sagt, man muss aber aufpassen, denn wenn man Menschen immer wieder konfrontiert mit gegensätzlichen Meinungen, dann kann es auch zu Polarisierung führen. Also Polarisierung ist nicht nur, wenn Leute nicht wissen, was die anderen denken, sondern kann auch sein, wenn man immer wieder sagt Ja, in unserer Gesellschaft gibt es halt sehr unterschiedliche Meinungen. Manche Leute sind links, manche Leute sind*

rechts. Dass man in Menschen auch das Bewusstsein fördert, dass es Extrempunkte gibt und dass Menschen durch die Hinweisung noch extremer werden. Also man muss ein bisschen aufpassen, wie man so eine Monokultur aufbricht, nicht nur im Sinne von, dass man sagt ja, okay, ihr seid jetzt alles so, aber es gibt halt auch Leute, die sind konservativ. Dass man sich über die Effekte der eigenen Kommunikation bewusst ist. Nur konfrontieren ist nicht genug. Das Wichtigste ist glaube ich das Hochhalten eben dieser demokratischen Grundstruktur. Ich meine, das kann LehrerInnen nicht schwerfallen, die Vermittlung von Wissen und Bildung. Und natürlich die Idee, dass man darüber nachdenkt, was ist meine Verantwortung und was ist die Verantwortung des Staates, die Verantwortung der Schule. Dass man sich darüber auch bewusst ist.

- Kritische Reflexion: Die Interviewpartner*innen betonen die Bedeutung der kritischen Reflexion und Analyse von Informationen, insbesondere in Bezug auf politische Themen. Sie schlagen vor, dass die Lehrpersonen die Schüler*innen ermutigen sollten, Fragen zu stellen und die Quellen ihrer Informationen zu überprüfen
- Diskurskultur: Einige Interviewpartner*innen sprechen über die Förderung einer gesunden Diskurskultur im Unterricht. Dies beinhaltet das Erkennen und Verstehen verschiedener Diskurse sowie das Aufzeigen von Widersprüchen und Unterschieden

***Thomas Jekel:** Sollen wir dem entgegenwirken? Ja, natürlich, sollen wir dem entgegenwirken. Ich habe aber relativ wenig Diagnostik zur Verfügung. Wir haben an verschiedenen Ecken und Enden mit Schülerinnen 14, 15, 16-jährigen Übungen gemacht, die eine unter Anführungszeichen sehr primitive Form der Diskursanalyse war. Wie geht man denn mit Drogen-Konsumentinnen und Konsumenten um? Auch in den Bereichen vom Rechtsextremismus natürlich. Das könnte man genauso gut oder wunderbar im Bereich von der wirtschaftlichen Bildung machen, weil dort treffen ja auch ganz klar unterschiedliche Interessen aufeinander. Im Fließtext eines Forums steht aber nicht drinnen Ich bin jetzt a Linker und ich bin ein Rechter, oder ich hänge als Unternehmer, Unternehmerin diesem oder jenem an. Oder ich bin vielleicht gar nicht so wie viele andere Unternehmerinnen, sondern denk ein bisschen anders. Das heißt, eine der wesentlichen Sachen, die mir wichtig erscheint, also Praxis ist: Wie kann ich eigentlich unterschiedliche Diskurse oder Diskursstränge identifizieren und sichtbar machen? Kann ich das sozusagen im Alltag auch sichtbar machen? Und da gibt es, so glaube ich, sehr vielen Themen, die wir alle im GW-Unterricht haben. Also das ist, glaube ich, eine von diesen Methodiken, mit denen man das angehen könnte, zu sagen, okay, es gibt mal einen eher rechten oder rechtsextremistischen Kern, es gibt einen gegenüberliegenden antifaschistischen Kern oder wie auch immer man das bezeichnen möchte. Man überlegt sich, was sind eigentlich die zentralen Begrifflichkeiten, mit denen die kämpfen, weil sie so unterschiedlich und ich kann über das ein bisschen den die Diskurskultur mir anschauen.*

- Empowerment: Die Interviewpartner*innen betonen, dass es wichtig ist, den Schüler*innen die Fähigkeiten und Werkzeuge zu geben, um ihre eigenen Filterblasen zu durchbrechen und verschiedene Perspektiven zu erkunden. Robert Vogler etwa befürwortet die Erweiterung des Blickwinkels und das Hinzufügen nicht-digitaler Aspekte anstelle des direkten Entgegenwirkens gegen Filterblasen
- Grenzen der Einmischung: Einige Expert*innen weisen darauf hin, dass Lehrpersonen vorsichtig sein müssen, um nicht in Indoktrination abzudriften. Es ist wichtig, die Grenzen zwischen Bildung und Einmischung zu respektieren

Die Interviewpartner*innen sind sich einig, dass es wichtig ist, Schüler*innen die Werkzeuge zur Verfügung zu stellen, um mit der modernen Informationslandschaft umzugehen, anstatt zu verbieten oder bewahrpädagogische Ansätze anzuwenden. Die Förderung von kritischem Denken, Diskussion und Reflexion ist ein Schlüsselansatz bei der Beantwortung der Frage 6. In der Gruppierung der verschiedenen Ansichten sind folgende Positionen herauslesbar.

- Position 1 - Die Akzeptanz von Vielfalt und Offenheit: Felix Bergmeister betont die Schwierigkeit, Kindern in der Schule eine Lebenswelt zu verbieten, in der sie sich ohnehin in Filterblasen aufhalten und unterstreicht die Notwendigkeit, kritische Reflexionsfähigkeit zu vermitteln. Robert Vogler arbeitet die gleiche Ansicht heraus. Sophie Lecheler argumentiert, dass Filterblasen und Echokammern auch im analogen Zeitalter schon immer existiert haben, jedoch nicht als solche gelabelt wurden, andererseits habe die Meinungsvielfalt in den Gesellschaften zugenommen. Sie befürwortet die transparente Offenlegung der Funktionsweise von Filterblasen
- Position 2 - Kritische Reflexion und Bewusstseinsbildung: Christian Dorsch betont die Notwendigkeit, auf Äußerungen von Schüler*innen aufmerksam zu sein und nach den Ursprüngen ihrer Meinungen zu fragen. Er schlägt vor, Filterblasen und Algorithmen im Unterricht zu thematisieren und dafür zu sensibilisieren. Thomas Jekel erwähnt die Durchführung von Übungen zur Diskursanalyse und plädiert für das Aufzeigen von unterschiedlichen Perspektiven in verschiedenen Bildungsbereichen. Herbert Pichler schlägt vor, dass Schüler*innen ihr eigenes Medienverhalten reflektieren und dokumentieren, um sich bewusst zu werden, womit sie ihre Zeit konkret verbringen, wenn sie online sind
- Position 3 - Ein Gleichgewicht zwischen Bewusstsein und Einmischung finden: Karin Golser-Ebner argumentiert die Wichtigkeit, Schüler*innen das Konzept der Menschenrechte als gemeinsamen Nenner begreifbar zu machen. Susanne Reitmair-

Juárez äußert Zweifel daran, wie stark Lehrer*innen gegen den Aufenthalt von Schüler*innen in Filterblasen wirken können, sofern dieser Vorgang überhaupt als solcher erkannt werden könne. Weiters betont sie unisono die Notwendigkeit, Schüler*innen die Funktionsweise von Filterblasen und Algorithmen zu erklären

Susanne Reitmair-Juárez: Ob Lehrkräfte denkbar entgegenwirken können? Good luck. Wie sollen wir denn jetzt machen? Abgesehen davon, dass ich es für unmöglich halte, wenn ich jetzt zwei Stunden Geographie oder politische Bildung oder irgendetwas habe in einer Klasse in der Woche. Wie kann man als Lehrkraft da entgegenwirken? Man kann natürlich darauf hinweisen und darauf hinarbeiten, eben, indem man diese ganzen Systeme der algorithmischen Kuratierung und der Individualisierung von Inhalten sich anschaut. Oder vielleicht zu diesen, auch wenn man sagt zu Nachrichtenmedien sich online anschauen und sagen Schau mal, aber vergleicht einfach mal euren Newsfeed, was beste Freunde sind, die haben ja trotzdem alle das Gleiche. Aber wenn sie ganz viel miteinander teilen und ganz viele gleiche Interessen und den gleichen Leuten folgen und trotzdem wird es nicht ganz gleich sein. Also ich denke, es ist in dem Fall in dem Punkt einfach wichtig, sozusagen Augen zu öffnen, zu versuchen und zu sagen Schaut mal, das ist Realität und das werden wir alle nicht so schnell jetzt abschaffen, oder dem kann man nicht so schnell entfliehen. Aber seid euch bewusst, dass es das gibt, dass es diese und jene Auswirkungen haben kann oder hat, dass da diese und jene Interessen dahinter stecken. Das ist ja nicht vom Himmel gefallen, das ist nicht zufällig entstanden, sondern das will ja jemand, weil es nicht aus Menschenfreundlichkeit und Altruismus. Also die Begriffe des Datenkapitalismus und des Überwachungs-kapitalismus. Das muss da schon auch mal vorkommen und man sich das anschauen. Wenn sie es ab und zu mal versuchen das zu durchbrechen und auch Leuten zu folgen oder Organisationen zu folgen, die sie nicht cool finden. Und da bisschen Meinungsvielfalt reinzuholen, also Strategien anbieten, wie man das dieser Individualisierung ein bisschen umgehen kann, ein bisschen aufbrechen kann. Insgesamt bin ich mir aber eh nicht so sicher, wie stark diese Filterbubbles tatsächlich sind. Also es gibt da viel Theorie dazu, viele Annahmen, Weltuntergangsstimmung und so. In der Bildung, auch in der Kommunikationsforschung, in der Politikwissenschaft. Aber wenig empirische Daten dazu. Also so, dass die Filterbubble ist, da ist man echt in so einer Echokammer, in einer Bubble drinnen ist und ganz wenig von außerhalb mitkriegt. Es ist nur nicht oft nachgewiesen worden, empirisch und wo es nachgewiesen worden ist, dann innerhalb einer Plattform. Also jetzt zum Beispiel, soundso viele Prozent sind jetzt vor dem und dem Wahlkampf im Juli in den USA auf Facebook in irgendeiner Bubble gewesen und haben 97 % republikanische Inhalte gekriegt und nur 3 % demokratische. Ja, eh. Aber das Leben besteht ja nicht nur aus Facebook. In der Forschung wird übrigens meistens mit Facebook gearbeitet und mit Twitter.

- Position 4 - Empowerment und aktive Teilnahme: Inga Gryl befürwortet das Zeigen von Vielfalt im Unterricht durch die Lehrkräfte sowie das Vorstellen von Widersprüchlichkeiten. Ihr Vorschlag ist, Schüler*innen Werkzeuge zu geben, um ihre eigenen Filterblasen zu verlassen und verschiedene Perspektiven zu erkunden. Auch

Susanne Reitmair-Juárez spricht sich für das Zeigen von Vielfalt und Widersprüchlichkeiten in den Informationen und des Gebens von Werkzeugen an die Schüler*innen aus, um ihre eigenen Filterblasen zu durchbrechen. Johanna Urban betont die Rolle der politischen Bildung bei der Anregung von Diskussionen und in der Kontextualisierung von Meinungen

Johanna Urban: Ich glaube, man wird schon die Einstellungen der Jugendlichen irgendwie mitbekommen im Unterricht, wenn es um politische Themen geht. Und natürlich ist es Aufgabe der politischen Bildung, verschiedene Perspektiven aufzuzeigen und da anzusetzen, wo man das verhindern kann. Also ich glaube eher nicht, dass man als Lehrperson da entgegenwirken kann. Also wenn es jetzt in Richtung Rechtsextremismus geht oder Diskriminierung. Dann finde ich, muss man das auch aufzeigen. Im Prinzip bedeutet politische Bildung nicht, dass Positionen kommentarlos präsentiert werden, sondern kontextualisiert werden.

Diese Gewichtung zeigt, dass die Mehrheit der Interviewpartner*innen die Bedeutung von Vielfalt, Offenheit, kritischer Reflexion und Bewusstseinsbildung hervorhebt, während sie gleichzeitig die Herausforderungen der Einmischung in die Meinungen der Schüler*innen erkennen. Empowerment und aktive Teilnahme werden ebenfalls als wichtige Faktoren für die Bewältigung von Filterblasen betrachtet.

Themenblock 3

Konzepte im digital politisch bildenden Unterricht

Frage 7: *Wir kommen nun zu Fragen zu den von ihnen favorisierten **Konzepten im digital politisch bildenden Unterricht**. Welche Ansätze und Konzepte fördern die politische Bildung und das Demokratie lernen im digitalen Zeitalter?*

Folgende Gemeinsamkeiten waren bei der Interpretation der Antworten feststellbar.

- Lebensweltorientierung: Mehrere Interviewpartner*innen betonen die Bedeutung der Lebensweltorientierung, die auf die Herausforderungen und Fragen in der Welt der Schüler*innen ausgerichtet sein sollte. Dies ermöglicht es, politische Thematiken und Kontroversen in deren Kontext zu behandeln

Felix Bergmeister: Auf jeden Fall die Lebensweltorientierung. Das ist ganz wichtig. Dann unbedingt die Handlungsorientierung, also dass Kinder nicht über etwas lernen, sondern dass sie in dieser Welt, in der sie sich befinden, auch handeln und in dieser Welt vor allem auch forschend lernen. Also das heißt, dass eben das Lernen an echten Herausforderungen unserer Zeit ausgerichtet ist. Ich nehme jetzt als Beispiel die manipulative Wirkung der Massenmedien, gibt es unzählige politische Debatten, in denen man das

thematisieren kann. Es gibt im Moment geostrategische Debatten, in denen man das entsprechend thematisieren kann. Wenn wir uns aktuell den Ukraine-Russland-Konflikt ansehen, die Invasion Russlands in der Ukraine, kann man sich ganz einfach anschauen, welche Sichtweisen und welche Narrative beispielsweise der Kreml verwendet, um das zu rechtfertigen, was natürlich nicht zu rechtfertigen ist, um seine 120 Millionen Russen und Russinnen, wo es ja doch eine ganze Menge von Menschen ist, hier ideologisch auf Schiene zu bringen. Und das gibt es in ganz, ganz vielen Bereichen. Klimadebatte ist ein weiteres Beispiel, wo man eben ganz unterschiedliche Sichtweisen hat, die aus unterschiedlichen Interessen vorgebracht werden. Und das ist genau die Lebenswelt, wo ich sozusagen im politisch bildenden Bereich jetzt anfangen kann, diese Konflikte jetzt in exemplarischer Form zu bearbeiten. Sprich ich verstehe das Grundlegende eines Konfliktes, um dann andere selbstständig deuten zu können und mich orientieren zu können. Das sind Dinge, die müssen auch ergebnisoffen behandelt werden, weil sie dynamisch sind. Das ist nicht etwas, was besteht. Es ist etwas, was sich entwickelt und nichts Geringeres als die Herausforderung, mit der wir in unserer Welt leben müssen.

- Partizipation und Handlungsorientierung: Mehrere Interviewpartner*innen sprechen sich für Partizipation aka Handlungsorientierung aus. Dies umfasst die Fähigkeit der Schüler*innen, möglichst aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen, um politische Prozesse zu verstehen
- Reflexion und Medienkompetenz: Die Notwendigkeit der kritischen Bewertung von Quellen und Medien wird von mehreren Interviewpartner*innen hervorgehoben. Dies schließt auch die Entwicklung von Medienkompetenz ein, um die manipulative Wirkung von Medien zu erkennen

***Karin Golser-Ebner:** Also auf alle Fälle ist es mal wichtig, dass man Quellenkritik anwendet, egal ob es jetzt der analoge Zeitungsartikel ist oder ob es vielleicht ein Online-Artikel mit Kommentarfunktion oder eine interaktive Karte ist. Also das ist immer sehr bereichernd. Und gibt da viele Möglichkeiten mit allen Methoden. Ja, ich finde es ad hoc gar nicht so leicht zu beantworten. Also ich kann vielleicht einfach so bissi erzählen, wie man Unterricht in dem Hinblick anlegt. Vielleicht ist es hilfreich oder auch nicht. Ich weiß es nicht. Ich versuche da ganz oft Sachen in Gruppen. Das ist manchmal sehr schwierig zu organisieren, aber zumindest teilweise ausarbeiten zu lassen. Ganz oft habe ich konträre Dinge. Das heißt, dass nicht jede Schülerin, jeder Schüler sich mit dem Gleichen beschäftigt. Lass dir öfter selbst Wahlmöglichkeiten und das Ziel wär halt auch, dass man sich darüber austauscht. Das heißt, einerseits muss man ihnen natürlich die Methoden mitgeben, um eine Quelle zu bearbeiten. Und andererseits ist für mich das aber dann einfach immer fruchtbar, wenn man sagt, man unterhält sich dann darunter darüber und da geht es darum, was ist richtig oder falsch, sondern ihr liegt es halt ganz oft so an, dass man sagt, es gibt auch nicht immer ein Richtig oder ein Falsch, sondern man kommt dann zum Schluss auf den Konsens. Es gibt verschiedene Blickpunkte, wo man Dinge beleuchten kann und das ist okay und das ist auch wichtig. Und wenn jetzt an die*

Reifeprüfung denken, dann haben wir da ja in diesem Anforderungsbereich drei, wo es immer darum geht, Stellung zu beziehen, Dinge kritisch zu bewerten und zu beleuchten. Das versuche ich in meinem Unterricht als eine praktische Methode einzubauen.

- Interdisziplinarität: Mehrere Interviewpartner*innen weisen auf die Bedeutung interdisziplinärer Ansätze hin, bei denen die politische Bildung mit anderen Fachgebieten wie der Psychologie verknüpft wird

Weitere Ansichten, die aus der Interpretation der Frage 7 herauslesbar sind.

- Spatial Citizenship: Christian Dorsch spricht sich für das Konzept des Spatial Citizenship aus, welches die Bedeutung von Geomedien und die damit verbundene Partizipation betont
- Framing-Theorie: Sophie Lecheler erwähnt die Framing-Theorie aus der Psychologie, die die Art und Weise untersucht, wie Menschen Informationen wahrnehmen und Entscheidungen treffen

Sophie Lecheler: Also was ich praktikabel gefunden habe, war sich anzusehen, wie politische Inhalte heute funktionieren. Die Theorie des Framings, ich weiß nicht, ob das auch in ihrem Fach für Sie relevant ist. Die Theorie des Framings kommt aus der Psychologie, die sagt: Wieso ist es eigentlich so, dass Menschen durch völlig gleiche Information unterschiedliche Entscheidungen treffen? Also Joghurt hat 1 % Fett oder 99 % fettfrei. Das ist völlig davon abhängig, wie man was präsentiert, wie Menschen reagieren. Eine schöne Theorie und auch ein Konzept, um Menschen zu vermitteln, wie sie Informationen verarbeiten.

- **Algorithmik und Datenschutz:** Thomas Jekel spricht die Notwendigkeit an, Algorithmik und Datenschutz in die Überlegungen neuer praxisorientierter Unterrichtsbeispiele einzubeziehen

Thomas Jekel: Ich denke, dass es vielleicht noch nicht ganz so viele praktikable Unterrichtsbeispiele gibt und man sich sozusagen Unterrichtsbeispiele für den Regelunterricht noch überlegen muss. Algorithmik wird noch nicht ausreichend berücksichtigt, aus meiner Perspektive. Also da wird man auf jeden Fall was tun müssen. Diese Algorithmik ist ja eine, die sich natürlich auf der einen Seite auf Werbung bezieht, aber auf der anderen Seite eine sehr stark räumliche Komponente hat. Wenn man sich vergegenwärtigt, ich suche jetzt die nahegelegenen Dienstleister. Dann gibt es eine ganze Menge von Einzelbeispielen, die sich zum Beispiel damit beschäftigen, wie man mit räumlicher Privatsphäre umgehen kann. Das ist, glaube ich, auch eine nicht ganz unwesentliche Frage. Was macht Überwachung im öffentlichen oder im scheinöffentlichen Raum, wie zum Beispiel in einem Einkaufszentrum.

- Mehrere Interviewpartner*innen betonen die Bedeutung von praktischen Erfahrungen, interaktiven Unterrichtsformen wie Rollenspielen, Exkursionen und Expertengesprächen

Herbert Pichler: *Ich hab schon ein bisschen was angedeutet in meinen bisherigen Antworten, also einfach darauf Bezug nehmend, dass wir jahrelang in diesem Midentity-Projekt gearbeitet haben. Und das hat analysiert, dass die sozialen Medien bei der Identitätskonstruktion von Jugendlichen eine Rolle spielen. Und das war auch der Anlass, wo man damals diese Ringvorlesung ins Leben gerufen hat, im Rahmen dieses Projekts haben wir auch mit meinen Klassen Unterschiedliches ausprobiert in der Kombination zwischen Medienbildung und politischer Bildung. Ich denke, am meisten lernt man über politische Bildung, wenn politische Bildung in der Schule in der Klasse erfahrbar wird. Was ich vielleicht noch nicht gesagt habe ist, wobei das über Microtargeting zum Teil gestreift worden ist, ist wie politische Parteien und wie auch Regierungen und NGOs usw., also Player oder Interessensvertretungen, allgemein gesagt Akteurinnen im politischen Feld mit digitalen Medien agieren. Das wäre vielleicht nochmal mal ein Spezialthema, mit dem man sich im Rahmen der politischen Bildung in der Schule auseinandersetzt, dass man nicht mit der Idee daherkommt, dass das Internet neutral sei oder unbefleckt. Sondern, dass viel von dieser Information, von diesem Content, der produziert wird, bestimmte Interessen verfolgt. Egal ob das Firmen sind, oder politischen Gruppierungen. Und da ist es mir irgendwie wichtig, dass man das erkennt. Es ist mehr als die Frage, ob das Internet ein Instrument der Demokratisierung ist. Wenn man genau hinschaut, dann hat zwar jeder die Möglichkeit, etwas beizutragen und in den Austausch zu treten und sich einzubringen. Aber gleichzeitig ist nüchtern festzustellen, dass wir nicht das gleiche Gewicht haben, wie wenn Firmen oder Konzerne, vor allem Konzerne oder große Parteien oder ganze Länder soziale Medien bearbeiten. Mit Milliardenbeträgen und mit entsprechenden technologischen Einsatzmitteln, wo einfach überschwemmt wird mit bestimmten Botschaften. Die potenziell abweichende politische Botschaft ist zwar dann vorhanden, aber spielt keine Rolle, weil sie nicht gesehen wird.*

Johanna Urban: *Die Objektorientierung ist wichtig. Offene Formate sind wichtig, die Jugendlichen ins Zentrum zu setzen ist wichtig, sie dort abzuholen, wo sie unterwegs sind. Dass man sich als Lehrkraft selbst damit auseinandersetzt. Offene Arbeitsformen sind für mich grundlegend.*

Robert Vogler: *Ja im Grunde genommen die Klassiker, was wir seit Jahrzehnten sagen, was jetzt ein guter Unterricht ist, unterrichtsoffen und projektorientiert gestaltet. Dass man Zeit hat, sich mit Dingen auseinanderzusetzen in einem offenen Unterrichtsformat. Das kann gerne projektbasiert sein. Aber dann auch konsequent projektbasiert und nicht als Pseudo-Projekt, was man in der letzten Schulwoche macht.*

Die Zitate zeigen, dass die befragten Expert*innen Lehrkräfte in einer Rolle als Moderatoren und Begleiter*innen des Lernprozesses sehen. Sie weisen auf die Notwendigkeit hin,

Schüler*innen beizubringen, wie sie Informationen kritisch bewerten und verschiedene Perspektiven im Sinne des Kontroversitätsgebotes berücksichtigen können. Insgesamt gibt es eine Vielzahl von Ansätzen, die meisten Interviewpartner*innen sprechen sich für die Bedeutung einer praxisorientierten, lebensweltbezogenen und partizipativen Herangehensweise aus, weiters spielen die kritische Medienkompetenz und die Integration digitaler Medien eine wichtige Rolle.

Frage 8: Welche Ansätze und *Konzepte* sehen Sie spezifisch im *digital politisch bildenden GW-Unterricht* als geeignet?

In den Antworten der Interviewpartner*innen gibt es Unterschiede in Bezug auf die betonten Schwerpunkte, Herangehensweisen und Konzepte für den politisch bildenden Geographie-Unterricht im digitalen Zeitalter. Einige Befragte betonen die Bedeutung der politischen Bildung in Bezug auf aktuelle globale Konflikte und geopolitische Herausforderungen. Andere legen in ihren Ansätzen Wert auf die Vermittlung von Medienkompetenz und die Fähigkeit zur kritischen Medienanalyse. Die Förderung von Innovationsfähigkeit wurde mehrmals als wichtiger Schwerpunkt erachtet, um auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Folgende Gemeinsamkeiten treten bei der Beantwortung der Frage 8 heraus.

- **Spatial Citizenship:** Mehrere Interviewpartner*innen erwähnen das Konzept des Spatial Citizenship. Dieses Konzept wird als geeignet angesehen, um Schüler*innen die Fähigkeiten zur Partizipation und die kritische Reflexion im digitalen Zeitalter zu vermitteln

Christian Dorsch: Also ein Konzept, was ich da immer wieder auch in meiner Vorlesung bespreche, ist das Konzept des Spatial Citizenship. Also dass sozusagen über Geomedien vor allen Dingen in Geographie, Unterricht in Partizipation, im digitalen Zeitalter gelebt wird und im Endeffekt die Fähigkeiten dazu vermittelt werden. Da sind ja auch solche Sachen, die Reflexion mit enthalten, genauer gesagt genauso auch die technischen Fähigkeiten, über die Geomedien eben zu partizipieren. Also das Konzept finde ich schon immer sehr überzeugend. Das müsste mal wieder überarbeitet werden. Es ist also auch schon mindestens zehn Jahre alt. Auch solche Sachen wie reflexive Karten, bzw. reflexive Kartenarbeit und Counter-mapping. Es spielt ja auch eine Rolle, dass man über Karten eben Interessen ausdrücken kann. Das sind auf jeden Fall Konzepte aus der Geographie, die ich da sehr sinnvoll finde.

Karin Golser-Ebner: Die "Basis" für meine unterrichtlichen Ausführungen sind natürlich Grundsatzlerlässe, Lehrpläne und GW-spezifisch die

*Basiskonzepte. Ich schaffe Unterrichtsumgebungen, die aus meiner Sicht politische Bildung fördern und digitale Tools beinhalten oder diese eben kritisch reflektieren: Kartenarbeit mit digitalen Karten, der Ansatz Spatial Citizenship und das Onlinetool Arcgis-Online. Hierzu zum Beispiel der Themenbereich Globalisierung, wo es darum geht, Global Player und deren Einflussbereiche vom eigenen Medienkonsum ausgehend zu reflektieren und diese in einer digitalen Karte zu verorten. Auch die digitalen Karten wie etwa die Einzelfallkarte, oder die Hoaxmap entlang des Modells der kritischen Kartenlesekompetenz nach Inga Gryl haben sich bewährt. Wenn die Fragestellung gut gewählt ist, nutze ich zum Beispiel Mentimeter, Wortwolken oder Padlet. Im Rahmen meiner Dissertation beschäftige ich mich mit dem Konzept Bildung für Innovativität. Innovativität wird hier als die Fähigkeit verstanden, an Innovationsprozessen zu partizipieren Dies zielt auf eine kritische Teilhabe an Gesellschaft ab und soll junge Menschen auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen vorbereiten. Auch hier sehe ich Anknüpfungspunkte für einen politisch-bildenden Unterricht im digitalen Zeitalter. Alles in allem versuche ich Politisches Handeln im digitalen Raum fördern, mit Bürgerinitiativen EU und der Ermutigung Schüler*innen, sich für ihre Interessen einzusetzen. Stichwort Lebensweltorientierung.*

- Kritische Medienkompetenz: Die Förderung von Medienkompetenz, insbesondere die Fähigkeit zur kritischen Medienanalyse, wird in mehreren Antworten hervorgehoben. Dies umfasst die Sensibilisierung für Framing, Filterblasen und die Fähigkeit, Informationen zu hinterfragen

Inga Gryl: Man muss die klassischen Konzepte übertragen und neu denken. Das heißt, bei Kontroversität muss ich natürlich auch fragen wie stelle ich überhaupt Kontroversität her, wenn es Filterblasen gibt? Das heißt, da gibt es technische Möglichkeiten, wie ich die Filterblase verlasse, eben etwas reinbringen, was gerade nicht zu dieser Filterblase passt. Wir haben jetzt von diesen Ansätzen, wie praktischer und ethischer Komplexität gesprochen, finde ich weiterhin sehr grundlegend. Die Frage prinzipiell von gemeinsamen Normen wie Menschenrechte, auf die wir uns geeinigt haben. Vor allem müssen wir den Kindern auch plausibel machen können, warum das so plausibel ist. Klingt erstmal traurig oder so. Aber nein, niemand hat einen von Geburt an einen moralisch integrierten Kompass, sondern das ist etwas, was unsere Gesellschaft erarbeiten und vermitteln muss, womit die Leute sozialisieren müssen. Daher müssen wir genau darauf rumreiten. Auch mit Beispielen das zu erleben, eigene Interessen durchzubringen und versuchen sich einzubringen. Aber auch Verantwortung für andere übernehmen und Ähnliches. Also das Ganze auch an möglichst praktischen Beispielen zu vermitteln, die dann aber - eben ganz wichtig - Digitales und vielleicht aber auch eigenes Umfeld überschneiden.

- Praxisorientierung: Einige Interviewpartner*innen betonen die Bedeutung der praktischen digitalen Anwendungen als zeitgemäße politische Bildung. Dies schließt den Einsatz digitaler Tools wie z.B. Arcgis-Online, Mentimeter und Padlet ein

- Innovationsfähigkeit: Die Förderung von Innovationsfähigkeit wird als wichtig erachtet, um Heranwachsende auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Dies beinhaltet die Möglichkeit, eigene Interessen einzubringen und Verantwortung für andere zu übernehmen
- Offene Arbeitsformen und Partizipation: Mehrere Interviewpartner*innen betonen die Bedeutung von offenen Arbeitsformen wie z.B. Diskussionen und Projekten im Unterricht. Dies ermöglicht es den Schüler*innen, aktiv an politischer Bildung teilzunehmen und sich in ihrem eigenen Tempo zu entwickeln

Johanna Urban: Die Objektorientierung ist wichtig. Offene Formate sind wichtig, die Jugendlichen ins Zentrum zu setzen ist wichtig, sie dort abzuholen, wo sie unterwegs sind. Dass man sich als Lehrkraft selbst damit auseinandersetzt. Offene Arbeitsformen sind für mich grundlegend.

- Reflexion über Digitalisierung: Einige der Befragten weisen darauf hin, dass es wichtig ist, Schülern die Auswirkungen der Digitalisierung auf politische Prozesse und die Manipulation von Informationen durch soziale Medien zu vermitteln

Insgesamt gibt es eine breite Übereinstimmung darüber, dass die Politische Bildung im digitalen Zeitalter nicht nur Wissen vermitteln sollte, sondern auch Fähigkeiten zur aktiven Teilhabe, kritischen Reflexion und zur Anwendung in realen Kontexten fördern sollte. Die Ansichten variieren in Bezug auf spezifische Konzepte und Methoden, wobei das Konzept des Spatial Citizenship und die Förderung von Medienkompetenz am häufigsten genannt werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Unterschiede in den Antworten auf verschiedene Schwerpunkte und Herangehensweisen bei der politischen Bildung im digital politisch bildenden Geographieunterricht hinweisen. Einige Expert*innen legen Wert auf bestimmte Konzepte, während andere Aspekte der politischen Bildung hervorheben. Diese Unterschiede spiegeln die Vielfalt der Ansichten und Ansätze wider, die in der pädagogischen Praxis existieren können.

Frage 9: *Was würden Sie jungen Menschen **raten**, die sich heutzutage für Politik interessieren und sich proaktiv zusätzlich zum Politikunterricht bilden wollen?*

In den gemeinsamen Empfehlungen stechen folgende Antworten heraus.

- Engagement: Die meisten der Interviewpartner*innen betonen die Bedeutung des Engagements. Sie ermutigen junge Menschen dazu, sich aktiv für politische Themen einzusetzen, sei es durch Mitarbeit in NGOs, politischen Parteien oder zivilgesellschaftlichen Initiativen. Herbert Pichler, Susanne Reitmair-Juárez und Robert

Vogler heben die Wichtigkeit der Selbstwirksamkeit hervor. Aktiv zu werden und die eigene Stimme zu nutzen, um positive Veränderungen herbeizuführen, schließt die Idee ein, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen, um eine stärkere Stimme zu haben

Herbert Pichler: *Was ich auf jeden Fall raten würde, sich immer umzuschauen, ob es eine zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisation gibt, wo man sich engagieren möchte und wo man sein gesellschaftspolitisches Engagement ausprobieren möchte. Das würde ich raten. Also ob das jetzt Fridays of Future ist, oder ob das weiß mit Amnesty International ist, oder was auch immer. Ich glaube, das ist wichtig, um einerseits kleine Erfolgserlebnisse zu sammeln, gleichzeitig aber einen gewissen Realismus zu gewinnen, was eigentlich die Chancen und die Möglichkeiten, die sie als Einzelner oder als kleine Gruppe jetzt in diesem digitalen Umfeld habe. Ich meine damit die kommunale Ebene, weil da vielleicht auch die Rückkoppelungen direkter sind und man vielleicht auch noch tatsächlich mit den Personen analog in Kontakt treten kann. Aber auf der anderen Seite kann man das natürlich sehr wohl auf einer ganz großen globalen Ebene spielen, weltweit durch die Digitalität. Gerade hier ermöglicht uns die Digitalität, dass Menschen Petitionen unterschreiben können, wo es um irgendein Anliegen geht, dass an einem weit entfernten Punkt des Planeten eine Rolle spielt. Also beides geht. Das ist das eine der vielen Vorteile der Digitalität, dass ich mich auch in Angelegenheiten einmischen kann, die außerhalb des lokalen und kommunalen Bereichs liegen. Auf der anderen Seite muss ich mir auch bewusst sein, dass da meine kleine Stimme vergleichsweise noch viel weniger zählt als in einer, ja in einem überschaubaren Raum oder Rahmen.*

Susanne Reitmair-Juárez: *Ich glaube in die Praxis zu gehen, würde ich Ihnen raten. Also selber aktiv zu sein, sich für Dinge einzusetzen und auch zu lernen, wie schwerfällig Dinge sind, wie lange etwas dauert, wie wichtig es ist zu kommunizieren, Standpunkte auszutauschen, zu kennen und auch einfach Strukturen kennenzulernen. Wie würde sich denn etwas überhaupt verändern? Wie kann man denn eigentlich was beeinflussen? Mit wem muss er da reden, wen muss er überzeugen? Wie ist also der Weg? Und das ist halt träge und langsam. Wir sind so, also ich glaube aus der Praxis, wenn man ein Thema findet, wo man sich echt dafür interessiert und irgendwie eine Gruppe findet, wo man sich anschließen kann und sich engagieren kann, dann glaube ich, ist es sicher eine gute Schule. Eine Praxis lernt man immer sehr viel. Und ansonsten ja, es gibt so viele Inhalte und vielleicht sogar Podcasts. Es gibt super Podcasts, wo aktuelle Themen besprochen werden. Also wenn ich, von welcher gesellschaftlichen Gruppe habe ich da noch nicht so viel zu einem Thema gehört, so ein bisschen an die Ränder denken, glaube ich, wäre auch einfach spannend. Man muss sich fragen was sagen Kopftuch tragende Frauen zu Thema XY. Sagt irgendwer was? Hört man da irgendwen? Die sagen fix irgendwas, aber wo? Und wer hört ihnen zu? Also das ist glaube ich auch wichtig, weil es gibt so viele Inhalte. Und den Rest macht der Algorithmus. Der zeigt dann alle die verwandten Dinge. Genau. Ja, das wäre vielleicht mein Tipp.*

- Informationsquellen: Die Interviewpartner*innen empfehlen unisono, verschiedene Informationsquellen zu nutzen, sowohl traditionelle Medien als auch Online-Plattformen. Sie betonen die Wichtigkeit von qualitativ hochwertigen Nachrichtenquellen und kritischem Denken beim Konsum von Informationen. Felix Bergmeister erwähnt hierzu die Bedeutung von qualitativen Informationsquellen wie dem Bundeszentrum für politische Bildung und Factcheckern

***Felix Bergmeister:** Zusätzlich? Sie meinen beispielsweise außer in schulischen Lernorten? Ja, Bundeszentrum für politische Bildung zum Beispiel. Und generell? Ich könnte jetzt über Factchecker reden, wie zum Beispiel Mimikama und so. Aber generell, wie kann man es verallgemeinern? Ich nehme jetzt mal Bourdieu her, er hat gemeint es gibt zwei Sorten von Debatten. Die eine ist die orthodoxe Debatte. Das ist die einfache Debatte. Die will ein komplexes Problem relativ geradlinig auf eine Ursache Wirkung lenken und innerhalb dieser einen Ursache-Wirkung dann eine Lösung finden. Das ist, was der Populismus tut. Und das ist natürlich, gerade wenn die Bildung in diesem Bereich der kritischen Medien, der politischen Bildung, wenn sie da gering ist, etwas, was vielleicht sehr vielversprechend klingt, weil, warum soll man sich schwer machen, wenn es doch da vermeintlich eine einfache Lösung gibt? Die zweite Form der Debatte ist dann eben die heterodoxe. Und die ist eine, die sozusagen akzeptiert, dass es viele Sichtweisen gibt und dass diese Sichtweisen aus ihrer Sicht begründet sind, weil ihre Interessen da hinten stehen. Und ich denke, dieser Schritt eigentlich ist das, was zuerst passieren muss, bevor man sich jetzt überlegt, okay, wo könnte man hingehen? Weil wenn dieser Schritt eben passiert ist, dann kann man überall gefahrlos hingehen. Dann kann ich auch ohne Probleme politische, populistische Propaganda untersuchen, weil dann weiß ich ja, was ich tue. Und wie gesagt, ich sage immer, Populismus ist das Gegenteil von Bildung, weil es die Debatte einschränkt auf das Einfachste, auf den einfachsten Nenner und natürlich mit Interessen von denen, die dahinterstecken. Also müsste man eigentlich fragen: Was brauchen sie zuerst einmal, um überhaupt in Debatten einzusteigen? Und da geht es eben darum, zu verstehen, dass orthodox nicht der richtige Weg ist, sondern heterodox. Und dann wird man auch fähig, eben reflexiv darüber nachzudenken.*

- Reflexion und Hinterfragen: Ein wiederkehrendes Thema ist die Notwendigkeit, Informationen zu hinterfragen und verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen. Es wird empfohlen, kritisches Denken als lebenslange Praxis einzuüben
- Bildungsinstitutionen: Einige Interviewpartner*innen erwähnen die Rolle von Bildungsinstitutionen, insbesondere Schulen, bei der politischen Bildung. Sie betonen die Bedeutung einer breiteren Bildung, die über Fakten hinausgeht und das Verständnis politischer Strukturen und Zusammenhänge fördert
- Strukturelles Denken: Die Bedeutung des strukturellen Denkens und des Verständnisses politischer Prozesse wird mehrmals erwähnt. Die Expert*innen ermutigen junge Menschen dazu, sich mit politischen Strukturen und Interessenvertretung vertraut zu

machen und zu lernen, wie sie ihre eigenen Interessen vertreten können. Karin Golser-Ebner konkretisiert diese Empfehlung

Karin Golser-Ebner: *Sie natürlich bestärken und befürworten. Wenn sich heutzutage ein junger Mensch dafür interessiert. Ich finde es aber immer ganz schwierig oder ganz seltsam, dass das oft schon so eine Art Grundhaltung der Gesellschaft ist, die den jungen Menschen abgesprochen wird. Es ist nämlich ganz oft nicht der Fall. Junge Menschen sind sehr wohl daran interessiert, möchten diese Art von Unterricht in die Erfahrung gemacht. Sie möchten sich auch viel mehr damit beschäftigen, weil sie ja schon ab einem Alter von 16 jetzt wirklich vor einer Wahlentscheidung stehen. Parteiprogramme sich anzusehen, das ist irgendwie immer so ein Block. Und dann glaubt man jetzt ist man total informiert. Und das ist ja so bei Geschichte, wo ja ganz oft mit den Schülerinnen und Schülern darüber gesprochen wird. Spannender wird es dann, wenn man sich anschaut, was ist denn davon überhaupt umsetzbar, oder was konnte dann umgesetzt werden rückblickend. Und da merke ich einfach, dass das Interesse wirklich sehr groß ist. Oder wenn man sie halt auch abholt. Ich bin an einer Schule in einer kleinen Gemeinde tätig. Das ist überschaubar, ländlich und politische Bildung kann mit Geographie Hand in Hand gehen. Da macht man einmal einen Ausflug und läuft dem Bürgermeister über den Weg, oder schaut sich die Raumordnung an. Da gibt es ganz viel und das interessiert die jungen Leute auch. Und jetzt zur Frage zurückzukommen: Empfehlungen dazu fällt mir schwer, jetzt zu irgendeiner Partei zu gehen, wo es die Jugendorganisation gibt. Ich würde Schüler aber sehr wohl darin bestärken, wenn es da das Bestreben gibt und da Unsicherheit besteht, ob man sich das antun soll. Im Sinne vom Aufwand würde ich sagen, das ist sicher wertvoll, egal wohin du gehst und du dich engagierst, aber das ist sicherlich etwas, was du fürs Leben auch einiges bringt. Prinzipiell finde ich es auch ganz spannend, eben bei diesen Bewegungen im Digitalen oder im Netz. Da zeige ich Ihnen auch immer ganz klar, von der EU gibt es da ja auch eine Seite, wo es Bürgerinitiativen gibt usw. Wenn es darum geht, wo berührt uns denn die EU im Alltag, wo sind Anknüpfungspunkte für Dinge, die vielleicht für sie interessant sind. Oder was macht die EU in meiner Heimatgemeinde so wirklich? Eine konkrete Handreichung ist glaube ich schwierig Lehrpersonen mitzugeben.*

- Medienpause: Die Empfehlungen von Sophie Lecheler reihen sich in jene der anderen Interviewpartner*innen ein. Zusätzlich spricht sie die Empfehlung der gezielten Nachrichtenvermeidung und Medienpausen aus, um die Belastung durch politische Informationen zu reduzieren und die geistige Gesundheit zu fördern bzw. aufrechtzuerhalten

Sophie Lecheler: *Also auf der einen Seite rate ich die traditionellen Medien nicht zur Seite zu schieben, sondern diese auch wirklich zu nutzen. Natürlich, digital geht ja eh immer. Man muss jetzt kein Papierabo von der Zeitung nehmen, aber ich denke, das sollte immer weiter unterstützt werden, denn es gibt einfach Qualitätsmedien in Österreich, in Deutschland, wo auch immer. Was die Erfahrung zeigt, ist, dass eine frühe Bindung an solche Medien lang fürs ganze Leben Vorteile haben kann. Wenn man sich früh an Sachen*

gewöhnt, zum Beispiel jeden Morgen mal die Zeitung zu lesen und nicht nur, durch Instagram zu scrollen. Wenn man sagt, ich gewöhne mir an jeden Morgen ein Glas Wasser zu trinken, weil ich im Endeffekt ist es gut für mich. Man sollte schon auch nicht nur an die körperliche Gesundheit denken, sondern auch an die politische Gesundheit. Natürlich kann man sich dann genau aussuchen, was einem am besten gefällt. Es gibt ja Medienpluralität in Österreich. Also ich würde nie sagen, jungen Menschen kann man ein bestimmtes Medium vorschreiben. Was ich ihnen noch vorschlagen würde, ist die gezielte Nachrichtenvermeidung und Medienpausen. Also damit meine ich nicht kein Handy verwenden abends, sondern auch wirklich sich Nachrichtenpausen zu geben. Weil oft ist so ein bisschen die Hypothese ja mehr mehr mehr Information ist das Wichtigste. Und dann werden wir alle super motiviert. Man muss sich auch mal eine Pause gönnen von diesen politischen Informationen, weil die sind natürlich oft negativ und konfliktgeladen und das müssen sie auch sein, bis zu einem gewissen Level. Ja, aber ich denke, eine gezielte Nachrichtenvermeidung kann auch gesund sein. Und ich denke auch, dass vor allem sehr politisch interessierte Menschen brauchen diesen Break. Das dritte, was ich ihnen raten kann, ist es, sich zu organisieren in Gruppen. Also alleine das zu machen bringt nichts. Ich sehe auch immer wieder neue innovative Formate. Menschen, die versuchen neue Formen der Politikvermittlung zu finden. Ich weiß nicht, wie die Zukunft der Politikvermittlung aussieht, weil ich bin jetzt schon ein Dinosaurier. Aber ich denke, sich zusammenzubringen in neuen Strukturen, nicht immer nur Ich denke, Parteien sind wichtig. Man kann Parteien beitreten, wenn man das will. Das ist super, das soll auch so bleiben. Aber ich denke, darüber hinaus kann man sich durchaus auch organisieren in Gruppen, in Verbänden, um sich das als Kultur praktisch herauszubilden, dass man eben zusammen über Dinge diskutieren oder die Dinge, die einem wichtig sind. Also ich denke, Organisation war schon immer ein Teil der Politik und sollte es auch bleiben und das auch präferiert in Person. Vielleicht bin ich da jetzt zu alt, aber das denke ich schon immer noch. Es gibt exzellente investigative Medien, neue Medien und Outlets wie Krautreporter zum Beispiel oder Correctiv oder so was. Da muss man jetzt nicht nur den Standard lesen, das heißt, sich die Pause geben und das auch total okay finden, das man manchmal nicht nutzt. Und das dritte ist, sich zu organisieren.

Die Auswertung zeigt, dass es eine breite Palette von Empfehlungen gibt, von praktischem Engagement, über Reflektieren und Medienpausen in einer von Nachrichten übersättigten Welt. Einige Expert*innen betonen die Bedeutung der Bildung der Politikstruktur, während andere die Notwendigkeit von praktischer Erfahrung und Selbstwirksamkeit hervorheben.

3.3.1 Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Welche Erkenntnisse können aus den Interpretationen gezogen werden? Nach dem Versuch, ein tieferes Verständnis für die vorliegende Problemstellung zu entwickeln, geht es in diesem Kapitel darum, basierend auf den analysierten Interviewtranskriptionen den Erkenntnisertrag den thematisch gebündelten Bedeutungszuschreibungen zuzuordnen um praxisrelevante

Empfehlungen für den künftig politisch bildenden (GW)-Unterricht zu formulieren. Dieses Unterkapitel hebt jene Schlüsselbereiche hervor.

Themenblock 1

- Nutzung des Internets im Sinne der demokratischen Mitbestimmung

Die Befragten haben eine **differenzierte Sicht auf das Internet als Werkzeug zur Demokratisierung**. Sie betonen, dass das **Internet das Potenzial hat, Menschen zugunsten der politischen Partizipation zu mobilisieren, Informationen zu verbreiten und Diskussionen zu fördern**. Die Entwicklung von Medienkompetenz wird als wichtig angesehen, um Informationen im Internet kritisch zu bewerten und Fehlinformationen zu erkennen. Einige Expert*innen weisen jedoch auf **potenzielle Risiken hin, wie Filterblasen, Manipulation und Machtasymmetrien**. Die Antworten legen unterschiedliche Ansichten zur Effektivität des Internets für die Demokratie offen, wobei einige der Befragten optimistisch sind und das transformative Potenzial betonen, während andere skeptischer sind. Einige sehen soziale Medien als Möglichkeit zur Interessenäußerung und politischen Diskussion, während sie von einem Befragten dezidiert als Verstärker von Unterschieden und Ungleichheiten betrachtet werden.

- Verständnis um die Funktionsweise von digitalen Medien

Alle zehn Befragten sind sich einig, dass die **grundlegende Bildung im Umgang mit digitalen Medien bereits in der Volksschule beginnen** sollte, wobei vier von ihnen sogar für eine **Sensibilisierung im Kindergartenalter** plädieren. Insgesamt betonen die Aussagen der Befragten die Wichtigkeit einer frühen Bildung über die Funktionsweise von digitalen Medien und Algorithmen, um Menschen zu befähigen, informierte Entscheidungen zu treffen und kritisch mit den heutigen Kommunikationsstrukturen umzugehen. Die verschiedenen Ansichten spiegeln unterschiedliche Schwerpunkte wieder und verdeutlichen die Komplexität des Themas, wobei der Zeitpunkt für den Beginn dieser Bildung je nach Perspektive der Befragten variieren kann. Felix Bergmeister und Sophie Lecheler zogen Analogien zur Handlungsorientierung aus anderen grundlegenden praktischen Lebensbereichen. Eine Rutsche im Park oder ein heranfahrendes Auto sind von Kindheitstagen an Bestandteile des Lebens. Erst durch Instruktionen der Erwachsenen wird die Rutsche gefahrlos nutzbar und obwohl einem Kleinkind meist nicht erklärt wird, wie der Motor eines Autos funktioniert, muss jedes Kind wissen, was ein Auto ist, was es macht und warum auf der Straße darauf zu achten ist.

- Widerstandsfähigkeit gegen Microtargeting

Die befragten Expert*innen sind sich unisono einig, dass Schüler*innen die **Herausforderung, welche mit der Filterblasenbildung einhergeht, verstehen und das Bewusstsein entwickeln** sollen, durch welche Mechanismen die ihnen angezeigten Inhalte gestaltet werden. Einige Experten schlagen vor, Experimente, Fallstudien oder Beobachtungen als wirksame Methoden vor, um den Schüler*innen zu verdeutlichen, wie Microtargeting funktioniert und wie es ihre Realitäten beeinflusst.

Themenblock 2

- Herausforderungen der politischen Bildung im Zeitalter der Digitalität

Die Befragten sind sich einig, dass **Algorithmen in sozialen Medien und Suchmaschinen den Schüler*innen Informationen präsentieren, ohne dass Lehrkräfte darauf Einfluss nehmen können**. Dies kann dazu führen, dass Schüler*innen mit problematischen Inhalten konfrontiert werden, die schwer zu kontrollieren sind. Die **Verbreitung von Desinformation und die Beeinflussung der Meinungsbildung durch subtile Elemente im Internet werden als ernsthafte Herausforderungen** betrachtet. Es wird darauf hingewiesen, dass Schüler oft nicht erkennen, wie Informationen und Botschaften sie beeinflussen können. Die rasche Veränderung der Kommunikationsstrukturen und die Komplexität von Online-Debatten werden ebenfalls als Herausforderungen genannt. Die Experten sind sich einig, dass es schwierig ist, Schüler auf verschiedene Perspektiven und Kommunikationsformen vorzubereiten, und sie bringen dabei ihre eigenen Erfahrungen und Perspektiven ein.

- Zielvorgabe Begründung und Reflexion

Alle Interviewpartner*innen betonen die Bedeutung der **Reflexion im politischen Bildungsprozess**. Es wird betont, dass Schüler*innen lernen sollten, ihre **eigenen Ansichten zu hinterfragen und Argumente zu entwickeln**. Die Mehrheit der Interviewpartner*innen legt Wert auf die Verwendung zuverlässiger Quellen und Fakten in der politischen Bildung, um Fehlinformationen und Fake News entgegenzuwirken. Es herrscht Einigkeit darüber, dass Schüler*innen lernen sollten, verschiedene Perspektiven auf politische Themen zu verstehen und zu respektieren. Darüber hinaus empfehlen die Befragten **projektbasierte Ansätze, bei denen Schüler*innen eigenständig recherchieren und politische Themen bearbeiten**.

- Versuch der Entdeckung und der Beeinflussung von Monokulturen

Die Befragten des Interviews unterstreichen die **Bedeutung von Diversität und Offenheit gegenüber den Inputs der Schüler*innen im schulischen Unterricht**. Sie sind der Überzeugung, dass es von Bedeutung ist, Schülern*innen eine Vielzahl von Perspektiven und Meinungen zu präsentieren, um Meinungspluralismus innerhalb der Vorgaben der Grundsatzerteile zu fördern. Der **Beeinflussung etwaiger Monokulturen durch Lehrkräfte sind ob der Möglichkeit der Einsicht und aufgrund der Nutzung der Inhalte im Privatleben der Heranwachsenden Grenzen** gesetzt. Diese Ansicht steht im Gegensatz zum bewahrpädagogischen Ansatz. Einige der Interviewpartner*innen betonen die Wichtigkeit, den Schülern*innen das **Bewusstsein** dafür zu **vermitteln, wie Filterblasen und Echokammern funktionieren**. Dies kann durch Aktivitäten wie das Führen von Tagebüchern über das eigene Medienverhalten erreicht werden.

Themenblock 3

- Förderliche Ansätze und Konzepte für die politische Bildung im Zeitalter der Digitalität

Die Wichtigkeit der **Lebensweltorientierung** wird von allen Interviewpartner*innen betont. Die zeitgemäße politische Bildung solle darauf ausgerichtet sein, die **Herausforderungen und Fragen in der Welt der Schüler*innen zu berücksichtigen. Politische Themen und Kontroversen können so im Kontext der Lebenswelt** behandelt werden. Mehrere Interviewpartner*innen sprechen sich für **Partizipation und Handlungsorientierung** aus. Dies beinhaltet die Fähigkeit der Schüler*innen, aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen, um politische Prozesse verstehen zu lernen. Die kritische Analyse und Bewertung von Quellen werden ebenfalls von mehreren der Befragten herausgestrichen, um das manipulative Potential von Medien erkennen zu können.

- Förderliche Ansätze und Konzepte für den politisch bildenden GW-Unterricht im Zeitalter der Digitalität

Mehrere Interviewpartner*innen erwähnen das Konzept des **Spatial Citizenship**. Dieses Konzept wird als eines der geeigneten angesehen, um Schüler*innen die Fähigkeiten zur Partizipation und die kritische Reflexion im digitalen Zeitalter zu vermitteln. Thomas Jekel spricht sich für eine **Überarbeitung des Spatial Citizenship Ansatzes** aus und argumentiert, dass die **Thematik der Algorithmik in künftige GW-Lehrpläne aufgenommen** werden müsse. Die Förderung von Medienkompetenz, insbesondere die **Fähigkeit zur kritischen**

Medienanalyse, wird in mehreren Antworten hervorgehoben. Dies umfasst die Sensibilisierung für Framing, Filterblasen und die Fähigkeit, Informationen zu hinterfragen. Mehrfach genannt wird die Bedeutung von praktischen digitalen Anwendungen im politisch bildenden Unterricht. Dies schließt den **Einsatz digitaler Tools wie Arcgis-Online, Mentimeter und Padlet** für den Lehr- und Lernprozess ein.

- Rat an politikinteressierte junge Menschen

Die überwiegende Mehrheit der Interviewpartner*innen betont die **Bedeutung des persönlichen Engagements von heranwachsenden Menschen**. Sie **ermutigen junge Menschen aktiv dazu, sich für politische Anliegen einzusetzen**, sei es durch die Mitarbeit in Nichtregierungsorganisationen, innerhalb politischer Parteien oder in zivilgesellschaftlichen Initiativen. Herbert Pichler, Susanne Reitmair-Juárez und Robert Vogler legen besonderen Wert auf die **Selbstwirksamkeit**. **Aktiv** zu werden und die **eigene Stimme zu nutzen, um Veränderungen** herbeizuführen, schließt die Idee ein, sich **mit Gleichgesinnten zu vernetzen**, um eine stärkere Stimme zu haben. Einhellig empfehlen die Interviewpartner*innen, verschiedene Informationsquellen zu nutzen, sowohl traditionelle Medien als auch Online-Plattformen. Sie unterstreichen die **Bedeutung von hochwertigen Nachrichtenquellen und kritischem Denken beim Umgang mit Informationen**. Felix Bergmeister erwähnt dabei die Wichtigkeit von zuverlässigen Informationsquellen wie dem Bundeszentrum für politische Bildung und Faktenprüfern.

Keiner der Interviewpartner*innen erwähnte das Erlernen der Grundlagen der politischen Bildung, welches dem Erfahrbaren machen von Phänomenen wie Filterblasen oder der Systematik von Algorithmen vorausgeht. Sophie Lecheler argumentierte bei der Frage um das Verständnis digitaler Technologien, dass nicht deren Details verstanden werden müssen, sondern deren Funktionsweise und Einordnung möglichst früh begreifbar sein sollte. Lecheler verglich mit der Notwendigkeit für Heranwachsende, das Essentielle rund ums Auto zu verstehen. Obwohl Kindern nicht erklärt wird, wie genau ein Auto funktioniert, wird kleinen Kindern im Sinne der Sicherheit beigebracht, was ein Auto ist und welche Rolle ein Auto spielt. An Lechelers Analogie angeschlossen: Möchte ein Mensch mit einem Auto fahren, braucht er einen Führerschein. Sich zuerst ein favorisiertes Modell anzusehen, aber keinen Führerschein zu haben, macht keinen Sinn. Der Funktionsweise und Einordnung von Filterblasen und Algorithmen geht daher das sinnerfassende Erlernen von Inhalten wie bspw. der Bedeutung der Staatsformenlehre von Aristoteles oder jener des Kommunistischen Manifests voraus. Wer vom historischen Ursprung und dem Wandel der Zuschreibungen wie „Links“ und „Rechts“ nichts

gehört hat und den Zusammenhang mit dem Konzept Macht nicht herstellen kann, wird sich mit der Einordnung rund um das Potential von organisierten Datenmengen schwertun.

4 Ausblick

Diese Masterarbeit zielt darauf ab, das Bewusstsein für die vielschichtigen Zusammenhänge und die Veränderungen im Bereich der digitalen Medien und der Kommunikation, sowie den damit einhergehenden Wandlungen in Bezug auf den politisch bildenden (GW)-Unterricht zu untersuchen sowie zu schärfen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Analyse der Machtstrukturen in den digitalen Räumen von entscheidender Bedeutung ist, um das Verständnis und die Reflexion ebendieser zu erlernen. Die digitalen Räume sind in ihrer Wechselwirkung zwischen den teilnehmenden, gemeinsamen und darstellenden Handlungen zu verstehen. Dieses Bewusstsein ist die Basis einer kritischen Haltung und der Bildung fundierter Meinungen. Ohne die Grundlagen des Medien- und Kommunikationssystems zu verstehen ist es schwer, sich zu orientieren und an der Gesellschaft im Eigen- und Gemeininteresse zu partizipieren.

Das digitale Medienzeitalter eröffnet sowohl Chancen mitzubestimmen als auch Herausforderungen. Einerseits bieten journalistische Nachrichtenportale den Bürger*innen Zugang zu einer Fülle (politischer) Informationen, andererseits kann die Distanz zu politischen Entscheidungsträgern und -prozessen wachsen, da sie sich nicht mehr einfach durch alltägliches Deutungswissen nachvollziehen lassen. Wir leben in einer Zeit, in der Menschen ein kurzes Reiz-Reaktions-Verhältnis zwischen ihren Wünschen und der Umwelt gewohnt sind. (vgl. Hauk 2016: 52) Doch in der Politik lässt es sich nicht einfach auf einen Knopf drücken. Soziale Medien können sowohl Schutz als auch Barrieren vor der Begegnung mit dem Fremden darstellen. Filterblasen und Echokammern bedeuten nicht nur einen eingeschränkten Erfahrungsraum, sondern können auch verhindern, gemeinsame Bezugspunkte aufzubauen und zu erhalten. Eben jene Begegnungen mit dem Gegenüber, welche (politischen) Austausch und Handeln möglich machen. Diese Arbeit plädiert daher für die permanente Suche nach gemeinsamen Bezugspunkten und die Überwindung des Fremden.

Wo soll, ausgehend von den Erkenntnissen und Überlegungen während dieser Arbeit weitergeforscht werden?

- Bedarf es einer Grundbildung der digitalen Welten ab dem Kleinkindalter, um möglichst früh für diesen integralen Bestandteil unserer Gegenwart sensibilisieren zu können, oder sind bewahrpädagogische Ansätze kindgerechter?
- Wie kann der unsichtbare Schirm in den Wohlfühlblasen der Sozialen Medien (fungiert als Abschirmung, nicht als Schutz) nach der Demokratieförmel „Talking to strangers“ durchlässig gehalten werden?

- Wie beeinflusst der Einsatz von Maschinenlernen („KI“) die Formulierung von künftigen Lehrplänen und Leistungsbeurteilungen?

Schließlich ist zu betonen, dass die fachlich kompetente Lehrkraft weiterhin die zentrale Rolle spielen wird. Denn sie ist mit dem Rucksack passender Methoden ausgestattet, wählt aus ihrem Repertoire und kann so den Umgang mit den aktuellen Herausforderungen fördern. Die Vermittlung und Begründung von Herrschaftsformen, Gewaltenteilung und Pluralismus sind auch in der digitalen Mediengesellschaft von Bedeutung. Denn das Verständnis um Grundlagen ist zeitlos – es ist sowohl eine Voraussetzung für die demokratische Bildung der Bürger*innen, als auch eine entscheidende Aufgabe der politischen Bildung im 21. Jahrhundert.

Literatur

Albert M. und Shell Deutschland Holding GmbH (2015): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt/M. Fischer Taschenbuch.

Allen D. (2004): Talking to Strangers. Anxieties of Citizenship since Brown v. Board of Education. Chicago und London. The University of Chicago Press. S. 49.

Autorengruppe Fachdidaktik (2016): Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht. Schwalbach/Ts. S. 18.

Bergmeister F., Hintermann C. und Pichler H. (2019): Ring-Vorlesung #medienmachtraum. Zukunftsfähige Medienbildung im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht. Universität Wien.

Bergmeister F., Pichler H. und Hintermann C. (2017): Perspektiven eines zukunftsfähigen GW-Unterrichts 2.0 in Zeiten von Krisendiskurs, Superkomplexität, Postfaktizität und Kontingenz. - In: Österreich in Geschichte und Literatur 61 (1), S. 37-51.

Besand A. (2003): Angst vor der Oberfläche. Zum Verhältnis ästhetischen und politischen Lernens im Zeitalter neuer Medien. Schwalbach. Wochenschau Verlag.

BMB (2021): Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne - allgemeinbildende höhere Schulen. Wien. BGBl. Nr. 88/1985.
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung/Bundesnormen/10008568/Lehrpl%c3%a4ne%20e2%80%93%20allgemeinbildende%20h%c3%b6here%20Schulen%2c%20Fassung%20vom%2018.08.2021.pdf> (18.08.2021)

BMBWF (2012): Unterrichtsprinzip Medienbildung. Grundsatzterlass. Rundschreiben Nr. 4/2012. Wien.

BMBWF (2015): Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzterlass. Rundschreiben Nr. 12/2015. Wien.

BMBWF (2018): Änderung der Verordnung über die Lehrpläne der Neuen Mittelschulen sowie der Verordnung über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen. Wien. BGBl. II Nr. 71/2018.
https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2018_II_71/BGBLA_2018_II_71.pdfsig (03.06.2021)

- BMBWF** (2022): Änderung der Verordnung über die Lehrpläne der Neuen Mittelschulen sowie der Verordnung über die Lehrpläne der allgemeinbildenden höheren Schulen. Wien. BGBl. II Nr. 267/2022.
https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2022_II_267/BGBLA_2022_II_267.html (31.10.2023)
- Boes A., Welpe I. und Sattelberger T.** (2015): Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft (1. Auflage.). Haufe-Lexware.
- Bussemer T.** (2017): Überwachung und Exzess. - In: **Kappes C., Krone J., und Novy L.:** Medienwandel kompakt 2014-2016. Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 33-44.
- Castells M.** (2009): Communication power. Oxford. Oxford University Press.
- Eis A.** (2017): Mythos Mündigkeit? Partizipation und politisches Handeln: Selbst(des)illusionierung als Aufgabe emanzipatorischer Politischer Bildung? - In: **Lange D. und Greco S. A.** (Hg.): Emanzipation. Zum Konzept der Mündigkeit in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts. S. 22-33.
- Engartner C.** (2021): Demokratische Identität als Ziel schulischer politischer Bildung. - In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, Heft 1, S. 17-35.
- Expertenkommission des BMBF zur Medienbildung** (2010): Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur. Medienbildung für die Persönlichkeitsentwicklung, für die gesellschaftliche Teilhabe und für die Entwicklung von Ausbildungs- und Erwerbsfähigkeit. Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Felgenhauer T. und Gäbler K.** (2019): Geographien digitaler Alltagskultur. Überlegungen zur Digitalisierung in Schule und Unterricht. - In: GW-Unterricht 154. S. 5-20.
- Goll T.** (2018): Mediatisierung und Medienkompetenz. Aufgabenfelder für die politische Bildung. In Mediatisierte Gesellschaften. Nomos. S. 207-224.
- Habermas J.** (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/M. Suhrkamp.
- Habermas J.** (2013): Im Sog der Technokratie. Berlin. Suhrkamp. S. 68.

- Hauk D.** (2016): Digitale Medien in der politischen Bildung. Anforderungen und Zugänge an das Politik-Verstehen im 21. Jahrhundert. Wiesbaden. Springer VS.
- Helfferrich C.** (2014): Leitfaden- und Experteninterviews. - In: **Baur N.** und **Blasius J.** (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden. Springer VS. S. 557-597.
- Herzig B.** und **Martin A.** (2017): Erfassung und Messbarkeit von Medienkompetenz als wichtige Voraussetzung für politische Bildung. - In: **Gapski H., Oberle M.** und **Staufer W.** (Hg.): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung. Bonn. S. 126-135.
- Hilligen W.** (1985): Zur Didaktik des politischen Unterrichts. Wissenschaftliche Voraussetzungen, didaktische Konzeptionen, unterrichtspraktische Vorschläge. Leske + Budrich. S. 23-32.
- Hintermann C., Pichler H.** und **Raithofer D.** (2021): Identitätskonstruktionen von Jugendlichen. - In: GW-Unterricht 161. S. 19-34.
- Hoffmann B.** (2008): Bewahrpädagogik. - In: **Sander U., Gross F.** und **Hugger K.-U.** (Hg.): Handbuch Medienpädagogik (1. Auflage). Verlag für Sozialwissenschaften. S. 42-50.
- Hubacher M.** (2021): Macht im digitalen Raum. Politische Bildung im digitalen Zeitalter. - In: Augmented Democracy in der Politischen Bildung. Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 31-49.
- Hufer K.-P. & Richter D.** (2013): Gibt es einen gemeinsamen Kern für ein Professionsverständnis in schulischer und außerschulischer Bildung/Erwachsenenbildung? In: Dies. (Hg.): Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen: Perspektiven politischer Bildung. Bonn, S. 327-334.
- Institut für Jugendkulturforschung** (2023): Jugend-Internet-Monitor 2023. Nutzung sozialer Medien durch Jugendliche in Österreich bis 2022.
- Jekel T., Gryl I.** und **Oberrauch A.** (2015): Education for spatial citizenship. Versuch einer Einordnung. - In: GW-Unterricht 137. S. 5-13.
- Jörissen B.** und **Marotzki W.** (2009): Medienbildung - eine Einführung. Theorie - Methoden - Analysen. Stuttgart. S. 30-109.

- Kalcsics K. und Raths K.** (2011): Schülervorstellungen zum Regieren und Wählen. - In: **Allenspach D. & Ziegler B.** (Hg.): Forschungstrends in der politischen Bildung (S. 63-75). Zürich. Rüegger Verlag.
- Kalina A., Krotz, F., Rath, M. und Roth-Ebner, C.** (2018): Mediatisierte Gesellschaften. Nomos.
- Kanwischer D. und Gryl I.** (2022): Bildung, Raum und Digitalität. Neue Lernumgebungen in der Diskussion - In: Die deutsche Schule 114 (1). S. 34-45.
- Kanwischer D. und Schlottmann A.** (2017): Virale Raumkonstruktionen. Soziale Medien und Mündigkeit im Kontext gesellschaftswissenschaftlicher Medienbildung. - In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften 8 (2). S. 60-78.
- Kappes C., Krone J., und Novy L.** (2017): Medienwandel kompakt 2014-2016: Netzveröffentlichungen zu Medienökonomie, Medienpolitik & Journalismus. Springer VS, Wiesbaden. S. 3.
- Kenner S. und Lange D.** (2020): Demokratiebildung. - In: **Achour S., Busch M., Massing P. und Meyer-Heidemann C.** (Hg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt/M. S. 48-51.
- Kerres M.** (2020): Bildung in der digitalen Welt: Über Wirkungsannahmen und die soziale Konstruktion des Digitalen. Medien Pädagogik. S. 1-32.
- Klafki W.** (1964): Das pädagogische Problem des Elementaren und die Theorie der kategorialen Bildung. Beltz. S. 136.
- Kleiner M. S.** (2020): Streamland. Wie Netflix, Amazon Prime und Co unsere Demokratie gefährden. München. Droemer.
- Kleining G.** (1994): Qualitativ-heuristische Sozialforschung. Schriften zur Theorie und Praxis. Hamburg. Fechner. S. 188.
- Kuckartz, U.** (2010): Die Texte. Transkription, Vorbereitung und Import. In Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. Wiesbaden. Springer VS. S. 29-56.
- Kuckartz U. & Rädiker S.** (2022): Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung (5. Auflage). Weinheim.

- Kühberger C. und Windischbauer E.** (Hg.) (2010): Politische Bildung in der Volksschule. Annäherungen aus Theorie und Praxis. Studien Verlag.
- Lévy P.** (1997): Die kollektive Intelligenz. Eine Anthropologie des Cyberspace. Mannheim. Bollmann.
- Lovink G.** (2017): Im Bann der Plattformen. Die nächste Runde der Netzkritik. Bielefeld. Transcript Verlag. S. 11.
- McCosker A., Vivienne S. und Johns A.J.** (Hg.) (2016): Negotiating Digital Citizenship. Control, Contest and Culture. London. Rowman & Littlefield.
- Moran K.** (2016): Millennials as Digital Natives. Myths and Realities. - In: Nielsen Norman Group. <https://www.nngroup.com/articles/millennials-digital-natives/> (23.09.2023)
- Möller L. und Lange D.** (Hg.) (2021): Augmented Democracy in der Politischen Bildung. Neue Herausforderungen der Digitalisierung. Wiesbaden. Springer VS. Wien.
- Niebert K., & Gropengießer, H.** (2014): Leitfadengestützte Interviews. In Methoden in der naturwissenschaftsdidaktischen Forschung (pp. 121–132). Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg. S. 125.
- Novy L.** (2017): Wozu braucht es noch Bibliotheken? - In: **Kappes C., Krone J., und Novy L.** Medienwandel kompakt 2014-2016. Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 79-85.
- O'Brien T.** (2010): Creating Better Digital Citizens. - In: The Australia Educational Leader. Vol. 32, No.2.
- Ohler J.** (2016): Four Big Ideas for the Future. Understanding Our Innovative Selves. Ashland. Brinton Books. Kindle. S. 52-77.
- Pariser, E.** (2012): Filter Bubble: Wie wir im Internet entmündigt werden. Hanser.
- Poster M.** (2002): Digital networks and citizenship. PMLA 117 (1). S. 98-103.
- Pörksen U.** (2012): Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur. Stuttgart: Klett-Cotta. S.19.
- Reckwitz A.** (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin. Suhrkamp. S. 243-271.

- Rhode-Jüchtern T.** (2020): Digitalisierung, Digitalität, Digitalismus. - In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften 11 (1), S. 9-22.
- Rhodes L. und Orlowski J.** (2020): The Social Dilemma. USA. Netflix.
- Ribble M.** (2011): Digital Citizenship in Schools. International Society for Technology in Education (ISTE). Washington.
- Sander W.** (2013): Politik entdecken – Freiheit leben: Didaktische Grundlagen politischer Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Schmiederer R.** (1971): Zur Kritik der Politischen Bildung. Ein Beitrag zur Soziologie und Didaktik des Politischen Unterrichts. Frankfurt/M. S. 22.
- Simanowski R.** (2018): Stumme Medien. Vom Verschwinden der Computer in Bildung und Gesellschaft. Berlin. Matthes & Seitz. S. 40.
- Spatial Citizenship** (2023): Spatial Citizenship. <https://spatialcitizenship.org/focus-de/> (23.11.2023)
- Stalder F.** (2014): In der zweiten digitalen Phase. - In: Le Monde diplomatique vom 14.02.2014. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!394726> (20.11.2023)
- Stalder F.** (2016): Kultur der Digitalität. Suhrkamp. Berlin.
- Stalder F.** (2017): Konturen einer Konter-Revolution. Krieg der Daten gegen die Kommunikation. - In: **Kappes C., Krone J., und Novy L.:** Medienwandel kompakt 2014-2016. Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 45-49.
- Thimm C.** (2018): Digitale Partizipation. Das Netz als Arena des Politischen? Neue Möglichkeiten politischer Beteiligung im Internet. In: Mediatisierte Gesellschaften (1st ed., pp. 161–180). Nomos.
- Tindemans L.** (1976): European Union. Bulletin of the European Communities, Supplement 1/76. Archive of European Integration. University of Pittsburgh.
- Turkle S.** (2015): Reclaiming Conversation. The Power of Talk in a Digital Age. New York. Penguin Press. S. 4.

- Vielhaber C.** (1999): Vermittlung und Interesse. Zwei Schlüsselkategorien fachdidaktischer Grundlegungen im Geographieunterricht. - In: **Vielhaber C.** (Hg.): Fachdidaktik kreuz und quer. Band 15 der Materialien zur Didaktik der Geographie u. Wirtschaftskunde.
- Wagner U.** und **Gebel C.** (2014): Jugendliche und die Aneignung politischer Information in Online-Medien. Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 179-180.
- Waldis M.** (2020): „Civic media literacy“, „digital citizenship“ und Politische Kompetenz - Annäherungen an ein theoretisches Rahmenmodell für die digitale Politische Bildung. - In: **Binder U.** und **Drerup J.** (Hg.): Demokratieerziehung und die Bildung digitaler Öffentlichkeit. Springer Fachmedien Wiesbaden. S. 55-70.
- Wardenga U.** (2002): Alte und neue Raumkonzepte für den Geographieunterricht - In: **Kroß E.** (Hg.): Themenheft "Geographiedidaktik aktuell". 23. (200) Mai 2002. S. 8-11.
- Welzer H.** (2019): Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen. Frankfurt/M. S. 268.
- Weißeno G., Detjen J., Juchler I., Massing P.** und **Richter D.** (2010): Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell. Schwalbach/Ts. S. 27f.
- Widmaier B.** (2011): Politische Bildung und politische Aktion. - In: **Widmaier B.** und **Nonnenmacher F.** (Hg.): Partizipation als Bildungsziel. Politische Aktion in der politischen Bildung. Wochenschau. S. 101-110.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Additive vs. integrale Sicht auf Kulturtechniken (Kerres 2020: 15)

Abbildung 2: Nutzung sozialer Medien durch Jugendliche in Österreich bis 2022 (Institut für Jugendkulturforschung 2023)

Abbildung 3: Dimensionen partizipativen Medienhandelns (Wagner und Gebel 2014: 180)

Abbildung 4: Vermittlungsinteressen und die Überschneidung mit der Medienpädagogik
(Eigene Darstellung)

Abbildung 5: Disziplinen und Forschungsschwerpunkte in der Auswahl der
Interviewpartner*innen. (Eigene Darstellung)

Abstract

In einer Gegenwart, in der Realität und virtuelle Welt als untrennbare Einheit begriffen werden müssen, werden Heranwachsende ab dem Kleinkindalter mit digitalen Medien sozialisiert. Welche Herausforderungen ergeben sich dadurch für ihr Heranarbeiten an die individuelle politische Kultur und die schulische politische Bildung? Die in dieser Masterarbeit gestellte Forschungsfrage konzentriert sich auf erfolgversprechende Ansätze für den digitalen politisch bildenden GW-Unterricht und darüber hinaus. Mediensouveränität und das Hinführen zur Mündigkeit werden als überfachliche Fähigkeit und integraler Bestandteil aller Fächer verstanden. Das Augenmerk der Unterpunkte liegt auf der Nutzung des Internets im Sinne der demokratischen Mitbestimmung, dem Verständnis um die Funktionsweise von digitalen Medien und der Herausforderungen der politischen Bildung im Zeitalter der Digitalität. Zur Beantwortung der Fragen wird ein Interviewleitfaden entworfen und zehn Fachexpert*innen interviewt. Die Befragten stammen aus vier verschiedenen Disziplinen, um der Interdisziplinarität der Forschung Rechnung zu tragen. Nach dem gezielten qualitativen Literaturstudium werden im theoretischen Teil die digital mediatisierte Gesellschaft und die Anforderungen an die politische Bildung in ebendieser besprochen. Anschließend wird eine Auswahl an Konzepten beschrieben. Der empirische Teil besteht aus der Beschreibung der Interviewpartner*innen und der interpretativen Analyse der neun Interviewfragen. Die Auswertung der Erkenntnisse zeigt, dass die Befragten einen differenzierten Blick auf das Internet als Werkzeug zur Demokratisierung haben. Sie plädieren für eine grundlegende Sensibilisierung im Umgang mit digitalen Medien bereits ab dem Kindergartenalter und der Volksschule und empfehlen projektbasierte Ansätze für den Politikunterricht. Das Üben der reflexiven Medienverwendung, die Betonung auf die Lebensweltorientierung seitens der Lehrpersonen und der Rat an junge Menschen, an Realpolitik zu partizipieren sind Erkenntnisse dieser Arbeit.